

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,-- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Socz. und Memelgebiet, Ostpreußen, Litauen, Posen, Danzig, 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Ball und Feil“ mit „Stellung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauentimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Tönhoff 292-295
Verlag: Tönhoff 2306-2307

Sonabend, den 8. August 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 37530 - Bankkonto: Direktion der Postkontogesellschaft, Postfach 110, Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Anzeigenzeile 30 Pfennig, Wellenlinie 5.- Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pfennig (auflösa zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Diktaturpläne der Zollparteien.

Keine sachliche Beratung der Zollvorlage. - Mundtotmachung der Opposition.

Der Reichstag hat gestern die Steuergesetze in dritter Lesung endgültig verabschiedet. Die Verbesserungsanträge der Opposition wurden abgelehnt. Die Schliebsche Finanzreform bedeutet eine Bedrückung der Massen der Bevölkerung fast bis zum Maße des Unerträglich.

Diese Finanzreform, die von der größten Rückwirkung auf die deutsche Wirtschaft und auf die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung sein muß, wurde in rasendem Tempo durchgepeitscht. Von einer gründlichen, sachlichen Beratung konnte schon nicht mehr die Rede sein.

Heute beginnt die zweite Lesung der Zollvorlage im Plenum des Reichstags. Die Zollvorlage soll rascher noch als die Finanzreform durchgepeitscht werden. Wird sie Gesetz, so ist eine Schicksalsstunde der deutschen Wirtschaftspolitik gekommen.

Die Zollvorlage versperrt den Weg zu einer Befundung der deutschen Wirtschaft. Sie wird eins der stärksten Motive für die Stabilisierung der Schutzollmauern in Europa sein. Der Weg zum Freihandel, zu einer europäischen Wirtschaftsunion, zum freien wirtschaftlichen Austausch der europäischen Nationen wird durch sie verbaut.

Diese Zollvorlage wird Reichtum und Wohlfahrt weder der deutschen Industrie noch der deutschen Landwirtschaft vermehren. Sie wird lediglich eine Verschiebung der Einkommensverhältnisse herbeiführen. Das Einkommen der breiten arbeitenden Massen des Volkes wird insgesamt um etwa 1,5 Milliarden Mark verürzt, das Einkommen der Landwirtschaft um eben diesen Betrag erhöht. Diese Verschiebung der Einkommensverhältnisse wird dazu führen, daß in absehbarer Zeit an die Wiederherstellung einer gefunden Proportionalität der deutschen Volkswirtschaft nicht gedacht werden kann.

Die durch die Zölle bedrohten Massen werden gezwungen sein, auf dem Wege des Lohnkampfes einen Ausgleich für den gewaltigen Tribut zugunsten der Landwirtschaft zu suchen, der ihnen auferlegt wird. Gesteigerte Produktionskosten müssen die Folge sein.

Einschränkung der Rüstungskraft, Einengung der Massenbedarfsindustrien, Rückgang der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie aus dem Weltmarkt infolge der gesteigerten Produktionskosten, allgemeine Preissteigerung, die auch der Landwirtschaft in Gestalt der Steigerung der Preise der landwirtschaftlichen Bedarfsartikel fühlbar werden wird, schwere soziale Auseinandersetzungen, das werden die Folgen der verfehlten Wirtschaftspolitik sein, die die Rechtsregierung mit der kleinen Zollvorlage eingeleitet hat.

Dieser Weg führt nicht aufwärts! Nicht die Befundung der Wirtschaft, sondern eine schwere, langandauernde Krise wird die Folge sein. Die Zollpolitik der Regierung der Mehrheitsparteien des Reichstages ist ein Seitenstück zur Wirtschaftspolitik der Inflationsinteressenten in der Zeit der Geldentwertung. Die Wirkungen werden nicht minder ernst sein. Sie bedrohen die Arbeiterschaft, und mit der Arbeiterschaft die breitesten Massen des ganzen Volks. Wird diese Vorlage Gesetz, so wird die Arbeiterschaft sich wehren müssen. Eine Zeit ernster sozialer Kämpfe und beständiger innerer Auseinandersetzungen steht bevor.

Das Gesetz, das von so einschneidender Bedeutung für die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände in Deutschland ist, soll in den nächsten Tagen im Reichstag in einer unwürdigen Form, die mit dem Geiste der parlamentarischen Demokratie nicht mehr vereinbar ist, durchgepeitscht werden. Die gründliche Vorbereitung des Gesetzes ist monatelang von den Interessenten der Mehrheitsparteien, die eine starke Vertretung in der Rechtsregierung haben, sabotiert worden. Die Beratung der Vorlage im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstags war eine Farce. Regierung und Interessenten haben es nicht für nötig gehalten, ihren wirtschaftlichen Kurs und die einzelnen Tarifpositionen eingehend zu begründen. Pochend auf die Mehrheit, haben sie im Handelspolitischen Ausschuss geschwiegen und nur die Opposition reden lassen. Das war keine parlamentarische Verhandlung! Sie haben nicht versucht im kontraktualistischen Verfahren, wie es dem Geiste des Parlamentarismus entspricht, eine sachliche wohl begründete gezielte Regelung zu finden. Sie wollten den Willen der Interessenten diktieren.

Die Plenardebatte über die Zollvorlage, die heute beginnt, soll im Zeichen der Diktatur der Mehrheitsparteien stehen. Der Reichstag hat länger getagt als es üblich ist. Die Mehrheitsparteien des Reichstags drängen nach den Ferien. Sie wollen das für die deutsche wirtschaftliche Zukunft entscheidende Gesetz in wenigen Stunden durch-

Die Mehrheitsparteien haben gestern im Aeltesten-Ausschuß des Reichstags ihre Pläne enthüllt. Die Deutschnationalen, die führende Partei im Zollblock schlug vor, jeder Partei bei der parlamentarischen Beratung der Zollvorlage eine Redezeit von insgesamt 3 Stunden zu gewähren. Sie haben die Absicht, in ein bis zwei Tagen ohne jede sachliche Auseinandersetzung das Zollgesetz zu erledigen. Die Sozialdemokratische Partei hat gegen diese empörende Absicht den schärfsten Einspruch erhoben. Sie hat gefordert, daß die Vorlage, die von so tief einschneidender Wirkung ist, gründlich, würdig und sachlich im Plenum des Reichstages durchberaten werde. Im Aeltestenausschuß des Reichstages kam diese Verständigung über die parlamentarische Behandlung der Zollvorlage zustande. Mit eiserner Stirn beharrten die Deutschnationalen auf ihrem Vorschlag.

Bei dieser Sachlage wird die Beratung der Zollvorlage im Plenum mit einer heftigen Auseinandersetzung beginnen. Die Absicht der Deutschnationalen stellt einen Vergewaltigungsvorstoß schlimmster Art gegen die Opposition vor. So haben nicht einmal die Zollparteien im Jahre 1902 gegen die Opposition gekämpft!

Der Anschlag der Deutschnationalen richtet sich nicht nur gegen das Recht der Opposition im Parlament, er ist ein Angriff auf das Recht und die Würde des Parlaments, ein Angriff auf das Wesen der parlamentarischen Demokratie.

Drei Stunden Redezeit für ein Zollgesetz, das etwa 300 Positionen umfaßt! Das heißt, die Deutschnationalen wollen, daß der Reichstag den Zolltarif annimmt, ohne in eine sachliche Beratung einzutreten. Drei Stunden Redezeit - das ist eine Gnadenfrist für die Opposition, aber keine wirkliche parlamentarische Beratung des Zollgesetzes. Das ist Diktatur der Mehrheit in der trassesten Form, eine Diktatur der Interessenten, die niemals über eine parlamentarische Mehrheit verfügen würden, wenn über ihre zoll- und wirtschaftspolitischen Pläne das Volk sachlich zu entscheiden gehabt hätte.

Die Bundesgenossen der Deutschnationalen im Zollblock stehen vor der Entscheidung, ob sie die Deutschnationalen bei dieser Vergewaltigung der Opposition,

bei dieser Brüskierung des Volkes unterstützen wollen. Sie müssen wissen, daß die Durchführung dieser Taktik der Gewalt die innerpolitische Situation auf das schärfste zuspitzt. Unterstützen sie die Deutschnationalen, so dokumentieren sie damit, daß ihnen der Besiegismus der Interessenten und das Ferienbedürfnis der deutschnationalen Abgeordneten höher steht als das Wohl des Volkes und das Recht des Parlamentes.

Die Mehrheitsparteien des Reichstages mögen sich hüten, den Bogen zu überspannen. Sie tragen selbst daran schuld, daß die so entscheidungsschwere Beratung der Zollvorlage und der handelspolitischen Pläne der Regierung im Reichstage bis zu einem so späten Termin hinausgeschleppt worden ist. Sie wollten es so, denn sie wollten keine wahrhaft sachliche Beratung. Sie wollten nicht, daß auf Grund einer eingehenden parlamentarischen Beratung ihrer Zollpläne das Volk sich ein Urteil bilde über die Gefahr, die diese Zollpläne in sich schließen. Sie wollten im engsten Kreise außerhalb des Parlaments, unter dem Einfluß der Interessenten den Kurs der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik bestimmen. Sie wollten die Öffentlichkeit ausschalten.

Sie haben kein Recht, sich jetzt auf Zeitmangel zu berufen. Sie wollen jetzt nicht das Zollgesetz sachlich beraten, sie wollen in die Ferien gehen. Mögen sie doch in die Ferien gehen, wenn ihnen das Bedürfnis danach über alles geht, dann aber ohne den Zolltarif! Sie haben die Pflicht zu einer sachlichen Beratung. Sie können nicht verlangen, daß die Opposition um des Ferienbedürfnisses der Schutzollparteien halber schweigend eine Vergewaltigung ihres parlamentarischen Rechtes hinnimmt.

Wollen sie den Zolltarif noch vor der Sommerpause des Reichstages erledigen, dann mögen sie ihre Ferienbedürfnisse zurückstellen. Dann mögen sie dableiben und sachlich arbeiten. Dann mögen sie im Plenum des Reichstages vor dem ganzen Volke ihre Pläne begründen und verteidigen, dann mögen sie in der Öffentlichkeit ihre Argumente vortragen, wenn sie Argumente haben.

Wir warnen in letzter Stunde die Deutschnationalen, die die Führung im Zollblock an sich gerissen haben. Wir warnen

Die Besprechung Briand-Chamberlain

Beginn Dienstag in London.

Paris, 7. August. (Eigener Drahtbericht.) Briand soll Montag nach London reisen und Dienstag vormittag die erste Unterredung mit Chamberlain haben. Obwohl die dem französischen Auswärtigen Amt nahestehende Presse versichert, daß diese Aussprache lediglich die Garantiefrage betreffe, besteht nach wie vor Grund zur Annahme, daß Briand mindestens versuchen wird, die Unterhaltung auf andere Fragen auszudehnen, um gegebenenfalls der englischen Regierung Kompensationen für die von Paris gemünzten Zugeständnisse anbieten zu können. Eine andere Frage ist, ob Chamberlain sich auf dieses Spiel einlassen wird, vor dem ein großer Teil der Londoner Presse mit großem Nachdruck warnt. Der „Paris Soir“ will wissen, daß im Rahmen des Sicherheitsproblems auch der deutsch-polnische Konflikt und seine Rückwirkungen auf die internationale Lage erörtert werden wird. Ob auch die in der vergangenen Woche abgebrochenen Verhandlungen über die Regelung der französischen Schuld an England zwischen Briand und Chamberlain wieder aufgenommen werden, läßt sich noch nicht sicher sagen. Für Briand, dessen persönliches Verhältnis zum Finanzminister Caillaux nicht gerade sehr freundschaftlicher Natur ist, mag die Versuchung groß sein, einen persönlichen Erfolg auf einem Gebiete zu suchen, wo Caillaux vor kurzem gescheitert ist. Andererseits aber scheint bei der sehr starken Differenz zwischen den englischen Forderungen und dem französischen Angebot die Aussicht auf eine Verständigung in dieser Frage sehr gering.

London, 7. August. (CP.) Nach dem „Daily Telegraph“ wird am Dienstag eine Kabinettsitzung stattfinden, da Baldwin es für angebracht hält, daß der Ministerrat sich mit der Sicherheitsfrage befaßt, bevor es in die Ferien geht. Das Blatt glaubt mitteln zu können, daß Baldwin an der Unterredung zwischen Briand und Chamberlain nicht teilnehmen werde, daß er aber, ebenso wie andere Mitglieder des Kabinetts angeht, die Wichtigkeit des Verhandlungstoffes in engster Fühlungnahme mit dem Außenminister bleiben werde.

England kann nicht abrücken.

London, 7. August. (WTB.) Im Unterhause betonte Churchill, die Verantwortlichkeit Großbritanniens für das britische Reich sei

seit dem Kriegsende bedeutend gemachsen. Er fügte hinzu, daß es unmöglich sei, die britische Armee wesentlich zu verkleinern, wenn er auch glaube, daß eine gewisse Verringerung der Streitkräfte erfolgen könne.

Frankreichs Kolonialkriege.

Die geschlagenen Kabylen kommen wieder.

Paris, 7. August. (WTB.) Haas veröffentlicht folgenden aus Tes vom 6. August eingegangenen Bericht über die Kämpfe in Morocco: In der Gegend von Fez-el-Ball ist es im Laufe des 6. August zu heftigen Kämpfen gekommen. Die französischen Truppen sind in der Gegend von Kurntieu vorgestoßen, wo der Feind stark verschanzt war. Seine Stellung wurde im Sturmangriff genommen, er selbst unter Verlust von fünfzig Toten, Gefangenen und Kriegsmaterial in die Flucht geschlagen. Im Frontabschnitt Wessan-Lafram sind die feindlichen Abteilungen, die die Straße von Wessan nach Suk-el-Arba bedrohten, in die Gegend nördlich von Myrin und Aschef zurückgegangen, um bei Tagesende in der Gegend von Kuen wieder aufzutauchen. Im Gebiet der Setta werden feindliche Einbrüche gemeldet. Eine französische Abteilung hat in der Gegend von Myrin dem Feinde ein Treffen geliefert, der in Unordnung flüchtete und dabei von Flugzeugen und Artillerie beschossen wurde. Im mittleren Frontabschnitt sind die Rüstungen bei den Beni Zeruals wieder aufgetaucht und haben den Stämmen eine Kriegsbuße von 150.000 Frank aufgelegt. - Im östlichen Frontabschnitt versuchte Ahmed-Abdel-Frim, der Bruder des Rüstführers, die Tuks zu sammeln. Kontingente, mit einigen Kanonen ausgerüstet, sollen in dieser Gegend bei den Beni Anassor wieder erschienen sein.

Die Niederlage in Syrien.

Jerusalem, 7. August. (W. T. B.) Laut näheren Berichten aus Amman verloren die Franzosen in dem jüngsten Kampf gegen die Drusen einige Tanks und Maschinengewehre. Mehrere französische Flugzeuge wurden zum Absturz gebracht. Die Franzosen haben den südlichen Teil von Hauran geräumt.

die Bundesgenossen der Deutschen im Zollblock, mir warnen vor allem das Zentrum. Beharren sie auf ihren Durchsetzungsplänen, so werden sie die schärfste Antwort der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hervorrufen. Sie besitzen die parlamentarische Mehrheit, um alle Bergewaltigungspläne durchzuführen. Sie können, wenn sie wollen, die Opposition mundtot machen. Sie können den Zolltarif in wenigen Stunden ohne jede wirkliche sachliche Debatte durchsetzen. Sie können ihr Ferienbedürfnis über das Recht der parlamentarischen Opposition, über das Recht und die Würde des demokratischen Parlamentes stellen. Aber sie müssen wissen, daß sie dann den Konflikt haben werden.

Die Verantwortung für die schweren wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieser Zollgesetzgebung lastet auf ihnen. Sie werden hinzu die Verantwortung für die innerpolitischen Folgen tragen müssen, wenn sie die Verabschiedung der Zollvorlage zu einem Akt der Gewalt und der Diktatur gestalten.

Scheinargumente der Zöllner.

Die Auswirkung der Agrarzölle.

Angeht das Schicksal der Gewerkschaften beim Reichstagsantrag hat die „Deutsche Tageszeitung“ die von den Gewerkschaften vorgelegte Berechnung einer Verbraucherbelastung von 150 M. angezweifelt und außerdem wieder einmal behauptet, daß sich die Zölle doch nicht auswirken würden. Seltenerweise berechnet sie im folgenden gleich die Ermäßigung dieser Belastung, die durch die ermäßigten Zollsätze für das erste Jahr eintritt, das heißt aber, daß die „Deutsche Tageszeitung“ die Berechnung zunächst einmal anerkennt unter der Voraussetzung, daß sich die Zölle voll auswirken würden. So obstruieren zudem eine Berechnung wohl nicht sein, die erstens seit einem Monat mit allen ihren Unterlagen der Öffentlichkeit vorliegt und die zweitens von einem Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“ selbst noch bearbeitet werden kann.

Was die Frage der Zollausswirkung betrifft, so wollen wir nur darauf verweisen, daß nach allgemeiner Uebereinkunft aller Wissenschaftler sich die Zölle in früheren Jahren voll ausgewirkt haben. Trotzdem dies allgemein bekannt ist, wollen wir noch einige Ausführungen, die Sering, ohne Widerspruch zu finden, im Agrarquieteauschuß gemacht hat, hinzufügen.

„Als wir im Jahre 1902 die Getreidezölle stark erhöhten und diese Erhöhung 1906 in Kraft trat, sind sofort die deutschen Getreidepreise nicht bloß um den Mehrbetrag der Zölle in die Höhe gegangen, sondern noch stärker. Man kann das ohne weiteres ablesen aus einem Vergleich zwischen den deutschen und den englischen Preisen. Das Ergebnis war, daß die deutschen Großhandelspreise für Weizen von 1901 bis 1905 bei einem Zoll von 35 M. durchschnittlich um 38 M., von 1907 bis 1909 bei 55 M. Weizen Zoll um 60 M. über dem Preise für englischen Weizen in etwa 200 englischen Markorten standen. Also über die verteuerte Wirkung der Zölle kann kein Streit sein. Deshalb habe ich nicht den geringsten Zweifel, daß auch jetzt die Getreidezölle sich voll auswirken würden und auch eine ähnliche soziale Wirkung äußern müssen wie nach 1906 die damals geltenden Zölle.“

Nach einem Bericht über das Einkommen der Arbeiter der Carl-Neuberg-Stiftung blieb 10 bis 15 Jahre vor dem Kriege der Reallohn der gutgestellten Jähr-Arbeiter stabil, die Lohnlöhne würden zwar erhöht, aber ihre Kaufkraft blieb unverändert. In weniger guten Betrieben ergeben sich natürlich ungünstigere Wirkungen.“

Damit bestätigte Sering indirekt, was unser Genosse Hilferding vorher ausgeführt hatte, daß in den Jahren 1910—1914 in Deutschland der Reallohn fiel und nicht stieg.

Das Argument, daß die Zölle sich nicht voll auswirken würden, ist bisher noch in jeder Zolldebatte gebraucht worden

und jedesmal haben die Ergebnisse nach Einführung der Zölle seine Unrichtigkeit erwiesen.

Wir stellen fest, daß die Argumente der „Deutschen Tageszeitung“, was die Berechnung der Zollbelastung betrifft, unaufrichtig sind und, soweit sie die Frage der Auswirkung der Zölle betreffen, den Ergebnissen sorgfältiger wissenschaftlicher Untersuchungen widersprechen.

Holland gegen die deutschen Agrarzölle.

Gefährdung der internationalen Handelsbeziehungen.

Aus Rotterdam wird der Internationalen Finanz-Korrespondenz gemeldet:

In einer Eingabe an die Regierung erhebt die Handels- und Gewerbekammer für Rotterdam heftigen Protest gegen die deutschen Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die Kammer weist auf die ungeheuren Wähen und Kosten hin, die in den letzten Jahrzehnten auf die Bervollkommnung der Erzeugung von landwirtschaftlichen Qualitätswaren, besonders in Kulturen unter Glas, verwendet worden sind. Ein großer Teil des Erreichten werde durch die neuen deutschen Zölle wieder zerstört werden. Eine gefährliche Krise in der holländischen landwirtschaftlichen Exportindustrie sei unausbleiblich. Es handelt sich hier um ein Lebensinteresse für die holländische Wirtschaft, deren wichtiger Produktionszweig seines bisherigen Hinterlandes beraubt werden würde. Die Kammer bemerkt, daß die holländische Regierung bereits Schritte bei der deutschen Regierung unternommen habe, um das Schlimmste abzumildern. Die holländische Kaufmannschaft habe aber kein Vertrauen in die deutsche Erklärung, daß der autonome Tarif nur ein Verhandlungstakt sei. Die Erfahrungen der letzten Zeit mit anderen Ländern würden dieses Mißtrauen rechtfertigen. Die Richtung der jetzigen deutschen Handelspolitik, deren Auswirkung Holland schon seit einiger Zeit in den Seehäfen-Ausnahmetarifen zu spüren habe, lasse erkennen, daß Deutschland den Wert seiner bisherigen Handelsbeziehungen zu seinen Nachbarländern nicht mehr zu schätzen wisse. Die Kammer fordert die niederländische Regierung auf, die deutsche Regierung zu bewegen, daß sie die bisherige Linie der gegenseitigen Handelspolitik nicht verlasse.

Die Stinnes-Liquidation.

Ausschlachtung des gesamten Vermögensbestandes?

Die Besteuerung der Inflationsgewinne, die das Reichsfinanzministerium niemals durchzuführen kann, wird von den Privatbanken an dem größten deutschen Industrierkonzern in einer Weise vorgenommen, die an Gräueltat wirklich nichts mehr zu wünschen übrig läßt. Das Vermögen des Hauses Stinnes wird von dem Stützungskontorium, das mit Rückendeckung der Reichsbank und der Preussischen Staatsbank arbeitet, regelrecht ausgeschlachtet. Wir berichteten bereits, daß nach zuverlässiger Schätzung sich die Verbindlichkeit des Konzerns auf rund 180 Millionen Mark belaufen. Davon konnten bisher etwa 40 Millionen als abgedeckt gelten, durch Verkäufe von Aktien und Unternehmungen. Der Verkauf des Aktienpakets der Riebeck-Monian-Werke an die Badische Anilin- und Soda-fabrik dürfte weitere 13 Millionen eingebracht haben. Der Wert der übrigen Verkäufe, die inzwischen erfolgt sind, ist vorläufig noch nicht genau abzuschätzen.

Die Reihenden, die das Stützungskontorium anwendet, sind weit von jener Bornehmheit entfernt, mit der man anfangs sich vor der Öffentlichkeit brüstete. Jetzt erst wird bekannt, daß neben den üblichen Bankzinsen — die selbstverständlich ohnedies höher sind als die Zinsen, die die Banken an die Reichsbank und Staatsbank zahlen — eine Bereitstellungsprovision von vollen 4 Proz. von den Schuldzinsen gefordert und bewilligt wurde. Nachdem bei der Abwicklung sich noch weitere Schwierigkeiten ergaben und es durchaus denkbar wurde, daß das Vermögen nicht einmal zur

Abdeckung der Schulden ausreicht, hat man sich glücklicherweise gefunden, eine Senkung dieses Zinsfußes zu erzielen. Im Hause Stinnes verfolgt man natürlich diese Ausschlachtung mit lebhafter Entrüstung. Damit hätte denn doch keiner gerechnet, daß die Schuldenwirtschaft des Konzerns zusammen mit der Politik der Stützungsbanken nicht nur den ganzen Inflationsraub des alten Hugo aufzehren würde, sondern darüber hinaus sogar die ererbte Vermögenssubstanz angreifen würde. In der Tat hätte sich der Steuergeheißer ähnliches erlaubt, man hätte von einem Werd an der Wirtschaft gesprochen. Die Privatbanken aber kennen die peinliche Hochachtung vor der Substanz der deutschen Unternehmer nicht, die die Herren Schlieben und Popitz hegen. In einem Augenblick, in dem das ganze Ausland die Entwicklung der deutschen Wirtschaft mit größter Spannung verfolgt, ziehen sie dem Schuldner die Schlinge zu, die sie ihm seit längerer Zeit mit einer heute als leichtfertig erkannten Kreditgewährung gelegt haben.

Nach Informationen, die offenkundig aus dem Hause Stinnes selbst stammen, will man sich das in Mühlheim, dem Stammsitz der Familie, nicht mehr gefallen lassen. Das Haus Stinnes erwägt, ob es nicht einfach sich unter Geschäftsaufsicht begeben oder Konkurs anmelden soll, um das Manöver zu vereiteln. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die diese Mitteilung bringt, meint, daß dann das Stützungskontorium selbst stützungsbefürchtig werden würde. Das ist eine deutliche Drohung. Das Vermögen des Hauses Stinnes konnte noch vor kurzem auf mindestens eine Milliarde Goldmark geschätzt werden. Jetzt bleibt höchstens dann noch ein Ueberschuß, wenn man die schon früher im Besitz des Hauses Stinnes befindlichen Steinkohlengruben und das Mühlheimer Kohlenhandelsgeschäft einrechnet in die Summe, die zur Abdeckung der rund 180 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Es scheint auch, daß der aus dem Privatkonkurs ausgeschiedene Dr. Edmund Stinnes aus seinen Erbschaftsansprüchen etwas hergeben muß, um zur Abdeckung der Schuldforderungen beizutragen.

Welchen Verlauf die weitere Liquidation noch nehmen wird, läßt sich nach den Ueberraschungen, die die Banken in dieser Frage der Öffentlichkeit bereits bereitet haben, überhaupt nicht vorsehen. Selten hat man ein Finanzmanöver in einem solchen Vertrauen auf die Kritiklosigkeit des Publikums aufgezogen wie die Stinnes-Liquidation. Als der Ramsch losging, setzte sich der junge Hugo Stinnes aufs hohe Pferd, kanzelte seinen Bruder ab und stellte die ganze Liquidation als recht harmlos dar. Auch das Stützungskontorium hat jede Aufklärung der Öffentlichkeit über den Umfang der Schulden und über die Bedeutung der Transaktion für die Volkswirtschaft vermissen lassen. Wie man jetzt sieht, geschah das aus guten Gründen. Die ganze famose Stützungssaktion war nichts anderes als eine Teilung in den Raub, den der typische deutsche Inflationskonzern während der Geldentwertung an der deutschen Volkskasse vollzogen hatte. Wozu und lächerlich nimmt sich gegenüber einer solchen Aktion die große Entrüstung aus, die man aus politischen Gründen über Fälle wie Barmat und Kautsky entfacht hatte.

Deutschland kann auf seine „Wirtschaftsführer“ stolz sein. Sie sind gerade noch zur Beratung der Rechtsregierung gut.

Die Berliner Interessen der Metallabteilung des Stinnes-Konzerns sind von der Firma Berg u. Co., Charlottenburg, gekauft worden. Die Schiffsinteressen sollen nach einer Meldung der „Konjunkturkorrespondenz“ nicht verkauft, sondern in eine besondere Gesellschaft eingebracht und dem Hause Stinnes erhalten werden. Hugo Stinnes der Jüngere hat sich nach Hamburg begeben, um über diese Frage zu verhandeln.

Sibt es schon Konspiraten? Das Marineamt der Vereinigten Staaten ordnete an, daß das Luftschiff Shenandoah mit zehn Maschinen gewehrt bewaffnet werde. Es muß also wohl mit irgendwelchen Ueberfallgefahren gerechnet werden.

Brasilien.

Erfahrungen eines Deutschen, der drüben war.

Jährlich wandern Tausende und aber Tausende nach Brasilien aus, um sich dort eine neue Existenz zu gründen. Wenigen nur gelingt es, hunderte Lehren eintauscht zurück und Tausende fristen nordwärts ihr Leben in den Hafenstädten ohne jede Mittel, ohne festen Erwerb, den allmählichen Untergang preisgegeben. Denn es ist überaus schwer, in diesem Lande festen Fuß zu fassen und es zu einem wenn auch noch so bescheidenen Wohlstand zu bringen.

Die Vereinigten Staaten von Brasilien, ungefähr sechzehnmal so groß, wie Deutschland, haben etwa 30 000 000 Einwohner. Dem Klima nach teilt man das Land in drei Zonen. Der Norden, um den Amazonasstrom, ist seines menschenmörderischen Charakters wegen verächtlich. Die Europäer, die in dieses Gebiet kommen, fallen meist dem tödlichen Tropenleber zum Opfer, Siedlungen befinden sich daher nur an der Küste um Bahia und Pernambuco herum. Mittelbrasilien ist dagegen ziemlich dicht bevölkert. Hier befindet sich auch die Bundeshauptstadt Rio de Janeiro, eine der schönsten Städte der Welt. Der wichtigste Staat Mittelbrasilien ist Sao Paulo. Hier werden auf Kaffee-, Baumwoll- und anderen Plantagen viele Saisonarbeiter beschäftigt. Das sind jedoch hauptsächlich Italiener und Portugiesen, welche anspruchsloser als der Mitteleuropäer sind und deshalb billiger arbeiten können.

Im Süden des Landes liegen die Staaten Parana, Santa Katherina und Rio Grande do Sul. Das Klima kommt dem süd-europäischen fast gleich und ist für den deutschen Auswanderer das gesündeste. Dort wohnen daher auch etwa 400 000 Kolonisten. Die Sprache um Blumenau und Joinville ist überwiegend deutsch, denn das Gebiet ist in der Hauptsache von deutschen Kolonisten erschlossen worden. Die ersten Ansiedler kamen vor etwa hundert Jahren ins Land und haben hier unter schweren Entbehrungen blühende Siedlungen erstehen lassen.

Für den neu Eingewanderten bestehen zwei Möglichkeiten, sich eine Siedlung zu beschaffen. Die erste ist die, sich von der Regierung Urwald zur Verfügung stellen zu lassen und zu roden. Was dieses Wort „Urwald“ für ein Elend in sich birgt, weiß nur der, der die Leiden hinter sich hat. Mit dem Handwerkszeug, das sich der Auswanderer selbst beschaffen muß, steht er allein, meilenweit von menschlichen Behauungen entfernt, unter den Urwaldriesen. Für die ersten fünf Jahre darf er nicht darauf rechnen, daß ihn sein Bekkum ernährt. Die Felder werden von den Besitzern, einer Popengeiern, heimgeleitet und oft vollkommen verwüßt. Infolge der überaus schlechten Wege sind die Transportmöglichkeiten gering und daher auch die Absatzmöglichkeiten sehr schlecht. Auch die öffentlichen Verkehrsmittel sind äußerst unzuverlässig. Soll der Zug z. B. um 8 Uhr gehen und fährt er dann um 10 Uhr, so hat man Mühe, fährt er heute überhaupt nicht, ist es auch gut, dann fährt er eben später. Das Lösungswort Brasiliens heißt Patiencia (Geduld). Der deutsche Auswanderer, der an Ordnung im öffentlichen Leben und an gewisse Bequemlichkeiten (sauberes Trinkwasser, anständige Kleidung usw.) im privaten Leben gewöhnt ist, fühlt sich hier totunglücklich. Ein besonderes Kapitel ist auch die brasilianische

Kost. Da der Boden sehr kalkarm ist, fehlen den dort wachsenden Pflanzen die Blut- und Nährsalze. Dem Körper des Kolonisten werden durch diese Nahrung nicht genügend Kroststoffe zugeführt, die schwere Arbeit tut ein übriges, und so stellen sich Malaria und die andern tropischen Krankheiten ein; die Segengifte Chinin und Arsenik schwächen den Körper ebenfalls, und mancher Kolonist hat drüben sein frühes Grab gefunden. Viele andere verzichten auf die Anzählung, lassen alles im Stich und kehren heim — wenn sie irgend noch das Geld dazu haben.

Die andere Möglichkeit ist die, eine schon bebaute „Kolonie“ zu kaufen. Doch gehört dazu neben einer ganz schönen Summe Geldes eine Portion Vorsicht und Erfahrung. Wie es einem unwillkürlichen Reuling gehen kann, mag folgendes Beispiel zeigen: Kaufte da ein brauner Württemberger für acht Konto (4000 M.) eine Kolonie. Nachdem er sie bezahlt und bezogen hat, stellt es sich heraus, daß er einem Schwindler in die Hände gefallen ist, der ihm die Kolonie verkauft hat, ohne ein Besitzrecht daran zu haben. Der rechtmäßige Besitzer machte seine Ansprüche geltend und der Käufer war gezwungen, die Kolonie wieder zu räumen. Nur mit großer Mühe erhielt er wenigstens einen Teil seines Geldes wieder, mit dem er schleunigst in seine Heimat zurückkehrte.

Wehrlich unzuverlässig wie der brasilianische Eisenbahnverkehr ist auch das Geldwesen. Die brasilianische Münzeinheit ist der Rikreis, etwa 0,50 deutsche Reichsmark. Von Zeit zu Zeit werden dann in der Kolonistenzeitung gewisse Banknoten ausgerufen, nur vergibt man einzuleihen, welche Bank dieselben eintauscht. Als ich einmal nach vergeblichem Umherlaufen bei mehreren Banken bei dem Redakteur der Zeitung Auskunft einholte, sagte er mir lächelnd: „Ja, wir sind eben in Brasilien; das beste ist, Sie tapezieren Ihr Zimmer mit den Scheinen aus.“ Wir sind eben in Brasilien,“ diese Redensart erschuldigt und erklärt alles.

Am schlechtesten jedoch steht sich der Arbeiter. Die Zustände auf den Plantagen kommen oft der Sklaverei gleich. Doch sind deutsche Arbeiter, wie schon gesagt, in der Landwirtschaft kaum zu finden. Auch in den Industriewerken sind sie in nicht allzu erheblicher Zahl vorhanden, und es kann auch nicht genug gewarnt werden vor Abwanderungen nach den brasilianischen Industrien. Zwar zahlt der Arbeiter keine direkte Steuern, aber sämtliche Gegenstände des täglichen Bedarfs sind so mit indirekten Steuern belastet, daß die Steuerbefreiung der Arbeiterschaft dadurch illusorisch gemacht ist. Der Arbeiter verdient bei neunstündiger Arbeitszeit etwa fünf bis sieben Rikreis pro Tag, das sind etwa 25 bis 37 Pf. die Stunde. Die Preise für die in Gegenlag dazu unermesslich hoch. Milch kostet pro Liter 35 Pf., Kartoffeln 7,50 bis 17,50 M. pro Zentner, Rindfleisch 40 Pf., Butter 1,50 M., Schmalz 1,25 M., Weizenmehl 35 bis 40 Pf. pro Pfund. Für Kleider zahlt man Phantasiereise, so für einen guten Anzug 150 M., für einen Hut 20 M. und für Schuhe auch etwa 20 M. Aus diesen wenigen Zahlen ersieht man, daß sich der Arbeiter ganz ungewöhnlich schlecht stellt. Dem Brasilianer, der weder Ansprüche an Ernährung — er ist mit ein paar Händen voll Reis den Tag über vollkommen befriedigt — noch an Kleidung stellt, ist es möglich, seine Arbeitskraft so billig zu verkaufen. Der Auswanderer aber geht infolge der schlechten Ernährung und der klimatischen Einflüsse in mehr oder minder kurzer Zeit zugrunde.

Auswandern nach Brasilien sollte daher nur derjenige, der sich landwirtschaftlich betätigen will und genügend Barmittel dazu zur Verfügung hat; aber auch dann nur, wenn er eine kräftige Gesundheit besitzt und gewillt ist, nicht nur zu arbeiten, sondern zu schuften. Dabei darf es ihm nicht darauf ankommen, daß seine Arbeit in den ersten Jahren keine Erfolge zeitigt. Dann mag es ihm gelingen, nach einer Reihe von Jahren in Besitz einer blühenden Siedlung zu sein. Alle übrigen aber werden fast ausnahmslos Opfer jenes Landes, welches ein sterbender Auswanderer „hölle Brasilien“ nannte, eine Verwünschung, in die ungehörlich andere, die alle jene Leiden durchmachen oder hinter sich haben, einstimmen.

Die Buchhändlerverbände gegen den Konkursversuch der „Buchhändler-Börse“. Wie vor einiger Zeit gemeldet, war in der „Buchhändler-Börse“ eine Liste solcher Urheber veröffentlicht worden, die irgendwelche Werte neuen, für den Betrieb von Büchern ins Leben gerufenen Organisationen anvertraut haben. Gleichzeitig war zum Bopstort der beteiligten Autoren angefordert worden. Bestern fand nun eine Besprechung zwischen Vertretern des Buchhändler-Börsevereins, des Deutschen Verlegervereins, der Deutschen Buchhändler-Gilde, des Verbandes Deutscher Erzähler, des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller, sowie des Verbandes Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten statt, in der übereinstimmend anerkannt wurde, daß die Freiheit des Schriftstellers in keiner Weise und nach keiner Seite hin beschränkt werden dürfe. Es wurde betont, daß es den buchhändlerischen Verbänden ferngelegen habe, die persönlichen Rechte der Schriftsteller irgendwie einengen zu wollen. Um künftige Mißverständnisse auszuschließen, wurde in Aussicht genommen, die beteiligten Verbände nach Bedarf zu gemeinschaftlichen Logungen zusammenzurufen.

Eine Materiospende von fünftausend Mark wurde vom preussischen Kultusministerium zur Verfügung gestellt, damit noleidende Schüler mit Material versorgt werden können. Die Summe wird in 200 Guldens zu je 25 Mark aufgeteilt; in besonders dringenden Fällen kann der Betrag erhöht werden. Gesuche sind an das Ministerium zu richten.

Der neue Vorstand des Deutschen Werkbundes. Der Deutsche Werkbund hat seinen Vorstand neu zusammengestellt. Erster Vorsitzender bleibt Prof. Richard Niemcewicz in München, zweiter Vorsitzender Geheimrat Peter Bräunmann in Heilbronn. Am engeren Vorstand sind Berater Prof. Bruno Paul und Prof. Hans Poelitz in Berlin. Ehrenmitglied wurden als Vorsitzende: Altkler, Debrandt, Giesels, Haffner, Groch, Duder, Kaiser, Max v. Müller, Schmidt-Frankfurt, Schramm, Stabler, Tarnow, Wäger und Wienand.

Der Bildhauer Gottlieb Wilhelm ist in München gestorben, ein vorzüglicher Kunsthandwerker, dessen kunstgewerbliche Metallverfälschte auch vorbildlich für die Zerambildung des Kunstgewerbes arbeitete. Dem Bayerischen Kunstgewerbeverein und dem Münchener Bund der bildenden Künstler als Vorstand und Aufsichtsmittel an.

Radio in Riga — Rufstempelpfand verboten. Am Rigischen Strand in Ostburg ist seit einigen Tagen die erste in Ostland zur allgemeinen Benutzung freigelegene radiotelephonische Empfangskstation in Tätigkeit getreten. Die Aufnahme russischer Vorträge ist nicht gestattet.

Unzerbrechbare Kunstseide. In Frankreich ist laut „Konfession“, ein neues Verfahren auf dem Gebiete der Kunstseidenherstellung erfunden worden. Die nach diesem neuen Prozedur hergestellten Kunstseidenen sind unzerbrechlich.

Das Arbeitsgerichtsgesetz. Zum Gesetzentwurf der Regierung.

Die Regierung ließ dieser Tage den gesetzgebenden Körperschaften den Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes zugehen. Die schon seit Jahren hin und her gehende Diskussion über die Form der Arbeitsgerichte ist damit in ein neues Stadium getreten. Im Reichswirtschaftsrat und im Reichstag werden die Arbeitervertreter sich mit dem Entwurf der Regierung auseinandersetzen müssen. Der schon oft erhobenen Forderung der Arbeiterschaft nach einer, von den ordentlichen Gerichten vollkommen losgelösten Arbeitsgerichtsbarkeit ist nur zum Teil Rechnung getragen.

An die Stelle der bisherigen Gewerbegerichte (einschließlich Berggewerbegerichte), der Kaufmannsgerichte, der Innungsschiedsgerichte und der arbeitsgerichtlichen Kammern der Schlichtungsausschüsse soll in erster Instanz das sogenannte Arbeitsgericht treten, das ein vom ordentlichen Gerichtswesen vollkommen unabhängiges Gericht darstellt. Das Arbeitsgericht soll zuständig sein für alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, einerlei, ob es sich um Differenzen zwischen den einzelnen Arbeitgebern und Arbeitnehmern handelt, oder um Streitigkeiten aus dem Tarifvertrag, oder dem Betriebsratsgesetz, oder um bürgerlichen Rechtsstreit zwischen mehreren Arbeitnehmern (zum Beispiel bei Gruppenarbeitsverträgen). Die neu zu schaffenden Arbeitsgerichte werden auch über die Streitfälle der Landarbeiter aus ihrem Arbeitsverhältnis zu entscheiden haben, für die bisher die ordentlichen Gerichte zuständig waren. Ebenso werden die Angelegenheiten, die bisher, weil sie nicht in einem kaufmännischen Betrieb tätig waren, die Kaufmannsgerichte nicht in Anspruch nehmen konnten, sich an die neuen Arbeitsgerichte wenden können.

Die Arbeitsgerichte setzen sich zusammen aus einem ordentlichen Richter als Vorsitzenden und zwei Beisitzern, je einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer. Die Beisitzer werden nach einer Vorschlagsliste, die von den Organisationen einzureichen ist, für mehrere Jahre von den Justizbehörden ernannt. Gegen die Entscheidung des Arbeitsgerichts steht beiden Teilen ein Revisionsrecht zu, wenn der Wert des Streitfalls höher als 300 Mark ist, oder wenn es sich um einen Streitfall von allgemeiner Bedeutung handelt.

Zweite Instanz ist das Landesarbeitsgericht. Es wird ebenfalls aus einem ordentlichen Richter (Landgerichtsdirektor) und je einem Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter gebildet. Die dritte und letzte Instanz ist das Reichsarbeitsgericht. Es soll bestehen aus einem Senatspräsidenten als Vorsitzenden, zwei Reichsarbeitsrichtern als Beisitzern und aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzern. Das Landesarbeitsgericht und das Reichsarbeitsgericht sind den ordentlichen Gerichten eingegliedert. Es sollen für die Aufgaben der Arbeitsgerichtsbarkeit bei den Landgerichten besondere Kammern und beim Reichsgericht ein besonderer Senat gebildet werden.

In erster Instanz vor dem Arbeitsgericht soll eine Verhandlung nur erfolgen, nachdem in einem vorausgegangenen Güteverfahren ein Vergleich nicht zustande gekommen ist. Die Entscheidung des Arbeitsgerichts soll möglichst sofort, im Anschluß an die erste mündliche Verhandlung verkündet werden. Sie soll so formuliert sein, daß sie zwischen beiden Parteien klare Rechtsverhältnisse schafft. Der Betrag der entstandenen Prozeßkosten soll in der Entscheidung genannt werden. Die Gebühren sollen ungefähr ebenso hoch sein wie bisher bei den Gewerbegerichten.

In den Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht sollen beiden Parteien ihren Rechtsstandpunkt selbst darlegen. Bei einer eventuellen Revision müssen sie dagegen sowohl bei den Landesarbeitsgerichten wie beim Reichsarbeitsgericht ihre Vertretung einem Rechtsanwalt übertragen.

Durch besondere Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und durch Tarifverträge können für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis andere Abkommen getroffen werden, die eine Inanspruchnahme der Arbeitsgerichte ausschließen.

Die Arbeitervertreter im Reichswirtschaftsrat und im Reichstag werden, sobald die Ausschüßverhandlungen über den Gesetzentwurf beginnen, mit allem Nachdruck auf eine freiere Gestaltung der neuen Gerichte hinarbeiten müssen. Besonders gilt das für die Landesarbeitsgerichte und für das Reichsarbeitsgericht.

Die „Nationalpost“-Pleite.

Gläubigerversammlung der „Nationalpost“-G. m. b. H.

Gestern fand vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte die Gläubiger-versammlung der „Nationalpost“-G. m. b. H. statt. Bis auf den letzten Platz war der Saal mit Gläubigern und Gläubiger-Vertretern gefüllt. Der Konkursverwalter, Direktor Otto Gädler, von der Mittelstandsdruckhand-Gesellschaft erstattete den Bericht.

Bevor der Verlag „Nationalpost“-G. m. b. H. gegründet wurde, existierte eine deutschnationale Verlagsfirma, in der eine Zeitschrift „Der Volksfreund“ wöchentlich erschien. Dieser Verlag arbeitete mit Ueberschuß. Das Unglück des Verlages begann in dem Augenblick, in dem er mit der neugegründeten „Nationalpost“-G. m. b. H. zusammengeworfen wurde. Schon zu Beginn des Jahres 1925 arbeitete der Verlag mit einer Unterbilanz von 25.000 Mk. Das kam daher, weil der Verlag für jeden der 22.000 Abonnenten pro Monat 15 Mk. zahlte. Er erhielt, um dieses Risiko bestreiten zu können, von den verschiedensten Stellen aus Zuschüsse, die monatlich 10—15.000 Mk. betragen, u. a. vom Grafen Westarp, von Graefe und von der „Kreuzzeitung“. Als die Zuschüsse aufhörten, war auch das Ende des Verlages da. Der Geschäftsführer der G. m. b. H. Rentisch, war Naturwissenschaftler, der 1918/19 bei einer Verlagsfirma in Stellung gewesen war, und auch den Verlag des „Volksfreunds“ geleitet hatte. Hinter dem Verlage stand bekanntlich der Landesverband Berlin der Deutschnationalen Volkspartei. Er veranlaßte, daß am 11. Mai Rentisch abgesetzt wurde und Lavrenz zum Geschäftsführer bestellt wurde. Die Herrlichkeit von Lavrenz dauerte überdies nicht lange und am 20. Mai wurde Rentisch wieder Geschäftsführer. Der Landesverband Berlin war nämlich als Gesellschafter nicht eingetragen, er konnte also auch kein Gesellschaftsrecht ausüben und demnach auch nicht Lavrenz zum Geschäftsführer bestimmen. Diese Richtmeinung wurde aber erst am 20. Juni entdeckt, an dem Tage, an dem der Konkurs beantragt wurde.

Zwischen dem Ausbleiben der Zuschüsse und dem Konkursantrag wurden von den verschiedensten Seiten Sanierungsversuche gemacht, u. a. auch vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband. Sie scheiterten. Eröffnet wurde der Konkurs am 9. Juli. Es ist eine Masse im Werte von ungefähr 41.000 Mk. vorhanden, darunter 3000 Mk. in barem Gelde, das bei der Depotkassa der Deutschen Bank in der Königsstraße hinterlegt ist. Der größte Teil der Masse besteht aus Forderungen, deren Einbringung z. T. sehr zweifelhaft geworden ist, da sie z. T. doppelt übertragen sind. Dieser Masse stehen Forderungen in Höhe von circa 300.000 Mk. gegenüber. Davon haben die Angestellten circa 50.000 Mk. gefordert.

Im Anschluß an den Bericht des Konkursverwalters entspann sich eine Debatte darüber, warum der Konkurs so spät

Finanzausgleich und Sozialdemokratie

Eine Erklärung der Reichstagsfraktion

Bei der Beratung des Finanzausgleichs gab gestern der Genosse Reil für die Fraktion folgende Erklärung ab:

An die Spitze meiner kurzen Ausführungen stelle ich die Erklärung, daß meine Fraktion den Bestimmungen des Finanzausgleichs in der Formulierung, die sie durch die nunmehr mit den Ländern getroffene Abmachung erfahren, zustimmen wird.

Wenn wir das tun, so liegt uns nichts ferner als Begeisterung über die Regierungskünste des Rabinetts Luther. Soweit die Öffentlichkeit die nun seit Wochen andauernden frampfhafte Versuche der Reichsregierung, mit den Ländern über die Höhe ihrer Anteile an den Reichsteuern zu einer Verständigung zu kommen, verfolgen konnte, war von der Kunst des Regierens leider nicht die Spur zu merken. Erst mußten die Finanzminister zweier großer Länder von dieser Tribüne aus die ihnen anvertrauten Interessen mit der Klarheit und Eindringlichkeit, die uns ihre Reden sehr sympathisch gemacht hat, vertreten und mit dem Einspruch des Reichsrats gegen das Gesetz drohen, ehe das Kompromiß zustande kam.

Nachdem sich nun die Finanzminister der Länder mit den ihnen gemachten Zugeständnissen zufrieden gegeben und selbst Vertreter der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes ihre Namen unter den Antrag 1398 gesetzt haben, liegt für uns kein sachlicher Grund vor, den Ausgleich abzulehnen.

Die Frage steht hier nicht zur Debatte, ob die Grundlagen des Steuersystems, an dem Reich und Länder gemeinsam interessiert sind, ansehbar sind oder nicht. Wie wir zu diesem Steuersystem im ganzen und im einzelnen stehen, ist im Verlauf unserer Beratungen durch Reden und Anträge klar dargelegt worden. Die Steuern sind in der Bestimmung, die sie erfahren haben, gegen unseren Willen beschaffen worden. Jetzt aber handelt es sich darum, in welchem Maße die Länder und Gemeinden am Ertrag dieser Steuern beteiligt werden sollen.

Die Rücksichtnahme auf die finanziellen Interessen des Reichs kann uns nicht veranlassen, gegen die Höhe der Anteile zu stimmen, die den Ländern eingeräumt worden sind. Der Finanzbedarf des Reichs wird zahlenmäßig gedeckt werden durch die neuen Steuern. Die Wahrscheinlichkeit spricht sogar dafür, daß die beschlossene Belastung der armen Volksschichten beträchtlich größere Erträge liefern wird, als die Reichsfinanzverwaltung zugehen will.

Wir begrüßen zwar die Einsicht des Reichsfinanzministers und der hinter ihm stehenden Parteien der Rechten, die die Rede des Ministers von heute mittag wieder beherrschte, daß das Reich den Krieg verloren, daß das Reich daher die Reparationslasten zu tragen habe, und daß in Rücksicht hierauf eine vor-sichtige Finanzpolitik geboten sei. Das war unsere Auffassung

Schon vor Jahren.

als wir uns, leider ohne Erfolg, dagegen wehrten, daß das Steuerwert von Weimar von den Vertretern des Großkapitals unter Führung Dr. Helfferichs ausgehöhlt und damit die Inflationskatastrophe heraufbeschworen wurde.

Ueber die bessere Erkenntnis der Kreise, auf die der Finanzminister sich stützt, kann man sich ja freuen, aber es besteht die Gefahr, daß sie ins umgekehrte Extrem verfallen. Der Reichsfinanzminister betundet fast eine übertriebene Sorge um die Erfüllung der Reparationslasten in späteren Jahren und treibt in dieser Sorge eine Theaurierungspolitik, die wirtschaftlich und sozialpolitisch höchst bedenklich ist, zumal die Kosten dieser Politik überwiegend von den wirtschaftlich Schwachen getragen werden müssen.

Kann aus diesen Erwägungen vom Standpunkt des Reichs aus die Vereinbarung mit den Ländern nicht abgelehnt werden, so scheint uns umgekehrt, nachdem die Regierungen der Länder zugestimmt haben, auch vom Standpunkt der Länder aus kein Grund zur Ablehnung vorzuliegen. Sicherlich werden die Länder und die Gemeinden, die knapp zu halten der Reichsfinanzminister sich verpflichtet hält, Mühe haben, ihren Haushalt im Gleichgewicht zu halten. Sie werden vom Reich auf die

eröffnet worden sei. Der Geschäftsführer Rentisch wies darauf hin, daß erst Ende Mai die Sanierungsversuche als gescheitert zu betrachten gewesen seien. Das Unternehmen sei vom Landesverband Berlin der deutschnationalen Partei abgemürgt worden, da dieser die Zahlungen, zu denen er verpflichtet war, einstellte. Von verschiedenen Seiten wurden Zweifel in die Richtigkeit der Behauptungen von Rentisch geäußert. Müller-König, der Vertreter des Landesverbandes, verwahrte sich gegen die von Rentisch in breiter Öffentlichkeit aufgestellten Behauptungen. Die Partei sei mit ihren Unterstufungen zu weit gegangen und es sei im übrigen festzustellen, daß der Landesverband nicht Gesellschafter der „Nationalpost“ gewesen sei, sondern nur Abonnent auf eine Anzahl von Exemplaren des im Verlag „Nationalpost“ erscheinenden Wochenblatts „Berliner Volksfreund“. Als Abonnent hätte der Landesverband das Recht gehabt, das Abonnement zu kündigen, in dem Augenblick, in dem die Zeitung nicht mehr erschien oder erscheinen konnte. Rentisch ist der Ansicht, daß für diese Dinge der Gläubigerausschuß zuständig sei und verweist im übrigen auf die noch schwebenden Strafverfahren. Da der aufsichtführende Richter ebenfalls der Ansicht ist, daß die Dinge vor den Gläubigerausschuß gehören, wird die Debatte hierüber geschlossen.

Nach Ansicht des Konkursverwalters ist bestenfalls mit einer Quote von 14% Proz. zu rechnen. Der Konkursverwalter wurde befragt und es wurde dann ein Gläubigerausschuß gewählt, der sich wie folgt zusammensetzt: 1. Als Angestelltenvertreter der Leiter der Anzeigenabteilung Hiller. 2. Der Mitinhaber der Firma Hempel u. Co., Klermann. 3. Herr Geese von der Firma C. V. Geese. 4. Herr Schön als Vertreter der „Kreuzzeitung“ und des Dr. Nylius. 5. Stadtverordneter Buchwih. 7. Geheimer Justizrat Dietrich.

Ein Schlag gegen den Faschismus.

Orlando verzichtet demonstrativ aufs Mandat.

Rom, 7. August. (Eigener Drahtbericht.) Der ehemalige Ministerpräsident Orlando überhandte dem Kammerpräsidenten ein Schreiben, in dem er sein Abgeordnetenmandat niederlegt. Orlando begründet diesen Schritt damit, daß die Stadtratswahlen von Palermo ihn zwar nicht wegen ihres scheinbaren Ergebnisses, wohl aber wegen der Methoden, unter denen sie stattgefunden haben, in der Ueberzeugung bestärkt hätten, daß für Männer von liberaler Gesinnung und Parteirichtung heute im politischen Leben Italiens kein Platz mehr sei. Bisher habe er es vermieden, die Folgen aus dieser Ueberzeugung zu ziehen, aus demokratischer Gesinnung heraus und aus Drängen angesehenen Politiker faschistischer Richtung. Nach seinen letzten Erfahrungen würde es aber eine Täuschung bedeuten, wollte man glauben, dem Lande noch dienen zu können; deshalb stehe er zurück. Der Schritt Orlando's macht einen tiefen Eindruck und wird vielleicht nachgeahmt werden.

Hausinssteuer vermieden, von der der deutschnationale Staatspräsident Brüning überlegt hat, daß sie gegen die guten Sitten verstoße, was freilich die unter seiner Führung stehende württembergische Regierung nicht abgehalten hat, diese Steuer in einem Uebermaß für fiskalische Zwecke anzuspannen. Die Länder haben aber solange keinen zwingenden Grund, die unsoziale Hausinssteuer zu überspannen, als die viel gerechtere Steuer von den Inflationsgewinnen des landwirtschaftlichen Grundbesitzes nicht ausgeschöpft ist. Wir haben in der 2. Lesung den Versuch gemacht, die Länder zur Erhebung dieser Steuer ebenso zu verpflichten, wie sie zur Erhebung der Hausinssteuer verpflichtet sind. Mit der Ablehnung dieses Antrages hat die Mehrheit des Hauses deutlich betundet, daß sie die landwirtschaftlichen Inflationsgewinne mit anderem Maße gemessen wissen will, als die übrigen und als besonders die Mieter, die in ihrer erdrückenden Mehrheit Opfer und nicht Nutznießer der Inflation sind.

Den Veruch, die Länder zur Erhebung dieser Steuer durch reichsgesetzliche Vorschriften anzuhalten, wiederholen wir auch in der 3. Lesung. Wird er wiederum abgelehnt, so ändert das nichts an der Tatsache, daß die Länder vom 1. Oktober d. J. ab zur Erhebung der Steuer berechtigt sind. So lange die Länder diese Steuer nicht in Anspruch nehmen, besteht kein Anlaß, die Bestimmungen über die Länderanteile an den Reichsteuern abzulehnen, weil die Anteile zu niedrig seien.

Zu diesen sachlichen, finanzpolitischen Erwägungen kommen für meine Fraktion noch politische Ueberlegungen.

Der Kampf zwischen dem Reich und den Ländern um den Finanzausgleich war, wie die Finanzminister Preußens und Sachsens hier erklärt haben, für ihre und für die große Mehrheit der Länder lediglich ein Kampf um die Möglichkeit, die Aufgaben der Länder und Gemeinden pflichtgemäß zu erfüllen. Für die bayerische Regierung dagegen ist dieser Kampf, wie wir von ihrem Vertreter gehört haben,

ein Kampf um die Befriedigung politischer Machtbedürfnisse.

Bayern will, wie es offen erklärt, das Recht der Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Gebiete der direkten Besteuerung wieder an die Länder zurückgegeben wissen. Bayern ist jahrelang von den Rechtsparteien, vor allem den Deutschnationalen, in diesem Bestreben unterstützt worden. Jetzt haben die Rechtsregierung und die Deutschnationale Partei auch in dieser Frage umgeleert. Die Ansprüche Bayerns werden von ihnen abgelehnt. Wir freuen uns auch über diese Wandlung und da wir stets für die Vereinheitlichung des Steuerwesens eingetreten sind, werden wir nichts tun, um die befehlten Länder in ihren Einsichten irre zu machen. Unsere Zustimmung zu den Bestimmungen über die Länderanteile beruht daher auch auf der politischen Erwägung, daß die Festlegung von 25 Prozent Reichsanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer

einen völlig unzuverlässigen und unbegründeten Eingriff in das Budget Bayerns bedeutet, die wir unterstützen wollen.

Diese Zurückweisung durch eine möglichst große Mehrheit auszupprechen, das ist die Absicht, die wir mit unserer Zustimmung verfolgen. Wir sind aber nicht in der Lage, dem Gesetz über den Finanzausgleich als Ganzem zuzustimmen. Wir werden es in der Schlussabstimmung ablehnen, nicht nur weil es

ein völlig unzuverlässigen und unbegründeten Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ermöglicht,

nicht nur, weil dem Verlangen der Länder und Gemeinden nach dem Recht der Erhebung von Zuschlägen zur Einkommen- und Körperschaftsteuer bereits ein bedeutendes prinzipielles Zugeständnis gemacht wird, sondern vor allem, weil es bepackt ist mit der gegen die guten Sitten verstoßenden fiskalischen Hausinssteuer. Diese Hausinssteuer als Hauptbestandteil des letzten in der langen Reihe der Steuergesetze drückt gleichsam dem ganzen Wert den Schlüsselstempel auf, den Stempel eines der unsozialsten Werke, die je in diesem Hause zustande gekommen sind. Wir erheben aufs neue schärfsten Einspruch gegen dieses arbeitserwidrigste Werk und bringen das zum Ausdruck, indem wir das Gesetz über den Finanzausgleich als Ganzes ablehnen.

Das Befinden des schwerverletzten Oppositionsführers Amendola bessert sich, jedoch werden die Folgen des Ueberfalls von Monrca dini noch lange andauern.

England und Rußland.

Auch die konservative Regierung wünscht Handelsbeziehungen.

London, 7. August. (W.B.) Im Unterhaus sagte bei der Berichterstattung über die Vorlage betreffend die Subventionen für die Bergverkehrsindustrie Bromley (Arbeiterpartei), der Entschluß der Regierung, die Bergverkehrsindustrie zu unterstützen, bedeute keinen Sieg für die Arbeiter, sondern für die Kapitalisten. Purcell (Arbeiterpartei) hob hervor, die Gewerkschaftsbewegung werde sich durch die gestern geäußerten Drohungen nicht hindern lassen, auf ihrem guten Recht zu bestehen.

Die Vorlage wird — bei Stimmhaltung der Arbeiterpartei — mit 351 Konservativen gegen 16 Liberale angenommen.

Bonsonby warf bei Einbringung eines Antrages auf Vertagung des Unterhauses die chinesische und die russische Frage auf und verlangte Beweismaterial für die angebliche Sowjetpropaganda in England. Er sagte, die Regierung veranlasse durch ihre Haltung den russischen Handel, sich nach anderen Ländern umzusehen und treibe Rußland in die Arme Asiens.

Nach Ausführungen weiterer Mitglieder erwiderte McNeill namens der Regierung u. a.: Die Annahme, daß die Handelsbeziehungen von den politischen Beziehungen abhängen, ist irrig, was sich z. B. aus den Handelsbeziehungen der Vereinigten Staaten, die die Sowjetregierung nicht anerkennen, mit Rußland ergibt. Die britische Regierung weiß, daß es von außerordentlicher Bedeutung ist, daß England mit Rußland Handel treibt. Das wahre Hemmnis gegen seine Entwicklung ist das russische Außenhandelsmonopol. Ihre Propaganda ist eine bekannte Tatsache. Die Aufforderung zu freundschaftlichen Beziehungen wird Bonsonby besser an die russische Regierung richten. Bonsonby glaubt doch wohl nicht im Ernst, daß die jetzige russische Regierung von freundschaftlichen Absichten gegenüber Großbritannien befecht ist. Weiterhin führte McNeill aus: Die Regierung wünscht lebhaften Handel mit Rußland zu fördern und befreit, irgendwelche positive unfreundliche Gesinnung gegen Rußland zu hegen. Wenn eine unfreundliche Gesinnung besteht, so ist sie auf der anderen Seite vorhanden, und

wenn die Sowjetregierung sich entschließen sollte, an die britische Regierung heranzutreten und Vorschläge für die Aufnahme ausgedehnter Handelsbeziehungen zu machen, werden diese Vorschläge sehr aufmerksame und wohlwollende Erwägung finden.

Aber nach den bisherigen Erfahrungen würde es Zeitverschwendung sein, wenn die britische Regierung einen solchen Schritt unternimmt.

Das Parlament ist bis zum 16. November vertagt worden. Premierminister Baldwin wird die nächsten Wochen in Arles-Bains verbringen, während MacDonald und einige andere Führer der Arbeiterpartei in Marseille zum Internationalen Sozialistenkongress gehen.

Gewerkschaftsbewegung

Die „Ausperrung“ der Bauarbeiter.

Der Reichsarbeitsminister greift ein.

In einigen Berliner Abendblättern wird unter entsprechend großer Aufmachung von der gestern in Berlin zur Durchführung gekommenen „Ausperrung“ im Baugewerbe gesprochen. Wir möchten feststellen, daß diese Ausperrung nur auf dem Papier steht. Vor der „Ausperrung“ arbeiteten rund 2700 Bauarbeiter zu den neuen Bedingungen. Nach der Ausperrung sind es ganz genau ebensoviel.

Die Nachtausgabe des „Tag“, die ja über die Absichten der Unternehmer naturgemäß besonders gut unterrichtet ist, schreibt, daß vor der Aufnahme von Vergleichsverhandlungen die Unternehmer die Bedingungen stellen werden, daß die Arbeit zunächst wieder aufgenommen werden müsse, wogegen dann auch selbstverständlich die „Ausperrung“ aufgehoben würde. Die Heuer und Wielenz haben also ihre famose Ausperrung verfügt, um ein Kompensationsobjekt zu haben, allerdings ein nicht existierendes Kompensationsobjekt.

Wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, hat der Reichsarbeitsminister die Zentralorganisationen der Unternehmer und der Arbeiter im Baugewerbe zu Montag zu Vergleichsverhandlungen geladen. Er will den Versuch machen, eine Einigung herbeizuführen, bevor es zu der von dem Unternehmerverband angekündigten Generalausperrung für ganz Deutschland kommt. Die „Vossische Zeitung“, die über den Kampf im Baugewerbe ganz phantastische Angaben veröffentlicht, weiß jetzt schon mitzuteilen, daß eine Lohnerhöhung dabei kaum in Frage kommen würde. Die Nachtausgabe des „Tag“ schreibt übereinstimmend, daß die Belegung des Konflikts auf große Hindernisse stoßen würde, da die Baugeschäfte nicht nachgeben würden und hinter den Firmen die gesamte Bauindustrie stehe, die jedes Nachgeben zu verhindern gewillt sei.

Wenn die Unternehmer mit diesen Ansichten und Absichten zu den Vergleichsverhandlungen gehen, dann ist an eine Beilegung des Konflikts allerdings nicht zu denken. Die Bauarbeiter haben den schweren Kampf nicht unternommen, um ihn resultatlos abzubrechen.

Besser, als die von den Unternehmern inspirierten oder informierten Zeitungen, unterrichten uns die Briefe und Rundschreiben des Verbandes der Baugeschäfte von Groß-Berlin. In einem Schreiben an einen Bauauftraggeber, der den Auftrag, den er einer bestellten Firma erteilt hatte, zu rückzugewinnen, um ihn in eigener Regie ausführen zu lassen, behauptet die Berliner Unternehmerorganisation, daß sich wohl einige „sogenannte Unternehmer“ gefunden hätten, die die Forderungen der Bauarbeiter bewilligt haben, daß es sich aber dabei meist um solche Firmen handele, deren Inhaber selbst noch vor kurzem Arbeiter gewesen seien und diesen näher als den Unternehmern ständen. Wir haben eingangs die Zahl der Bauarbeiter, die zu den neuen Bedingungen in Berlin bereits in Arbeit stehen, angegeben. Bei der großen Zerplitterung im Baugewerbe müßte die Zahl der „Firmen“ ganz außerordentlich hoch sein, um 2700 Bauarbeiter zu beschäftigen. Zum Schluß heißt es in dem Schreiben:

Nachdem seitens des Magistrats der Stadt Berlin der Arbeitsminister um Vermittlung gebeten ist und nachdem der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in Hannover seinen Vorstand bevollmächtigt hat, gegebenenfalls die Gesamtausperrung im Deutschen Reich zu verhängen, wenn nicht innerhalb einer Frist von 14 Tagen sämtliche Arbeitskämpfe im Baugewerbe beigelegt sind, besteht die berechnete Aussicht, daß schon in der nächsten Woche Verhandlungen seitens des Arbeitsministeriums eingeleitet werden. Wir bitten Sie unter diesen Umständen, die Frist für den Beginn der Bauausführung noch um einige Zeit hinauszuschieben. Wir glauben mit Bestimmtheit annehmen zu können, daß der Kampf sich seinem Ende nähert und die Möglichkeit besteht, mit der Ausföhrung der Arbeiten in der nächsten Zeit beginnen zu können.

Dieses Schreiben ist vom 3. August datiert. Es geht daraus hervor, daß der Verband der Baugeschäfte über die Absichten des Reichsarbeitsministers sehr gut informiert war. Es geht weiter daraus hervor, daß die Unternehmerorganisation einen plumpen bluff versucht, wenn sie in der gestrigen Nachtausgabe des „Tag“ schreiben läßt: „Der Verband der Berliner Baugeschäfte legt Wert auf die Feststellung, daß er nicht an eine Beilegung des Streiks in acht bis zehn Tagen glaubt.“

Abschließend möchten wir für heute nur erklären, daß der Streik an dem Tage beendet sein wird, an dem die Unternehmer die Konsequenzen aus den gemiß für sie harten Tatsachen zu ziehen

entschlossen sind. Ob sich die Bauunternehmer, die heute noch den Heuer und Wielenz gehorchen, bereits zu diesem Entschluß durchgerungen haben, werden die Verhandlungen am Montag aufweisen. Die Bauarbeiter sehen ihnen mit gelassener Ruhe entgegen.

Verhandlungen über die Ruhrkrise.

Im Arbeitsministerium tagte am Freitag der von der Regierung mit Zustimmung der Arbeitgeber und Arbeiter eingeleitete Ausschuss, dessen Aufgabe ist, die Umschichtung und die Fürsorgemaßnahmen für die entlassenen Bergarbeiter im Ruhrgebiet zu beraten. Der Vertreter des Landesarbeitsamtes Westfalen und Lippe gab einen Bericht über die Arbeitsmarktlage im Ruhrbergbau. Aus seinen Feststellungen ergab sich, daß vom 1. Januar 1923 bis zum 1. Juli 1925 die Belegschaften um 124 000 Mann von 560 000 auf 436 000 verringert worden sind. Im August ist eine weitere Verminderung bis auf 427 000 Mann eingetreten und damit der Belegschaftsbestand der Vorkriegszeit erreicht. Weitere Entlassungen sind gemeldet. Selber bestehen nur schwache Aussichten, die erwerbslosen Arbeiter in anderen Bezirken unterzubringen.

Im Verlauf der Sitzung wurde vorgeschlagen, durch den sofortigen Bau der vom Ruhr-Biedlungsverband geplanten Verkehrsstraßen im Westen Deutschlands Arbeitsmöglichkeit zu schaffen. Für die zur Entlassung gekommenen Angestellten, die zur Umsiedlung gezwungen sind, wurden Beihilfen verlangt. Außerdem forderten die Vertreter der Arbeiter für die durch die Stilllegungsmassnahmen geschädigten Personen eine Entschädigung durch den Ruhrbergbau.

Die Regierung erklärte sich bereit, für den beschleunigten Bau der geplanten Verkehrsstraßen größere Mittel zur Verfügung zu stellen. Sie stellte ferner in Aussicht, über die Erwerbslosenunterstützung hinaus etwas für die arbeitslosen Bergarbeiter zu tun, um Härten zu beseitigen, während die Fiskusunternehmer jede Entschädigung ablehnten. — Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Krieg oder Frieden in der chemischen Industrie?

Die Entscheidung liegt bei den Unternehmern.

In einer überfüllten Versammlung, die am Donnerstag im Gewerkschaftshaus tagte, nahmen die Funktionäre des Chemikarstellens Stellung zu den letzten Ereignissen in der chemischen Industrie.

Reimann gab einen Ueberblick über die Lohngestaltung und die verschiedenen Betriebsverhältnisse. Der Redner ging dann weiter auf die wilden Einzelstreiks ein. Bei all diesen Bewegungen beriefen sich die Unternehmer einerseits auf die abgeschlossenen Tariflöhne, bequemen sich aber andererseits dazu, den Verdienst der Arbeiter in Form von Leistungszuschlägen, Prämien und dergleichen zu erhöhen. Angesichts dieses Verhaltens kann man die Antwort der Unternehmer, daß sie zu keiner Lohnerhöhung instande seien, nur als eine Scheinargumentation bezeichnen. Eine fassbare Stellung nehmen die Unternehmer gegenüber dem Streik bei der Firma Schering, Jungfernhöhe, ein. Man verlacht, in diesem Falle die Gewerkschaften als tarifbrüchig hinzustellen, während gerade das Gegenteil der Fall ist. Der Vorwurf des Tarifbruchs trifft allein die Firma Schering. Die ihre gesamte Arbeiterkraft entließ, ohne den tariflichen Instanzenweg einzuhalten. Eine leider nicht wegzuleugnende Tatsache ist es aber auch, daß es bisher deshalb nicht möglich war, bessere Löhne für die chemischen Arbeiter zu erzielen, weil noch ein großer Teil der Beschäftigten, namentlich in den Großbetrieben, der Organisation fern steht.

Um nun endlich mit den menschenunwürdigen Löhnen aufzuräumen, kann man zwei Wege beschreiten: Man kann entweder durch Streiks den Tarifvertrag zerschlagen, oder nach einmal verjahren, auf gutlichem Wege eine Verhandlung herbeizuführen. Die Organisation schlägt den Funktionären vor, durch die tariflichen Schlichtungsinstanzen den Versuch einer Beilegung der Differenzen zu machen. Sollten diese Bemühungen scheitern, so tragen allein die Unternehmer für die weiteren Folgen die Verantwortung.

In der sehr regen, aber sachlichen Diskussion wurde das Verhalten der Unternehmer einer scharfen Kritik unterzogen. Alle Obliete der Großbetriebe betonten, daß es unmöglich ist, angesichts der katastrophalen Teuerung mit den jetzigen Löhnen bis Oktober auszukommen. Besonders starken Beifall fanden die Redner, die dazu aufforderten, ungeachtet aller politischen Streitigkeiten einen festen Wall gegen Unternehmer und Unorganisierte zu bilden. Es wurde dann gegen eine Stimme eine von der Versammlungsleitung vorgelegte Resolution angenommen, die die Taktik entsprechend den gemachten Vorschlägen festlegt.

Zur Bewegung der Kellereiarbeiter.

Urabstimmung über den Schiedspruch.

Für die in den Weingroßhandlungen und Likörbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer hat der Deutsche Verkehrsband das im März abgeschlossene Lohnabkommen im Hinblick auf die Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel zum 30. Juli d. J. gekündigt und eine berechnete Aufbesserung der Löhne beantragt. Der Arbeitgeberverband der Getränkeindustrie hat dagegen verlangt, das Lohnabkommen unverändert zunächst weiterlaufen

zu lassen, was abgelehnt werden mußte, weshalb der Schlichtungsausschuss angerufen wurde. Dieser hat nun einen Schiedspruch gefällt, der, trotzdem die Löhne in ähnlich gelagerten Industriegruppen erheblich höher sind, was auch belegt wurde, die beteiligten Arbeitnehmer nicht befriedigen kann.

In einer Versammlung der Kellereiarbeiter wurde nach eingehender Aussprache hierzu Stellung genommen und beschlossen, in den Betrieben über Annahme oder Ablehnung eine Urabstimmung vorzunehmen. Ueber das Ergebnis wird eine am Dienstag stattfindende Versammlung der Funktionäre im Gewerkschaftshaus weiter beraten. Alle Betriebe müssen sich an der Urabstimmung beteiligen.

Streik bei Hönigsberg, Zelt u. Co.

Die Arbeiterschaft der Schuhfabrik Hönigsberg, Zelt u. Co. stellte an die Betriebsleitung die Forderung auf Erhöhung der Mindestlöhne, die zurzeit 88 Pf. pro Stunde für einen männlichen Arbeiter über 21 Jahre betragen, für die übrigen Alters- und Geschlechtsklassen proportional gekürzt. Die Firma lehnte jede Verhandlung über die eingereichten Forderungen ab und verwies den verhandelnden Betriebsrat auf den Weg über die Organisation. Da aber kurz vorher die Fabrikantenverbände die von der Gewerkschaft eingereichten Forderungen ohne jede Verhandlung abgelehnt hatten, wollte sich die Arbeiterschaft der Firma Hönigsberg, Zelt u. Co. nicht mehr länger hinziehen lassen und trat am Mittwoch in den Streik.

Nationalsozialistische Jammerlappen.

Neben den vielen Splittorganisationen der Eisenbahner hat sich seit einiger Zeit der Reichsbund Deutscher Eisenbahn-Kriegsteilnehmer gebildet. Nicht etwa zu dem Zweck, die soziale Lage des Eisenbahnerpersonals zu verbessern, sondern um sie nach dem Muster des früheren Reichslängerenverbandes in das vorkriegszeitliche Höchstlohnverhältnis zurückzuführen. Neben der mißglückten Schnorrerei zur Errichtung eines Denkmals, von 25 000 herausgegebenen Zeichnungslisten ist nur ein Drittel (?) gezeichnet worden (die übrigen zwei Drittel ruhen wohl und sicher an der bekannten Stelle), kommt die kurze, aber geschickte Absicht des Direktionspräsidenten Severin, der Leiter dieses Reichsbundes, hat nämlich Befehle gegeben, daß die auf den Dienststellen herausgegebenen Zeichnungslisten keine genügende Unterstützung durch die Hauptverwaltung gefunden haben; er spricht sogar von Sabotage. Wie stellen also sich diese blaurotgelbe Eisenbahnerfirma im Einverständnis mit der Verwaltung großgepöppelt wurde. Aber auch die Eisenbahner bekommen ihren Fußtritt. Severin sagt nämlich: Es wäre ein beschämendes Zeugnis für die Eisenbahnerschaft, wenn nicht mindestens die Hälfte aller Bediensteten ihr Scherstein zum Bau dieses Denkmals (oder zum Ausbau der zehntausendigen Bundesleitung) beitrügen. Es ist verwerflich, daß eine kleine Schicht dieser Gewerkschaftsführer und mittleren Beamten einen gewissen Druck auszuüben versucht, um den Eisenbahnern den letzten Groschen aus der Tasche zu ziehen.

Der französische Bankbeamtenstreik verschärft sich.

Paris, 7. August. (Eigener Drahtbericht.) Angesichts der Tatsache, daß die Bankleitungen noch keinen Schritt zur Beilegung getan haben, obwohl der Streik der Bankangestellten nun schon fast zwei Wochen dauert, wächst die Unzufriedenheit auch bei denen, die bisher geduldet haben, sich der Bewegung anzuschließen. Für Sonnabend nachmittag ist ein außerordentlicher Kongreß sämtlicher Gewerkschaften der Bankangestellten nach Paris zusammenberufen, dessen Beratungen der Ausdehnung des Streiks gewidmet sein sollen. Man nimmt an, daß die Streikleitung bei dieser Gelegenheit in Montan den Generalstreik bei den Banken proklamieren wird, falls bis dahin die Bankleitungen keine annehmbaren Gegenvorschläge gemacht haben.

Uchtung, SPD-Betriebsvertrauensleute!

Der „Kämpfer“ Nr. 11 ist fertiggestellt und kann im Bureau, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr., in Empfang genommen werden. Schenken die Vertreter der Klein- und Mittelbetriebe werden erwünscht, rechtzeitig abzuholen. Vertriebsamt ist mitzudringen. Bezirksverband Berlin der SPD., Vert.-Sekretariat.

Verantwortlich für Inhalt: Erich Kester; Wirtschaft: Kurt Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Schöler; Feuilleton: Dr. John Schlawatz; Politik und Sonstiges: Felix Barth; Anzeigen: Ed. Glöck; Schriftlich in Berlin: Verlag: Hermann-Berica G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berica-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 61, Eisenstraße 1, Alexander 2. Hof und „Unterhaltung und Wissen“.

„Komet-Freilauf“
gehört in jedes Fahrrad!
Unverwundlich im Gebrauch!

PREISWERTE ANGEBOTE

Wachseidenkleider (Kunstseide) 15⁷⁵	Damen-Untertaille aus gutem, festem Wachsestoff, m. br. Stückerel u. schmalen Trägern 75 Pr.	Damen-Filzhüte moderne Formen, garniert 4⁵⁰ 5⁵⁰	Wollröcke in verschiedenen Mustern 7⁹⁰
Wollkleider gestreift 9⁷⁵	Damen-Taghemd aus festem Stoff, Hohlsaum, Lechstickerei u. schmalen Trägern 1²⁵	Filzcapeline gestreift 5⁹⁰	Bouclévorlager imitiert, Größe 50/100, Stück 4⁵⁰
Damen-Kostüme in guter Ausführung 16⁷⁵	Damen-Beinkleid aus gutem, festem Stoff, breiter Stückerel,.... 1⁴⁵	Silkinacapeline schwarz, gestreift, Bandgarnierung 10⁷⁵	Portierengarnitur rein Messing bestehend aus 1/20 m Rohr, 3 mm stark, 4 Ringen, 2 Trägern, 2 End- knöpfen, 2 Decken, komplett 2⁴⁵
Creponkasak in bunter Anmusterung 2⁹⁰	Damen-Nachthemd Schlupform, Stückerel und Säumchengarnitur, prima Stoff 3⁵⁰	Damen-Strümpfe schwarz u. farbig, versch. Formen u. Spitzen 58 Pr.	Badetuch 10⁷⁵
Batistkasak gestreift, viele Farben, ca. 10 cm lang 3⁵⁰	Garnitur Hemd und Beinkleid, aus gutem Stoff, mit breiter Stückerel Schlupform, m. schmalen Achsel 4⁵⁰	Damen-Strümpfe Seidengarn u. Faser, schwarz u. farbig 95 Pr.	Frottierstoff 5⁹⁰
Unterkleid aus Kunstseide, in vielen Farben und Größen,.... 4⁷⁵	Hemd hose aus gutem Wachsestoff, mit Achsel- und Hohlsaumgarnierung,.... 2⁷⁵	Damen-Strümpfe schwarz u. farbig, versch. Formen u. Spitzen 58 Pr.	SCHUN STRUMPF CHIC UND BILLIG
Hemdhose aus Kunstseide, moderner Schnitt, viele Farben,.... 4⁹⁰	Hülthalter moderner Schnitt, aus rosa Dreil, mit Haltern 3⁷⁵	Bedruckte Bastseide Meter 5³⁰	

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse
106 Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Märkische Kleinstädte: Lychnen.



Die Zeit der alten Kämpfe zwischen den Mecklenburgern und den Brandenburgern ist wiedergekehrt, aber sie werden mit friedlichen Waffen ausgefochten: statt Blut fließt nur Druckschwärze und dem Obotritenruf: Die Fürstenberg steht das Brandenburgische Heil-Lychnen gegenüber. Und nicht nur märkischer Lokalpatriotismus, sondern auch die historische Wahrheit zwingen uns zu bekennen: Lychnen ist dir über, o Fürstenberg.

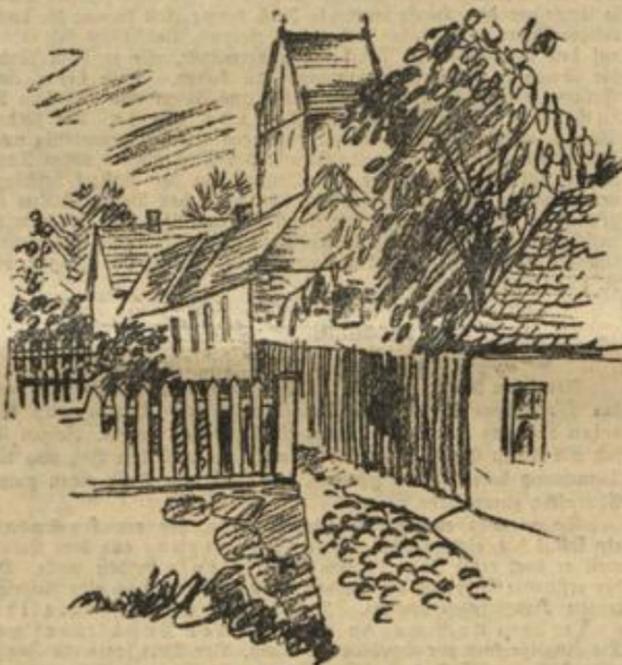
Das märkische Interlaken.

Der Lychner Verkehrsverein-Führer hat dieses Wort geprägt (vom lateinischen interlacum — zwischen Seen). Werfen wir einen Blick auf die Karte, so sehen wir rechts in der vom Bahnhof zur Stadt führenden Straße die Wasserflächen des Großen Lychnensees und des Stadlsees und links die des Nesselbühls und des Wurflsees; haben wir die Stadt durchschritten, so stoßen wir auf den Oberpfuhl und werden wir uns rechts, so kommen wir zum langgestreckten Jensee, an den sich wiederum der Plattowsee schließt. Also das „zwischen Seen“ stimmt und damit ist der Hauptreiz der Lychner Landschaft gekennzeichnet. Denn wo bei uns Wasser ist, da ist auch Wald und der in dem Anblick des dünnen Grünemwald oft entsetzte Berliner hat schon auf der Fahrt nach Lychnen den ganz anderen Charakter dieses nördlichen Waldes zu beobachten Gelegenheit gehabt: die Mischung von hochragendem Nadelholz mit Laubwald und das Durchsichthalt mit Unterholz, üppig wuchernde Farne und kräftiger Wacholder geben selbst bei heißem Wetter das Bewußtsein von Ruhe und Erquickung und die Anwartschaft auf reiche Heidelbeer- und Bilzernnte. Daß die Seen mit einander in Verbindung stehen und der Große Lychnensee durch den Woblig-Kanal nach Westen eine Wasserstraße bis zur Havel bei Fürstenberg eröffnet, ist ein weiterer Vorzug der Lage, da damit eine direkte Wasserstraße für Berliner Boote gegeben ist. Der Ort Lychnen selbst liegt auf einer Anhöhe zwischen den Seen; die kurzen Straßen der Stadt gehen zum Teil steil zu den Seenufern hinab, eine drückende Luft wird sich hier nur bei Bewitterungswellen einstellen. Alle Bedingungen zum Aufblühen als Luftkurort waren also gegeben, und die Bewohner haben es verstanden, nicht nur die Touristenwelt, sondern auch die Sommergäste — allerdings zumeist solche von guter Zahlungsfähigkeit — anzuziehen.

Aus der Chronik der Stadt.

Der Verfasser der jüngst erschienenen kurzen Stadtgeschichte schreibt über die Herleitung der Bedeutung des Namens Lychnen: „Die Ansichten gehen auseinander. Ich persönlich neige der Ansicht zu, daß man den Ort nach der damals bestehenden Landschaft Lychnen genannt hat.“ Das ist nur eine Erklärung nach dem bekannten Reuter'schen Musterbeispiel: „Die Armut kommt von der Poverie.“ Aber zerbrechen wir uns nicht den Kopf über diese Frage, sondern blättern in der Geschichte weiter. In das Jahr 1248 wird die Gründung der Stadt verlegt, die als Grenzort sicher schon früher bestanden hat, 1254 erhielt sie Stadtrecht; 1293

kam sie in mecklenburgischen Besitz. Mit dem in jener Zeit gleichfalls gegründeten nahen Kloster Himmelport lag die Stadt, namentlich wegen der Fischgerechtigkeit, dauernd in Streit; erst die Aufhebung des Klosters durch die Reformation schuf Abhilfe. Während der Mecklenburger Zeit besaß Lychnen auch ein Schloss, in dem sich 1408 Hans von Dönhov eine Zeitlang als Gefangener aufhalten mußte, bis er gegen den von ihm selbigezeiten Bruder des mecklenburgischen Herzogs ausgetauscht wurde. Räuberische Einfälle der Mecklenburger in brandenburgisches und pommerisches Gebiet führte 1442 zu einem energisch geführten Kriege; der Brandenburger Friedrich II. siegte in der Nähe von Lychnen und seitdem blieb die Stadt märkischer Besitz. Sie blühte auf und besaß sogar eine eigene Münzstätte. Im Dreißigjährigen Kriege wurde sie 1633 von einem verheerenden Brande und von Seuchen heimgesucht; spätere Brände — 1684 und 1732 — folgten, so daß schließlich nur noch 50 Häuser und die Kirche vorhanden waren. Nach einem neuen Bauungsplan aufgebaut, zählte die Stadt 1744 an 162 Häuser mit



Ein stiller Winkel.

einer Einwohnerzahl von 749 Personen. Neue Drangale brachten der Siebenjährige Krieg und die Franzosenzeit; namentlich drückend waren die von den Franzosen der Stadt auferlegten Kontributionen, zu deren Ableistung 6000 Klafter Buchen und Eichen aus der Stadtforst geschlagen werden mußten. Wichtig für den Aufschwung von Lychnen in der neueren Zeit war die Eröffnung der Bahn Eberswalde—Templin—Lychnen—Fürstenberg (1809) und die Errichtung der Volkshausstätten vom Roten Kreuz im benachbarten Hohenlychnen am Jensee. Durch den Aufschwung der Touristik sowie die bessere Einschätzung des Wertes der alten Baudenkmäler, und endlich durch das Sommerfrühewesen hat Lychnen neue Anziehungskraft erhalten. Das weite Wald- und Seegebiet zwischen Ruppin und Prenzlau gehört gegenwärtig so zu den besuchtesten Gegenden der Mark.

Die altertümlichen Bauten.

It auch die Mehrzahl der Lychner Baulichkeiten nach dem Befolgen keine zweihundert Jahre alt, so gibt es doch einige Zeugen der alten Zeit, die durch die Solidität ihrer Erbauung dem „Jahn der Zeit“ getrotzt haben. Der Reichtum an Steinen in dieser Gegend führte, genau so wie im benachbarten Templin, dazu, die Stadtmauer aus starken Feldsteinen aufzuführen; ist auch ein Teil später entfernt und teilweise abgetragen, so bildet doch noch der Rest mit dem hochragenden und mit dem romantischen Storchennest gekröntem Stargarder Tor ein sehenswertes Denkmal früherer Befestigungskunst. Und die stattliche, ebenfalls fast ganz aus Feldsteinen erbaute St. Johanneskirche rührt aus dem 13. bis 14. Jahrhundert her; sie dürfte eine der größten Steinkirchen der Mark sein. Bemerkenswert ist die sorgfältige Durchführung der Granitquaderportale. Gerade die einfache Ruhengefaltung gibt dem auf erhöhtem Grund stehenden Bau seinen mächtigen Charakter. Das Innere ist durch teilweise recht glücklich wirkenden dekorativen Schmuck zu einem warm und ruhig gestimmten Raum gestaltet. Bemerkenswert sind die Reiffingtronleuchter mit ihren Emblemen; der Schneider-Kronleuchter stammt aus dem Jahre 1529. Sehr malerisch sind die um das Stargarder Tor gelegenen Häusermassen; die kleinen Häuser mit den Bauerngärten, alte Fachwerkbauten und schief stehende Schuppen, die von fruchttragenden Obstbäumen überragt werden, bilden die Augenweide des Besuchers, und Künstler finden nicht nur in der Umgebung, in dem Wechsel von Wald und Wasser, urchiwiegigen Uferpartien und Inseln, sondern auch in dem Auf und Ab der Straßen, in den malerischen Durchblicken durch Gassen und Röhgraben, eine reiche Ausbeute für ihr Skizzenbuch.

Stadtdinneres und Strandpromenade.

Hat man die übliche Bahnhofstraße durchschritten, so gelangt man durch den schwachen Rest eines alten Tores in die Fürstenberger Straße. Vor dem Tore links Blick auf die tief unten angelegte Promenade und über die Seefläche hinweg zu den neuen Häusern. Dort, namentlich am Wurflsee, vollzieht sich in neuester

Das unbegreifliche Ich.

Geschichte einer Jugend.

Roman von Tom Kristensen.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. E. Bogel.)

Ich mußte wohl, daß das der Zigarrenhändler Samuelsen war.

Ich lauschte angezerrt. Ja, nun kam er in das Hinterzimmer gepoltert, herein zu mir. Ich sprang sofort vom Stuhl herunter und stellte mich an die Wand, die flachen Hände gegen die Tapete gepreßt; denn ich konnte seine lärmende Freundlichkeit und seinen Schnurrbart, mit dem er mir immer übers Gesicht fuhr, wenn er mich küssen wollte, nicht leiden. Und was sollte ich mit seinem Speichel in meinem Gesicht?

Ich glaube noch jetzt Samuelsen deutlich vor mir zu sehen; aber wenn ich richtig nachdenke, sehe ich einen großen, roten Kopf mit einem weißen, à la Kaiser Wilhelm gedrehten Schnurrbart und dünne, schweißborstentähnliche Haare. Die runden Augen, die auf heuchlerische Gutmütigkeit und Frömmigkeit deuteten, haben mich so oft geärgert, daß ich mich auch darauf besinne. Damals mögen sein Haar und Bart braun und sein Bauch dünner gewesen sein; aber das jugendlichere Bild von ihm ist in meiner Erinnerung völlig von dem Älteren verdrängt worden. Mit Bestimmtheit kann ich nur sagen, daß seine Beste stets in Falten lag; denn wenn man mich zwang, auf seinen Knien zu reiten, vergnügte ich mich damit, meine Finger von Falte zu Falte wie auf einer Leiter heraufzusteigern zu lassen.

Mutter sehe ich dagegen deutlich vor mir. Sie ging hinter Samuelsen, aber ihr Kopf kam neben seinem Arm zum Vorschein, und ihre Augen sahen mich drohend an. Sie hatten stets dieselbe Farbe wie das Meer unter einem wolkenbedeckten Himmel, und war sie böse, blickten sie schwarz und drohend, wie die See, wenn Gewitterwolken über ihr hingen. Diesen dunklen, starren Blick vergesse ich nie. „Waldemar!“ sagte sie bloß.

Ich mußte, was das zu bedeuten hatte, gab aber trotzdem nicht nach. Störrisch stemmte ich mich gegen die Wand, um Widerstand zu leisten und starrte dem Zigarrenhändler grade in die Augen. Dies war die einzige Art, auf die ich anzu-

greifen wagte; doch ich legte meine ganze Kraft hinein und ein schwaches Gefühl von Ueberlegenheit stieg in mir auf, als sein Blick den Ausdruck veränderte, matt und verlegen wurde, und mir auswich.

„Aber, wie siehst du denn Herrn Samuelsen an?“ fragte Mutter vorwurfsvoll.

„Ein verflügelter Junge!“ brummte der und drehte sich nach ihr um. Dann zog er sie an sich — ihr Kopf reichte ihm bis ans Kinn — und küßte sie auf das Haar, während er mit einer großen, gekrümmten Hand an ihrem Arm herunterstrich.

Ich sah sie verduht an und mußte plötzlich lachen, wild und gellend. Sie benahmen sich ja wie die Liebespärchen des Abends unten in der Haustür. Und das war so peinlich. Warum küßten sich die Leute eigentlich und machten sich die Gesichter naß? Warum ließ Mutter sich von dem stehenden Schnurrbart an der Nase tippen? Sieh so als Pärchen aufzuführen, worüber sich doch alle lustig machten!

Darüber konnte ich doch bloß lachen. Und ich trompetete unnatürlich lange, auch als sich Mutter schon von ihm losgerissen und mich am Arm gepackt hatte.

„Jetzt bist du aber still, verstanden! Ich finde nicht, daß du an deinem Geburtstag besonders artig bist! Hier kommt nun Herr Samuelsen mit Geschenken für dich, und du willst ihm nicht einmal guten Tag sagen. Wirst du jetzt sofort hingehen und ihm die Hand geben, du Dreckskimmel!“

Langsam tat ich ein paar Schritte und sagte „Guten Tag.“ In der einen Rocktasche hatte er etwas, was einer zusammengerollten Zeitung glich. Doch es leuchteten einige kräftige, rote und braune Farbenspots daraus hervor und ich empfand es als Erleichterung, sie anzusehen, während ich nockgedrungen die Hand ausstreckte.

„Ja, das sind schöne Bilderchen für den kleinen Waldemar“, sagte er schmeichelnd.

„Stöne Bilderchen“, ästte ich höhnisch nach. So klein war ich denn doch nicht mehr. „Na, na!“ ermahnte die Mutter.

Aber dann verging ich doch fast vor Reugier. Samuelsen rollte einen Stoß bunter Bilder vor mir auf. Das Papier war nicht blank, wie das der Modezeitschriften, es war bläulich und faserig wie das der Zeitungen und die bunten Bilder waren recht roh in der Farbe; aber dennoch überwältigten sie mich.

Auf allen miteinander war ein Mann mit langem braunen Haar. Das sollte Jesus Christus sein, konnte ich sehen.

Das eine Mal ging er über ein stürmisches Meer, ein anderes Mal befand er sich mit vielen Menschen unten an einem See; aber immer hielt er den einen Arm gradeaus gestreckt, so daß der rote Mantel in vielen Falten an ihm herniederfiel.

Besonders ein Bild packte mich, weil Jesus hier als Junge dargestellt war und ich ihn deshalb besser verstehen konnte.

Er hatte seinen roten Mantel an, und er hielt den Arm gradeaus gestreckt, wie auf den anderen Bildern und rings um ihn her sammelten sich alle wilden Tiere, Löwen und Tiger und Bären und Wölfe und Elefanten, alle mit dicken, braunen Fellen. Sie fürchteten sich nicht vor Jesus; aber sie stürzten sich auch nicht auf ihn.

Mutter, die mir jeden Abend die biblische Geschichte, auf der Bettkante sitzend, erzählte, erklärte mir alle Bilder; aber ich hörte nicht zu, bis sie zu den Tieren kam.

„Du weißt doch, daß Jesus Christus Gottes Sohn war. Aber alle Menschen glaubten das nicht; doch alle Tiere konnten es merken. Du weißt doch, Waldemar, daß alle Vögel fortfliegen, wenn wir draußen spazieren gehen. Das tun sie, weil die Tiere wissen, daß die Menschen nicht immer gut sind. Aber mit Jesus Christus war das etwas anderes. Er war so gut, daß sie es bis weit weg merken konnten.“

„Ach“, flüsterte ich.

Mehr vermochte ich nicht zu sagen, denn alle meine Gedanken liefen wie in einem Nebel zusammen; doch bald darauf bat ich sie, doch noch einmal zu erzählen, weshalb die Tiere nicht fortfliegen, wenn sie Jesus sahen.

„Und die Ragen auf dem Hof liefen auch nicht fort?“ fragte ich.

„Rein!“

„Und sie streckten auch nicht die Krallen heraus, wenn er sie nehmen wollte?“

„Rein!“

„Und die Hunde bellten nicht?“

„Rein, das taten sie nicht!“

„Und die Pferde mit Stroh hinterm Ohr“) schlugen nicht aus?“

„Rein!“

Ich sah wieder ein Weischen still; dann fuhr ich fort:

„Konnte Jesus den Spahen Salz auf den Schwanz streuen?“

„Ja, das konnte er gerott.“ (Fortsetzung folgt.)

*) Die billigen Pferde tragen in Kopenhagen Strohhüchel hinterm Ohr.

Zeit die bauliche Entwicklung von Lychen. Ins Stadlinnere vorbringend gelangt man bald, nachdem rechts eine Straße mit dem poetischen Namen Vogelgefang-Gasse abgezweigt ist, auf den Marktplatz, auf dem rechts das Rathaus, ein einfacher vierreihiger Bau, hinter Linden verborgen, sich erhebt. Weiter rechts die Kirche. Links durch die Stargarder Straße, über das Mühlentisch hinweg, zum Stargarder Tor, wo auch die alte Feldsteinmauer gut zu sehen ist. Vom Markt unsere erste Richtung geradeaus verfolgend, gelangt man fließend auf böse gepflasterte Straße in einer Minute zur Strandpromenade am Oberpfuhl. Ein schöner Blick tut sich auf, das breite Wasser wird auf der gegenüberliegenden Seite von bewaldeten hügeligen Ufern begrenzt. Segel- und Ruderboote beleben die Fläche, auf der linken Seite schiebt sich eine Badeanstalt in den See hinaus (das Freibad ist am Großen Lychensee). Die Strandpromenade geht links zum Stargarder Tor, ist mit Ruhebänken gut versehen und wäre unbedingt ein Mittelpunkt der Stadt, wenn nicht eine gewisse Nachlässigkeit in der Pflege den Aufenthalt dem feiner Fühlenden unbehaglich machte. Das Wasser in der Bucht ist trübe von Schlingpflanzen, die wohl leicht ausgerottet werden könnten, der Uferweg ist von Stullenpapier usw. nicht genügend gereinigt, und die Stühle und Tische eines Cafés könnten auch mit mehr Liebe in „die Landschaft komponiert“ sein. Was sich „Unterlagen“ nennt, darf nicht „Kräutchen“ allüren tragen. Das Poetische, dem Kaiser Anreizende dieses und so manchen anderen Friedchens in Lychen soll beiseite nicht angetastet werden und der Tourist auch auf einem mehr gepflegten Promenadenwege seine Existenzberechtigung behalten.

Wie schon angedeutet, ist Lychen als Sommerfrische nicht billig — das nahe, einfachere Himmelstort macht ihm daher scharfe Konkurrenz. Besondere soziale Momente wird man von einem mit Fremdenaufenthalt und -verkehr rechnenden Orte nicht verlangen; charakteristisch war aber die Äußerung einer Gemüsehändlerin, daß sie alle Waren aus Berlin herbeischaffen müßte. Ein starker agrarischer Einschlag ist nicht zu spüren, dagegen eine Mecklenburg-Strelitzische Bank, der es nach den den Einlegern versprochenen Zinsen recht gut zu gehen scheint. Lychens Stellung unter den märkischen Kleinstädten: malerische Lage, altertümliche Vergangenheit, durchweht von den duftigen, leuchtenden Gewändern hübscher junger Mädchen und spielender Kinder — ist eine so eigenartige, daß jeder Freund unserer heimischen Scholle darüber wachen muß, daß das Stadtbild immer schöner sich entfalte.

Die Verfassungsfeier.

Am heutigen Sonnabend nehmen die Verfassungsfeier ihren Anfang. Der Auftakt ist die Ankunft der Reichshörner auf dem Anhalter Bahnhof um 9,05 Uhr heute vormittag. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend sind bereits die Vorläufe der Reichshörner geschmückt worden. Große Transparente mit Begrüßungsworten und republikanischen Wünschen sowie die Banner der Republik grüßen auf den Vorläufen des Statiners, Potsdamer, Wehrer, Anhalter, Schlesiens und Ostlicher Bahnhof sowie auf dem Bahnhof Friedrichstraße die aus dem Reich antommenden Republikaner. Am Sonnabend nachmittag wird dann weiter der Bundesvorstand des Reichsbanners, von Magdeburg kommend, mit dem Bundesbanner auf dem Potsdamer Bahnhof um 5,28 Uhr ankommen. Ebenso wie bei den Oesterreichern wird auch der Empfang des Bundesvorstandes ein besonders feierlicher sein. Die Ehrenkompagnie marschiert dann vom Potsdamer Bahnhof an der Grenze der Bannewitz entlang nach dem Ullap. Für die aus dem Reich eintreffenden Republikaner und Reichsbannerleute ist der Ullap bereits von 12 Uhr mittags an geöffnet. Auch der Ullap wird reichlich flaggen- und Wimpelschmuck erhalten. Vom frühen Nachmittag an sind sämtliche Vergnügungstätten des Ullap zu ermäßigten Preisen in vollem Betrieb. Im Ullap verarmen sich im Laufe des Nachmittags und des Abends sämtliche Angehörige des Reichsbanners und die republikanischen Festteilnehmer, die mit den Freunden und Bekannten genossen aus Deutschland und dem Reich einige Stunden der Freude und des Vergnügens verbringen wollen. Im Ullap erfolgt

die Ausgabe der Quartiere

an die von auswärtig eintreffenden Kameraden. Das Quartierbüro am Ullap ist die ganze Nacht hindurch geöffnet. Während sich der Eingang am Tage und Abend in der Straße Alt-Roadt befindet, ist er in den Nachtstunden nach Schluß der Attraktionen in der Invalidenstr. — Der Appell des Reichsbanners an die Berliner Republikaner ist nicht ohne Widerhall geblieben. Annähernd 40 000 Einzelquartiere sind in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt worden.

Die Fahnen des Reichsbanners treten wie im vorigen Jahr wiederum in der Dirschenstraße am Alexanderplatz zur Fahnenkompagnie zusammen. Der Abmarsch beginnt pünktlich um 12,30 Uhr durch die Grunerstraße, Alexanderstraße, Bannewitzbrücke, Brückenstraße, Köpenicker Straße, Schlesiensche Straße zum Festplatz, Spielwiese im Treptower Park. Die Begleitmannschaften stellt die Kameradschaft Berlin-Mitte. Mit der Fahnenkompagnie marschieren auch die Oesterreichischen Kameraden mit. In Treptom beginnt

der große Festakt

nachmittags 2 Uhr. Die vereinigte Musikkapelle des Reichsbanners in einer Stärke von 1000 Mann unter Leitung des Dr. Felix Günther spielen den Reichsbannermarsch. Darauf wird Professor Ferdinand von Frey den von Frey und Unruh gedichteten Prolog „Für den Verfassungstag 1925“ sprechen. Nach einem Vortrag des großen Sprechers unter der Leitung von Heinrich Witte wird der erste Gaudiorufende, Frh. Koch, den Willkommensgruß entbieten, woran sich die Begrüßung durch den Vertreter der Stadt Berlin, den Bürgermeister Kobi, anschließt. Dann hält der Bundesvorsitzende des Reichsbanners, Oberpräsident Häßling, die Festrede mit dem Thema „Bekanntnis zur Republik“. Nach der Weihe der Fahnen singt ein Messchor von 2500 Sängern unter der Leitung des Herrn Thilo „Ich warte Dein“ und „Lord Josephson“, worauf die Musikkorps das Deutschlandlied anstimmen, dessen dritte Strophe von allen mitgesungen wird. Um die Redner und Sprecher bis auf den letzten Platz verständlich zu machen, sind

drei große Lautsprecher

auf dem Platz aufgestellt worden. In dankenswerter Weise hat sich der Arbeiter-Samariterdienst für alle Fälle für die Rosenveranstaltungen, des Sonntags zur Verfügung gestellt. Nach Abschluß des Festaktes auf der Spielwiese beginnt der Abmarsch nach den Treptower Lokalen, die sämtlich in den Dienst des Tages gestellt sind. Hier finden Musik- und Gaudioruftrüge statt, turnerische Vorführungen und Spiele für die Kinder werden veranstaltet.

Für Charlottenburg und Spandau finden die Nachmittagsveranstaltungen im Spandauer Bod statt. Auch hier ist genau dasselbe Programm wie in den Lokalen in Treptom. Am Abend findet im Spandauer Bod und in Treptom auf der Spree ein riesiges Feuerwerk statt. Die Dauer des Feuerwerks, das von der Firma Bod ausgeführt wird, wird auf eine gute halbe Stunde berechnet. Am Abend erfolgt dann der Rückmarsch der Kameradschaften nach den einzelnen Stadtteilen. Die Durchführung des Verkehrs erscheint gesichert, da alle Verkehrsinstanzen einen außerordentlichen gesteigerten Verkehr nach Treptom eingerichtet haben. Der Bahnhof Treptom wird in den Nachmittagsstunden nicht zur Ankunft von Reichsbannerkameraden benutzt werden, damit die andere Bevölkerung diesen am günstigsten gelegenen Bahnhof benutzen kann.

Zur Teilnahme an allen Veranstaltungen heute und morgen berechtigten ohne jede weitere Nachzahlung die Verfassungsstaatsabgeordneten, die zum Preise von 1 M. bei den nachfolgenden Stellen bereits jetzt zu besorgen angeordnet erscheint: Geschäftsstelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Berlin S. 14, Sebastiansstraße 37/38, Reichsgeschäftsstelle der Zentrumsparlei, Französischer Straße 62, Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei,

Bernburger Straße 18, Geschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei Berlin-Mitte, Zimmerstraße 7/8, Expedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 3, Dieb-Buchhandlung, Lindenstr. 2, Warenhäuser von Hermann Tsch und bei den einzelnen Kameradschaften.

Alles nähere über die beiden Festtage ist in dem ausführlichen Programmheft enthalten. — Die idealen Grundlagen der Republik finden in der illustrierten Festschrift überzeugenden Ausdruck.

Fahnen heraus!

Sozialisten, flaggi schwarzrotgold und rot! Republikaner, flaggi schwarzrotgold!

Zeigt der Reaktion, daß ihr treu zur Weimarer Verfassung und zur Republik steht!

Nicht aufgeklärt!

Was einem Wäschereisenden passieren kann.

Sehr viel Glück hatte eine Frau K., die von dem schweren Verdacht des Straßenraubes durch das Schöffengericht Berlin-Mitte freigesprochen wurde. Der gegen sie als Zeuge auftretende Kaufmann S. fand nur bei dem Staatsanwalt einigermaßen Glauben, der die Angeklagte wenigstens wegen Beihilfe auf 1 Jahr und 6 Monate ins Gefängnis schicken wollte.

Die ganze Geschichte klingt wenig glaubhaft. Der Kaufmann S., ein Reisender in Damenwäsche, hat mit einigen Freunden etwas gefeiert. Nicht mehr ganz nüchtern, bewaffnet mit einem umfangreichen Musterteller, nimmt er schließlich seinen Heimweg durch die Sorauer Straße. Reisende und weniger reizende Mädchen, die nicht unabsichtlich seine Bahn kreuzen, erwecken in ihm den Wunsch, den Abend „in Liebe“ zu beschließen. So lernt S. die Angeklagte kennen, sie ist gern zu einem Scherzstückchen bereit, aber... das liebe Geld! Doch wo ein Wille, ist auch ein Weg. Ein entzückender Prinztrunk besorgt alle petuniären Bedenken, man ist einig. In der Wohnung der K. zeigt der Reisende den ganzen Inhalt seines Mustertellers, der so gut gefällt, daß die „Schöne“ sofort beschließt, noch weitere Stücke zu erwerben! Aber... wieder einmal das Geld, diesmal fehlt es der Angeklagten. Doch auch jetzt wird Rat. Eine in derselben Straße wohnende Freundin muß helfen! Leider ist deren Haustür verschlossen, die beiden können sie also nicht erreichen. Die K. nimmt nun an, die Freundin würde wohl noch in der Nähe des Schlesienschen Bahnhofs „tätig“ sein und will sie dort aussuchen. Der Reisende und sein Musterteller sollen so lange vor dem Hause warten! Nach kurzer Zeit kommt die kauslische Dame zurück, aber mit einem Herrn! Der stürzt sich sofort auf den verblüfften S., fragt ihn unermittelt, wie er dazu käme, die Dame so fürchterlich geschlagen zu haben. Noch bevor er eine Antwort erfolgt, liegt der Ueberrest am Boden und Fräulein K. sucht mit dem Musterteller das Weite. Die beiden Männer wollen sich dann wieder vertragen und sich gegenseitig noch Zigaretten angeboten haben! Obwohl der Musterteller einige Tage darauf auf dem Boden der Angeklagten von der Polizei beschlagnahmt wurde, ist kein klares Bild der wirklichen Begebenheiten zu gewinnen. Die Angeklagte verteidigt sich energisch, der Zeuge wird unsicher, dem Gericht bleibt schließlich nichts weiter übrig, als wegen Mangel an Beweisen und der eigenartigen Haltung des Zeugen, die K. freizusprechen!

Ein „vornehmer“ Gastwirt.

Er duldet nur „bessere Leute“ in seinem Lokal.

Fern von den Quartieren und den Gaststätten des Glanzes und des Wohllebens fristen viele Tausende in den Rieckstavernen des hohen Nordens an engem Raum ein färgliches Dasein. Zeigen sie sich mit ihrem Glend, so ernten sie wohl gar noch den Haß und die Verachtung derer, die da glauben, daß Geld und Besitz einen guten Charakter garantieren.

So verwies ein Gastwirt Scholz, der am Hochplatz ein Lokal hat, einmal ein armes Brautpaar aus dem Lokal, weil er dort keine „verkommnen“ Leute dulden wolle. Da der erstaunte Gast nur der Gewalt wich, erhielt er noch eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs. Der Wirt aber zeigte ihn außerdem noch wegen angeblüher Zuhälterei an. Die Anzeige kam zur Hauptverhandlung. Der Wirt sagte als Zeuge aus, daß der Gast und seine Braut offenbar arbeitslos waren und daß die Fehe deshalb hoch nur von „Rebennennahmen“ der Braut bezahlt sein könne. Die Braut aber sagte unter Eid aus, daß sie zwar gelegentlich Bekanntschaften gemacht, aber niemals dapon hervorragende Vorteile für ihren Bräutigam vermerkt habe. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Gahl, erklärte: „Das Gericht hat sich entschlossen, den Angeklagten N. von der Anklage der Zuhälterei freizusprechen. Wegen Hausfriedensbruchs konnte eine Geldstrafe von 20 M. nicht vermieden werden. Wenn wir auch vielleicht kein ideales Brautpaar vor uns haben, so wird auf der andern Seite die Sache wohl noch ein gerichtlich Nachspiel haben, denn die Staatsanwaltschaft wird sich jetzt sowohl die polizeiliche Anzeige als auch die Verlon des Anzeigenden einmal genau ansehen. — Es ist die alte Geschichte von jenen, die stets Splitter in den Augen anderer sehen...“

Arme Leute um das Rechte gebracht.

Ein geliebter Gauner, der sich seine Opfer besonders unter den Vertriebenen und Auslandsflüchtlingen gesucht hatte, wurde in der Person des Kaufmanns Erich Griebert vom Schöffengericht Mitte auf längere Zeit unschädlich gemacht. Er hatte sich an abgebaute Beamte, an Flüchtlinge aus dem besetzten Gebiet und an vertriebene Auslandsdeutsche herangemacht und ihnen fabelhafte Einnahmen durch den Verkauf eines Buches über Borzkämpfe versprochen. Um von seinen Opfern höhere Rationen herauszulocken, wies er ihnen fingierte Aufträge an, die ins tiefenhafte gingen. Die Leute sollten ihm Geld zum Ausbau des Geschäftes geben. Zur Sicherheit verpfändete er sein Auto, das angeblich sein Eigentum war, obwohl er darauf gar keine Besitzrechte hatte. Auf diese Weise wurde das Auto unzählige Male verpfändet. Da er eine Reihe armer Leute, die ohnehin schwer um ihre Existenz zu kämpfen hatten, vielfach um ihr Bestes gebracht hatte, verurteilte das Schöffengericht Griebert mit derbe Umstände und verurteilte ihn zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus sowie dreihundert Mark Geldstrafe oder weitere 30 Tage Zuchthaus und erkannte auch gegen ihn auf mehrjährigen Ehrverlust.

Eine teure Flasche Bier.

Ein unsteifomes nächtliches Erlebnis hatte der Müßige Wirt B., der, als er in der Nacht zum 21. Mal von der Arbeit heimkehrte, noch in einer Raschenna mit Nachbier, dem „Wörther Keller“, eingekauft war, um dort eine Flasche Bier zu trinken. Er hatte auch noch mehreren jungen Leuten, die sich im Lokal aufhielten, je eine Flasche Bier spendiert. Unvorsichtigerweise hatte er beim Bezahlen seine gefüllte Brieftasche mit über 200 M. Inhalt sehen lassen. Als er das Lokal verließ, wurde er plötzlich auf der Treppe von einigen Männern im Dunkeln gepackt, und es wurde ihm gewaltsam seine Geldbörse entrisen, so daß dabei sogar die Hufe zerbrach wurde. Er begab sich zur Polizei und kam mit mehreren Beamten in den „Wörther Keller“ zurück. Dort erkannte er als seine Angreifer zwei von den Leuten, mit denen er gezecht hatte, namens Richard Walldruck und Richard Baumann, wieder, beide bereits mehrfach vorbestraft. Das Geld war aber nicht

mehr zu finden. Diese beiden hatten sich nunmehr wegen schweren Straßenraubes vor dem Schöffengericht Mitte zu verantworten. Walldruck wollte das Lokal überhaupt nicht verlassen haben. Baumann dagegen gab zu, daß er B., weil dieser schwer betrunken gewesen sei, die Treppe hinaufgeführt habe, dabei habe er ihm ohne jede Gewaltanwendung seine Geldtasche gestohlen. Der Zeuge B. bestritt, daß er betrunken gewesen sei und behauptete, daß ihm das Geld gewaltsam entrisen worden sei. Die Angeklagten hatten sich auf zwei Freunde berufen, die auch bekundeten, daß sie mit den Angeklagten zusammen am Tisch geessen hätten und daß keiner von ihnen hinausgegangen sei, obwohl ihnen entgegengehalten wurde, daß Baumann selbst zugegeben habe, sich entfernt zu haben. Die Angeklagten hatten insofern Glück, als sich herausstellte, daß der Ueberfall nicht auf der Straße, sondern noch im Hause erfolgt war. Deshalb wurden sie nur wegen einfachen Raubes verurteilt und erhielten unter Verjagung mildernder Umstände je zwei Jahre Zuchthaus.

Billige Telegraphie nach Amerika.

Ein freches Gaunerstückchen.

Die Frage wie er auf billige Art an seine Verwandten nach Amerika telegraphieren könne, wälzte der 35 Jahre alte russische Kaufmann Berel Gerschensfeld lange in seinem Kopfe herum. Schließlich erfind er ein System, bei dem andere die Kosten tragen mußten. Er suchte die verschiedensten Geschäfte auf, die über einen Fernsprecher verfügten und verhand es jedesmal so einzurichten, daß er unbelauscht blieb. Dann gab er telephonisch an seine Verwandten in Amerika ein Telegramm auf, für das die Gebühren dem Teilnehmer angerechnet wurden. Für dieses „Telephongespräch“ bezahlte Gerschensfeld selber aber 15 Reichspfennige. Die Teilnehmer waren natürlich nicht wenig erstaunt, wenn sie auf den Gebührenrechnungen den erheblichen Betrag für eine Depesche nach Amerika, die etwa 60 bis 70 M. kostete, fanden. Herr Gerschensfeld hatte nämlich, da ihn das Telegramm nur 15 Pf. kostete, an Worten nicht gespart. Verschiedene Geschäftsleute erstatteten Anzeige bei der Kriminalpolizei. Es dauerte aber lange Zeit, bis man dem Gauner auf die Spur kam. Erst die auffallende Laifache, daß er viele Depeschen aus Amerika empfangen aber nie selbst eine ausgab, lenkte den Verdacht auf ihn. Es gelang ihm bisher 6 Fälle nachzuweisen, in denen er auf Kosten anderer Telegramme abgehandelt hatte. Gerschensfeld wurde verhaftet. Der Gauner behauptet, er habe nach Amerika auswandern wollen und habe deshalb in Verbindung mit seinen Verwandten stehen müssen. Da es ihm an Zeit und Geld mangelte, habe er diesen Weg eingeschlagen.

Großfeuer in einer Metallwarenfabrik.

Wegen eines großen Fabrikbrandes wurde am Freitag abend die Berliner Feuerwehr nach dem Elisabethufer 19 gegenüber dem Wallertorboden alarmiert, wo vor Jahren schon einmal ein Großfeuer die Feuerwehre längere Zeit beschäftigt hatte. Auf dem Hofe brannte im Ouergebäude die Metallblech- und Metallwarenfabrik von Dberned u. Co., Inhaber Gebrüder Reich. Die Gefahr wurde erst bemerkt, als die Flammen schon aus den großen Fensterrahmen mächtig emporloderten und dicker Qualm sich über die Dächer wälzte. Als die Feuerwehr an der Brandstelle erschien, war wie gewöhnlich kein Schüssel vorhanden. Die Türen waren fest verschlossen und mußten gewaltsam geöffnet werden. Ausgelommen war der Brand in der Schmelzerei im ersten Geschoss des rechten Flügels eines mächtigen fünfstöckigen Fabrikgebäudes aus noch unbekannter Ursache. Da auch das zweite Geschoss schon Feuer gefangen hatte und Rauch aus dem dritten Stock hervordrang, wurde „Rittelfeuer“ an alle Wachen gemeldet und sofort mit vier C-Rohren und einem B-Rohr angegriffen. Es gelang der in großer Stärke ausgerückten Feuerwehr, den Brand auf zwei Etagen zu beschränken und alle übrigen Betriebe zu schützen. Der Schaden ist bedeutend, aber leider nicht durch Versicherung gedeckt.

Fast gleichzeitig hatte die Wehr in der Prinzenstraße 83 einen Kellerbrand zu löschen. — In der Landsberger Straße 12 brannien auf offener Straße unter mächtiger Feuerwirkung Zelluloseabfälle. — Aus Spandau wird ein großer Waldbrand gemeldet.

Ein kommunistisches Fiasko.

Es ruht nichts — trotz aller verzweifelten Demonstrationenparolen lassen sich die „Massen“ nicht zusammenreiben. Der Rote Frontkämpferbund veranaltete am Freitagabend eine Verbelebungsfeier für den gesamten Westen auf der Bismarckpromenade, die einen geradezu kläglichen Verlauf nahm. Vom so dringend herbeigebetenem Publikum waren kaum 160 Menschen anwesend. Die kommunistischen Frontkämpfer selbst erschienen nur 250 Mann stark. Nach einigen Reden verlief die Demonstration, ohne daß sich bemerkenswerte Zwischenfälle ereignet hätten.

Hochbetrieb bei den Jungvölkischen.

Die völkischen Berliner und nationalstudentischen Bierjugen unter Führung einer Anzahl durchaus arischer Neutrafeniker, Rheumatiker und Kolonialisten fühlen sich bemüht, in der Gegend von Lichtamp im Grunewald merkwürdige nächtliche Spaziergänge zu machen. Und das schon seit längerer Zeit. Augenblicklich aber mit Hochbetrieb. Man verheucht mittels Trommeln und Pfeifen noch die letzten für den Naturgenuss bereits reife Grunewaldkornel, zertrampelt mit Rasgeleisen die jarten Pflänzchen der Schönungen, die der Stadt Berlin erhebliche Summen gekostet haben, und verurteilt mittels Hörnern und anderen nicht feststellbaren Instrumenten laute Geräusche, die nicht gut klingen. Man verwechselt die wenigen mageren Grunewaldkornel mit Telegraphenstangen und schmückt sie, wie Weihnachtsbäume mit Lametta, mit blühenden Telephondrähten. Es scheint, daß es nicht notwendig ist, daß die neurasidenschen Hakenkreuzritter mit nächtlichem Trommeln, Pfeifen und selbstmäßigem Telephonieren die zahlreichen mitternden Berliner Gumnastasten auch noch neurasidenslich machen. Es gibt doch wohl Mittel gegen solchen nächtlichen Spuk?

Der Deutsche Arbeiterfängerbund, Gau Berlin, teilt mit: Die beim Massenchor anlässlich der Verfassungsfeier in Treptom mitwirkenden Sängern treffen sich 1/2 Uhr am Godium, Nähe Restaurant Rorventreich. Legitimation durch Vereinsausweis. Ausdunst für die in den Festlokalen einzeln singenden Chöre, soweit nicht direkt geschehen, durch Sangesbrüder Steffens dortselbst.

Sprech-Chor für Deutscherische Felerhunden. Sonntag, vormittags 1/2 Uhr, in der Kule der Sophienkirche, Weinmeisterstr. 16-17, Probe zur Verfassungsfeier, von da gemeinsame Fahrt zum Festplatz in Treptom.

Sprech-Chor der Holzbohne. Sonntag, vormittags 1/2 Uhr, in der Kule der Sophienkirche, Weinmeisterstr. 16-17, Probe zur Verfassungsfeier, von da gemeinsame Fahrt zum Festplatz in Treptom.

Die juristische Sprechstunde fällt heute aus.

Explosion in einer italienischen Pulverfabrik.

In der Pulverfabrik San Martino bei Ravenna explodierte aus unbekanntem Grund eine Pulverniederlage. Vier Personen, darunter sieben Frauen, wurden getötet. Auf der Fabrik brach Feuer aus, zu dessen Bekämpfung Militär und Feuerwehr aus Ravenna herangezogen wurde.

Nach einjähriger russischer Gefangenschaft zurückgekehrt. Wie aus Bonn gemeldet wird, ist vor kurzem der Bildhauer Cons nach einjähriger russischer Gefangenschaft zurückgekehrt. Er war am 14. August 1914 in Rußland verwundet worden und wurde nach seiner Wiederherstellung zu Arbeiten verwendet. Nach mehrfachen vergeblichen Fluchtversuchen gelang ihm und drei anderen Gefangenen in diesem Jahre die Flucht. Einer von den Gefangenen starb auf dem Wege in die Heimat.

Sport.

Kennen zu Strausberg am Freitag, den 7. August.

1. Rennen: 1. Bogus (Dietz), 2. Nubi (R. Ehler), 3. Reichard (Rade). Toto: 19: 10. Platz: 16, 15, 22: 10. Ferner liefen: Adraffier, Rimantel, Rih me quid, Wladimir II, Dolomitenbach, Dorna Satra gef., Staciola, Venus IV, Dajna, Denele, Imrr, Terrell, Polfäre, Tofre, Nfe.

Gezwarte, Teufelsdröckel, Spitzkeiser, Peter Moor, Negro, Settes, Rih, Dolbe.

3. Rennen: 1. Sturm (Hilt Geur), 2. Fuchse (Dietz), 3. Marquette (Engel). Toto: 19: 10. Platz: 10, 10: 10. Ferner liefen: Grambold, Trabant, Raab gef.

4. Rennen: 1. Sternberg (Schubinger), 2. Glasbäcker (R. Brown), 3. Peltier (R. Kasper). Toto: 67: 10. Platz: 21, 21: 10. Ferner liefen: Olenkitter, Seemannstein, Rademil, Fontanora, Woggenroße, O'Brien, Gumbold.

5. Rennen: 1. Balle-Guiser (Bursi), 2. La Challenge (Rosa).

6. Rennen: 1. Teif (D. Schmidt), 2. Ostramele (R. Kasper). Toto: 15: 10. Platz: 15, 14, 247: 10. Ferner liefen: W. N. Arantom, Salfer, E. Müller, Countryride, Pauli, Kasper, Siedla, Eppes, Bausa, Marita, Tross, Neudon.

7. Rennen: 1. Kornblume (Schüller), 2. Laga (Lider), 3. Kmo (R. Ehler). Toto: 150: 10. Platz: 37, 18, 17: 10. Ferner liefen: Erdferfel, Perlenteile, Wika, Froggemut, Silba, Rurmi, Löwenberg.

WOHLFEILE WOCHE

Mengenabgabe vorbehalten!

Table listing various clothing items and prices: Kleiderstoffe, Herrenartikel, Damenkonfektion, Bettwäsche, Wirkwaren, Strümpfe. Items include Frotté, Woll-Balast, Cheviot, Gabardine, Papillon-Schotten, Handarbeiten, etc.

Zum Schul-Beginn

Table listing school supplies and prices: Schulstiefel, Schülermappen, Schulfedern, Radier-Gummi, Löschblätter, Aufgabebücher, Schreibhefte, etc.

JANDORF

Belle-Alliance-Str. * Gr. Frankfurter Str. * Brunnenstr. * Kottbusser Damm * Wilmersdorfer Str.

Ortskrankenkasse f. d. Maurergewerbe zu Berlin. Die in der Ausschreibung vom 1. August beschlossene 26. Veränderung der Kassenfassung ist vom Oberaufsichtungsamt Berlin genehmigt worden und tritt am 12. August 1925 in Kraft.



Max Trusch, Staatl. geprüfter Optiker-Meister, Berlin SO 26, Dresdener Straße 131 (Kottbusser Tor). Text describing optical services and contact lenses.

Rein eingetroffen große Posten... Bekleidungsstücke, Wäsche usw. Text advertising clothing and fabrics.

Musikinstrumente, Fahrräder, Kaufgesuche, Arbeitsmarkt, Stellengesuche, Stellenangebote. Various small advertisements.

Adolf Hoffmann, Episoden und Zwischenrufe aus der Parlaments- und Ministerzeit. Paris 1. Markt. Porto 5 Pfennig.

Ischias. Fritz Bräuner, Knechtsteden, Reichshausstr. 53. Text about medical treatment for Ischias.

Metallbettstellen, Karminbet, Kinderwagen. Conrad Müller, Text about metal beds and baby carriages.

Preussische Staats-Lotterie. 5. Klasse (Haupt- und Schlussziehung) vom 12. bis 31. August. 2 Millionen Mk., 1 Million Mark, etc.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie. Ziehung 19. und 20. August. 120000, 60000, 40000, 20000, 10000. Friedrich Müller, Berlin C 19.

Dezimalwagen, Krause-Pianos zur Miete. Text about calculators and pianos for rent.

Wer Weise wählt, wählt Weiser! Mäntel, Kostüme, Kleider, Anzüge, Ulster, Paletots, Regenmäntel. Solide Preise. Gute Zahlungsbedingungen.

Verkäufe. Hermann-Wilhelms für Sangeschmuck und Gemerbe. Text about music and decorative items.

Möbel. Text advertising furniture and home goods.

Zeitungssträger. werden sofort eingestellt. 'Vorwärts', Adorfstr. 174. Text about newspaper carriers.

Kühlerklemmer, Blechdrucker, Zuschneider. Text about technical equipment and machinery.

Der Abschluß des Steuerkampfes.

Die dritte Lesung aller Steuergesetze beendet.

In der Fortsetzung der Generaldebatte bei der dritten Lesung der Steuervorlagen wendet sich nach dem Kommunisten Koenen der

Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieben

gegen einige Ausführungen des Abg. Dr. Fischer. Es sei nicht möglich, jetzt einen langen Streit um Zahlen zu beginnen. Die Forderung, mit den Uberschüssen des letzten Jahres die kommenden Ausgaben zu decken, sei das Gegenteil einer vorsichtigen Finanzpolitik. Die Finanzpolitik der Länder könne da anders vorgehen, als die des Reiches. Der Minister betont, er bemühe sich nicht nur, die Einnahmen zu erhöhen, sondern auch die Ausgaben zu vermindern. Die Wirtschaft ist nach unserer Meinung in der Lage, die ihr auferlegten Lasten zu tragen. Sie wird das nur mit Mühen und Sorgen können, aber wir haben doch noch einmal einen verlorenen Krieg und die Inflationszeit hinter uns, deren Spuren noch nicht überwunden sind. Zeigt sich in einigen Monaten, daß neue erhebliche Uberschüsse da sind, so sind wir durchaus bereit, eine weitere Milderung der Steuern vorzubereiten. Der Minister wendet sich schließlich unter dem Beifall der Mehrheit gegen eine demokratische Entscheidung auf Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Prüfung des Verhältnisses zwischen Steuerleistung und Steuerkraft der Wirtschaft.

Staatssekretär Fischer sucht in längeren finanztechnischen Ausführungen nachzuweisen, daß die Vereinbarung zwischen Reich, Reichsbank und Rentenbank kein Geschenk an die Rentenbank sei. Sie sei auch keine Verletzung des Haushaltsrechts des Reichstags, sondern entspreche durchaus dem Liquidationsgesetz. (Widerspruch bei den Soz.)

Abg. Seiffert (Dkt.): Da die Regierungsparteien alle Verbesserungsvorschläge, auch die vernünftigsten, rücksichtslos ablehnen, halten wir es für zwecklos, zur dritten Beratung noch viel zu debattieren. Wir beschränken uns deshalb auf eine kurze Entschließung.

Abg. Dr. Brüning (Z.) weist zunächst einige Angriffe der Abg. Dr. Fischer und Koenen zurück und wendet sich dann besonders eingehend gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Herz. Er sagt dazu: Wir haben uns sehr zurückgehalten mit Rücksicht auf die zukünftige Entwicklung. Wenn Sie auf die zukünftigen Verhältnisse bei Ihrer Polemik gegen uns so wenig Rücksicht nehmen, dann werden Sie eines Tages Ihre Konsequenzen ziehen müssen. (Hört! Hört! rechts und bei den Komm.) Sie scheinen andernfalls diese Tragweite gewisser Ereignisse zu unterschätzen, die wir von außen in Ihrer Fraktion beobachten konnten. (Abg. Dr. Breitscheid, Soz.): „Was denn? Heraus mit der Sprache!“ Der Wille zur Verständigung mit der Linken ist dauernd bei uns vorhanden gewesen. (Abg. Dr. Breitscheid: Wohl beim Zolltarif?) Dieser Verständigungswille hat bei verschiedenen Beschlüssen auch Früchte getragen. Wir haben uns immer bemüht, auch die Linke wieder zur Verantwortung mit heranzuziehen. Wenn ich aber an die Möglichkeit denke, daß das Zentrum mit Herrn Dr. Fischer und mit der Sozialdemokratie allein in die Steuern machen sollte, so überläßt mich ein Grausen. Es ist auch vergebliche Liebesmühe, wenn die Sozialdemokraten versuchen, die christlichen Arbeiter vom Zentrum abzuziehen. Wer darauf rechnet, verkennt den tiefen Gegensatz, in dem die Fische des christlichen Arbeiters zu sozialdemokratischen Auffassungen steht. (Beifall i. Ztr.) Vielleicht ist Abg. Dr. Herz gezwungen gewesen in diesen Augenblick, mit Rücksicht auf gewisse Strömungen in seiner Partei, so scharfe Angriffe gegen das Zentrum zu richten. (Gesächter b. d. Soz.) Wenn die Sozialdemokraten die Steuerfragen zur Liquidation gegen uns benutzen wollen, so werden wir dem Volke sagen, daß die Sozialdemokraten, als sie in der Regierung saßen, eine ganz andere Steuerpolitik gemacht haben. (Hört! Hört! rechts.) Wir hatten an unserer alten Grundlinie fest, daß wir großen Parteien die Möglichkeit geben wollen, an der Regierungsverantwortung teilzunehmen. Wir können aber selbstverständlich große Parteien in ihrer Entwicklung nicht beeinflussen. Wir sind nach wie vor jederzeit bereit, Anregungen und Mitarbeit, von welcher Seite sie auch kommen, bei den einzelnen Gesetzen dankbar anzunehmen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Herz (Soz.):

Gegenüber der Behauptung des Abg. Brüning, er hätte der Zentrumsparlei den Vorwurf gemacht, sie würde ihre soziale Gesinnung für einen Ministerposten verkaufen wollen, verliert der Redner aus dem Stenogramm der Rede die betreffende Stelle, in der es heißt, daß die Herren von der Zentrumsparlei sich doch im klaren sein müßten, wenn man Ende dieser Wirtschaftsgleichgebung der Eintritt eines neuen Zentrumsabgeordneten in die Reichsregierung sehe, das eine außerordentlich große Ähnlichkeit mit dem Verhalten der deutschnationalen Partei aufweise. Daraus könne man nicht die Behauptung herleiten, es sei der Zentrumsparlei der Vorwurf gemacht worden, daß sie ihre soziale Gesinnung mit der Eringung eines Ministerpostens erkaufte habe. In der „Germania“ vom 6. August wurde gesagt, daß das Ministerium für die besetzten Gebiete vorläufig nicht wieder besetzt werde, und später heißt es, daß die Partei im gegenwärtigen Augenblicke es nicht für angezogen halte, dieses Ministerium wieder zu besetzen. Aus diesem starken Unterstreichen des „Vorläufig“ mußte ich die Empfindung haben, daß diese Frage in einer kurz bevorstehenden Zeit zu einer Entscheidung kommt, und meine Bemerkung hatte nur die Absicht, die Zentrumsparlei auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die durch ein solches Verhalten entsteht. Es hat mir auch ferngelegen, persönliche Angriffe gegen die Abg. Brüning und Beusch zu richten. Ich habe durchaus anerkannt, daß durch die Haltung des Zentrums manche weitergehende Verschlechterungen der Regierungsvorlage verhindert wurden. Aber in den entscheidenden Fragen ist das nicht zu spüren gewesen. Die Meinung muß ich mit aller Gründlichkeit zerstreuen, als ob meine Auffassungen nicht der Stimmung der gesamten sozialdemokratischen Partei entgegen sprächen. In meiner Fraktion gibt es nicht ein einziges Mitglied, das meine Ausführungen nicht billigt. (Verhört! Zustimmung bei den Soz.) Der Vorwurf, daß die sozialdemokratische Fraktion aus unsäglichem Rotteben bei der Steuererleichterung gehandelt habe, ist in keiner Weise berechtigt, und Sie, Herr Dr. Brüning, haben nicht die von mir angeführte Tatsache widerlegen können, daß die entscheidenden Forderungen der Sozialdemokratie zur Steuerreform Forderungen der christlichen Gewerkschaften sind. (Sehr wohl bei den Soz.) Daß in einigen Einzelgesetzen Fortschritt erzielt worden ist, kann nicht darüber hinwegtäuschen,

daß der Gesamtcharakter der Steuerform platonisch geblieben ist, daß die Bildung der größeren Vermögen begünstigt durch Befreiung des Arbeitseinkommens und des Verbrauchs jede Kapitalbildung bei kleineren und mittleren Einkommen verhindert wird.

Es war nicht meine Aufgabe, das Gebiet der großen Politik in diese Auseinandersetzung hineinzuziehen, die sich aus Ihrer Haltung zur Steuerfrage ergeben. Der Abg. Dr. Brüning hat selbst im Anschluß darauf hingewiesen, daß bei der Beratung der Vorlagen für die Länder und Gemeinden auf die großen Fraktionen, die außerhalb der Regierung ständen, Rücksicht genommen werden müsse. Warum haben Sie denn nicht bei den anderen Fragen diese Rücksicht auf uns

genommen? (Sehr wohl bei den Soz.) Wo ist diese Rücksicht in der Frage der Lohnsteuer? Warum wird diese Rücksicht nicht auch jetzt bei dem Zollkampf genommen, wo Sie den breiten Massen der werttätigen Bevölkerung die größten Lasten aufbürden wollen. Die Behauptung, die Haltung der Sozialdemokratie zur Lohnsteuer widerspreche der Haltung, die sie in früherer Zeit eingenommen habe, kann nur der aufstellen, der nicht den Unterschied zwischen dem Charakter der Lohnsteuer in der Inflationszeit und in der Gegenwart erkennt. Gerade das Zentrum hätte den Herren nach rechts sagen müssen: Als in der Inflationszeit die Wogen über unserm Haupte zusammenzuschlagen drohten, da war es die Sozialdemokratie, die gezeigt hat, daß sie mit den hinter ihr stehenden Schichten für die Gesundung der Reichsfinanzen Opfer umfangreichster Art bringen will. Wenn Sie das nach rechts gesagt hätten, dann hätten Sie die denkbar günstigste Position gehabt, um mit uns eine Steuerreform herbeizuführen, die nicht neue Lasten auf die Lohn- und Gehaltsempfänger büdet. (Verhört! Zustimmung bei den Soz.)

Die Sozialdemokratie hat einen Antrag eingebracht, wonach der Haushaltsauschuss prüfen soll, in welcher Weise das Gesetz über die Liquidierung des Umlaufs von Rentenbankscheinen durchgeführt worden ist. Der Staatssekretär Fischer hat zugegeben, daß im Gegensatz zu dem Wortlaut des Gesetzes ein privater Vertrag abgeschlossen worden ist, der das Gesetz in einer seiner wichtigsten Bestimmungen außer Kraft setzt. Damit ist zugegeben, was ich behauptet habe. Das Weitere überlasse ich der Nachprüfung im Haushaltsauschuss. Schon heute aber sage ich: Jedes Vertrauen zu amtlichen Angaben wird erschüttert, wenn diese Nichtachtung von Gesetzen, wie wir sie in der Vergangenheit erlebt haben, weiter fortgesetzt wird. (Verhört! Beifall bei den Soz.)

Abg. Koenen (Komm.) bezeichnet die Auseinandersetzung zwischen Brüning und Dr. Herz als das wirkliche Ende des Volksblocks zwischen der Linken und dem Zentrum. Zentrum und Sozialdemokraten hätten in gleicher Weise die Arbeiterschaft vertreten.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Es folgt die Einzelberatung.

Bei der

Einkommensteuer

wird auf Antrag Horlacher (Bayr. Sp.) der steuerfreie Verdügerungsgewinn bei Gewerbebetrieben von 25 000 auf 10 000 M. herabgesetzt.

Auf Antrag der Abg. Frau Dr. Behm (Dnat.) wird mit Unterstützung aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten der Finanzminister ermächtigt, Bestimmungen darüber zu treffen, inwieweit bei den Heimarbeitern, deren Arbeitslohn die Freigrenze nicht übersteigt, der Steuerabzug vom Arbeitslohn zu unterbleiben hat.

Ein Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums wird mit 237 gegen 177 Stimmen abgelehnt. Abgelehnt werden auch die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf Änderung der Steuerart und Erhöhung der steuerfreien Mätze.

In der Schlussabstimmung wird das Einkommensteuergesetz in dritter Lesung gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des

Körperschaftsteuergesetzes.

Abg. Neubauer (Komm.) bekämpft die Vorlage und greift besonders das Zentrum wegen seiner Steuerpolitik an.

Ohne weitere Debatte wird das Körperschaftsteuergesetz nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen, ebenso die Vermögens- und Erbschaftsteuer und das Reichsbewertungsgesetz. Nach der namentlichen Abstimmung über das Reichsbewertungsgesetz, das mit 361 gegen 56 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen wird, stellt Vizepräsident Graef fest, daß dieses Gesetz mit der für Verfassungsänderungen notwendigen Zweidrittelmehrheit beschlossen sei.

Es folgt dann die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die

Verkehrssteuer und das Verfahren.

Abg. Peine (Soz.)

begründet die sozialdemokratischen Anträge, wonach die Umläge von Lebensmitteln umsatzsteuerfrei bleiben sollen die allgemeine Umsatzsteuer ab 1. Oktober 1925 1 Proz., ab 1. April 1926 1/2 Proz. betragen soll. Ferner sollen die Vermittlungen der Handelsvertreter und die Umläge bei den Genossenschaftler steuerfrei sein. Der Redner erinnert daran, daß hier wie schon bei so vielen anderen Gelegenheiten, die Rechtsparteien brauchen viel versprochen haben, um hier wenig davon zu halten. Auch das Zentrum habe hier im Reichstag geredet, aber es habe keine Gelegenheit genommen, die Sozialdemokratie in ihrem Kampfe für die Herabsetzung der Umsatzsteuer zu unterstützen. Die Umsatzsteuer bedeute eine Stärkung der großen Kartelle, denen die Handwerkerorganisationen ebenso wie die Genossenschaften rücksichtslos ausgeliefert seien. Man habe die Umsatzsteuer eine sterbende Steuer genannt, aber bei den Verhandlungen über den Finanzausgleich hat der Reichskanzler erklärt, daß an einen Abbau von 1/4 auf 1 Proz. vor dem 1. Juli 1927 nicht gedacht werden könne. Macht man sich denn klar, was diese Befreiung für die arbeitende Bevölkerung zu bedeuten hat? Die Sozialdemokratie hat sich zum Kampf gegen diese Steuergesetze gestellt. Deutschland hat das beste Wahlrecht der Welt, wenn das deutsche Volk sich einen solchen Reichstag wählt, dann hat es selbst die Schuld, daß es Stodprügel aus den Wagen erhält. (Beifall bei den Soz.)

Von den Regierungsparteien wird die Regierung in einer Entschließung ersucht, erneut die Frage zu prüfen, ob die Handelsvertreter und Agenten nicht von der Umsatzsteuer befreit oder entlastet werden könnten.

Abg. Brodau (Dem.) bezeichnet diese Entschließung als den Versuch einer Täuschung der Öffentlichkeit. Wenn die Regierungsparteien es ernst meinten, müßten sie für den Antrag auf Umsatzsteuerbefreiung stimmen.

Abg. Koenen (Komm.) fragt an, ob es richtig sei, daß 40 Proz. der Umsatzsteuer hinterzogen werden.

Staatssekretär Dr. Popph meint, es handle sich bei dieser Zahl um eine jeder tatsächlichen Grundlage entbehrende Legende. Gerade die Umsatzsteuer habe sich verhältnismäßig sehr gut entwickelt. (Rufe bei den Kommunisten: Zahlen hat er nicht genannt, das ist keine Antwort, das ist eine Poppherei.)

Ein Antrag der Sozialdemokraten auf Befreiung der Lebensmittel von der Umsatzsteuer wird in namentlicher Abstimmung mit 253 gegen 156 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Abgelehnt wird auch der sozialdemokratische Antrag auf Herabsetzung der Umsatzsteuer von 1/4 auf 1 Proz. Danach bleibt es bei dem Satz von 1/4 Proz.

Die Entschließung der Regierungsparteien über die Handelsvertreter und Agenten wird angenommen.

Den übrigen wird die Umsatzsteuer nach den Beschlüssen der 2. Lesung angenommen, ebenso wie die übrigen Vorlagen zu den Verkehrssteuern und zum Verfahren.

Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und Völkischen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung der

Bier- und Tabaksteuer.

Abg. Simon-Schwaben (Soz.) wendet sich nochmals gegen die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. Er setzt sich für den sozialdemokratischen Antrag ein, der es bei den bisherigen Sätzen für die Biersteuer und die Tabaksteuer belassen will. — Der Redner äußert sich auch gleich über die anderen Verbrauchsteuern, die die Sozialdemokraten ablehnen. In Eventual-Anträgen wünschen sie wenigstens Beibehaltung der bisherigen Steuerhöhe und lehnen die Erhöhung ab.

Abg. Schred (Soz.) bemängelt die durch die Regierungsparteien getroffene Regelung für die durch die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer arbeitslos werdenden Facharbeiter, die absolut unzureichend sei. Unbedingt müsse aber nun wenigstens dafür gesorgt werden, daß die Reichsregierung die Mittel zur Unterstützung dieser Arbeitslosen den Gemeinden überweist.

Abg. Lang (Bayr. Sp.) gibt namens der bayerischen Abgeordneten der Regierungsparteien, unter denen sich auch der Abg. Tirpitz (Dnat.) befindet, eine Erklärung ab, daß diese Abgeordneten der Erhöhung der Biersteuer nur unter Vorbehalt zustimmen könnten.

Damit schließt die Aussprache. In der Abstimmung werden die Änderungsanträge der Opposition abgelehnt. Mit einer unwesentlichen Änderung wird die Bier- und Tabaksteuer nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen, und zwar gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und Völkischen. Das Haus wendet sich dann der 3. Beratung der Verbrauchsteuern zu. — Auch diese Vorlage wird unter Ablehnung sämtlicher Änderungsanträge der Opposition nach den Beschlüssen 2. Lesung gegen Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten angenommen. — Annahme findet der Antrag des Zentrums auf Gründung eines Tabak-Forschungsinstitutes in Baden, ebenso der auf Einsetzung eines Ausschusses zur Kontrolle der Branntwein-Monopol-Verwaltung.

Ohne Debatte wird dann in 3. Beratung das Gesetz über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reiches, der Länder und Gemeinden angenommen.

Bei der 3. Beratung des

Finanzausgleiches

begrüßt Abg. Reil (Soz.) die Zustimmung des Reichsfinanzministers zu der Forderung der Länder. Der Redner erklärt sich für seine Fraktion nunmehr mit dem Finanzausgleich einverstanden. Die in der jetzigen Stellung der Regierung liegende

Zurückweisung der partikularistischen Sonderansprüche Bayerns

sei für die Sozialdemokraten ein weiterer Grund, dem eigentlichen Finanzausgleich zuzustimmen. Die Gesamtvorlage des Finanzausgleich-Gesetzes würden die Sozialdemokraten aber ablehnen, weil in dieser Vorlage auch die ungerechte, unsoziale Hauszinssteuer enthalten sei.

Abg. D. Leicht (Bayr. Sp.) gibt folgende Erklärung ab: Die Bayerische Volkspartei hält an dem Grundsatz fest, daß der kulturelle, wirtschaftliche und politische Wiederaufbau des deutschen Volkstums und Staatswesens auf föderalistischer Grundlage folgen muß. Ohne ein bestimmtes Maß von eigener Finanzhoheit ist aber auf die Dauer weder eigenes staatliches Leben, auch zum Besten der Gesamtheit des deutschen Volkes, noch eigene staatliche Verantwortung gegenüber dem Reich möglich. Diesem grundsätzlichen Standpunkt wird die vorläufige Regelung des Finanzausgleiches, trotz mancher Verbesserungen gegenüber der ursprünglichen Vorlage nicht gerecht. Wenn wir der Neuverteilung zustimmen (große Bewegung, Unruhe und Beschäler links), so tun wir das nur, weil wir darin einen durch die Notwendigkeit der Wiederherstellung einer geordneten Finanzwirtschaft und Rücksichtnahme auf die Aufrechterhaltung unserer neuen Währung bedingten Zwischenzustand erblicken, dessen Geltungsdauer auf verhältnismäßig kurze Zeit berechnet ist.

Abg. Dr. Fahr (W. Bgg.) schließt sich für den Bayerischen Bauernbund und für die Deutschhannoversche Partei dieser Erklärung an.

Damit schließt die Aussprache.

Angenommen wird ein Antrag der Regierungsparteien:

Aus dem für den Wohnungsbau zu verwendenden Teil der Steuer können die Länder Darlehen an unbemittelte kinderreiche Familien und an Schwerkrriegsbeschädigte, insbesondere auch an Kriegsblinde, bis zur vollen Höhe der Baufolgen gewähren.

In namentlicher Abstimmung wird die Hauszinssteuer mit 225 gegen 173 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen.

Die Gesamtvorlage wird dann gegen die Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und Völkischen angenommen. — Damit ist die 3. Beratung der Steuervorlagen beendet.

Nach 10 Uhr verlegt sich das Haus auf Sonnabend, 10 Uhr: 2. Beratung der Zollvorlage.

Aus der Partei.

Die Vierzigjahrfeier der belgischen Arbeiterpartei.

Die belgische Arbeiterpartei feiert am 15. August das Jubiläum ihres 40jährigen Bestehens. Der Generalkongress der Partei hat nunmehr das Programm der Feiertage für diesen Tag festgelegt. An der Feier, die in Brüssel stattfindet, werden auch zahlreiche ausländische Delegierte teilnehmen.

Nach der Eröffnung der Ausstellung, in welcher alle Dokumente zur Parteigeschichte, Aufrufe der Partei etc. seit ihrer Gründung vereinigt sind, erfolgt zunächst die Enthüllung der Gedächtnistafeln in französischer und flämischer Sprache, wobei zwei der Mitbegründer der Partei, die noch jetzt in der ersten Reihe ihrer Führer stehen, die Genossen Louis Bertrand und Eduard Anseele Reden halten werden.

Im Festzug, der sich sodann formt, marschieren die gesamten Jugendlichen Belgiens, Deputations aller Gewerkschaften und anderen Organisationen im Arbeitskleid mit ihren Arbeitszeugen und die Träger der Fahnen sämtlicher Arbeiterorganisationen des Landes. Die übrige Arbeiterpartei bildet Spalier. Auf dem Rathausplatz findet der Aufmarsch mit Massenchorgefangen und Ansprachen Vandenvelde, sowie eines Vertreters der Internationale statt. Abends wird im Festsaal des Volkshauses eine große Versammlung abgehalten, in der Louis de Broeckere im Namen der belgischen Partei und drei Vertreter der ausländischen Parteien reden werden.

Die Glückwünsche der gesamten Internationale werden sich an diesem Tage unseren belgischen Genossen zuwenden, die in vierzig Jahren voll ruhmreicher Kämpfe eine mächtige und vorbildliche Organisation aufgebaut haben.

Vor dem Endkampf um die Agrarzölle.

Falsche Statistiken des Deutschen Landwirtschaftsrats.

In den nächsten Tagen werden wir in der Frage der Agrarzölle den großen Endkampf vor dem Plenum des Reichstags erleben. Beide Parteien werden das Kräftepaar ausbieten, um ihrer Auffassung zum Siege zu verhelfen, die Linksparteien, um die drohende Belastung der Konsumenten und einen unser ganzes Wirtschaftsleben gefährdenden volkswirtschaftlichen Unfuss abzuwehren, die Regierungsparteien und speziell die agrarischen Interessentenvertreter, um ihre wirtschaftspolitische Ernte in die Scheune zu bringen. Obwohl nach der politischen Nachlage diese Ernte als einigermaßen gesichert gelten kann, wird man nichts unversucht lassen, die sachliche Kritik der Opposition zu übertönen. Das Wehgeschrei über die Notlage der Landwirtschaft, das sich bisher stets als das wirksamste Mittel zur Erlangung von Sondergewinnen auf Kosten der Volksmassen erwiesen hat, wird seine äußerste Steigerung erfahren.

Die Fabel von der gefährlichen Auslandskonkurrenz.

Nun hat die Landwirtschaft den bekannten Grundsatz „Lerne zu klagen, ohne zu leiden“ schon in allen möglichen Situationen mit großer Geschicklichkeit zur Anwendung zu bringen gewußt. Diesmal befinden sich ihre Führer aber in einer besonders schwierigen Lage, wenn es sich darum handelt, mit aller Gewalt einen Unfuss zu wirkungslosen Klagegeden aufzuführen. Der Hinweis auf die ausländische Konkurrenz zieht nicht mehr; er ist durch die weltwirtschaftliche Entwicklung und durch die klaren Feststellungen, die der Agrarquiete-Ausschuss im Anschluß an Geheimrat Sering über diese weltwirtschaftliche Entwicklung getroffen hat, allzu gründlich erledigt worden. Jedermann weiß, daß die europäische Landwirtschaft zurzeit keinem Preisdruck durch überseerische Konkurrenz unterliegt und auch aller Voraussicht nach auf absehbare Zeit nicht unterliegen wird. Die Lage der Landwirtschaft in den europäischen Freihandelsländern ist eine überaus günstige, und es machen sich dort alle Anzeichen einer von Jahr zu Jahr sich verstärkenden agrarischen Hochkonjunktur bemerkbar. Nur die besonderen Sünden der deutschen Wirtschaftspolitik, insbesondere das mittelalterliche System der Ein- und Ausfuhrverbote und der industrielle Hochzoll, hindern die deutsche Landwirtschaft daran, in vollem Umfange an dieser günstigen Konjunktur teilzunehmen. Trotz dieser Einschränkung ist festzustellen: auch

in Deutschland ist die Lage der Landwirtschaft durchaus günstig.

Mit dem Hinweis auf die überhöhte „Preisere“ ist kein Einbruch mehr zu machen. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse haben gegenüber den Produktionsmitteln, die die Industrie dem Landwirt liefert, nicht nur keine geringere Kaufkraft als in der Zeit der Bismarck-Zölle vor dem Krieg, sondern sogar eine gesteigerte Kaufkraft. Für sein Getreide erhält der Landwirt das Eineinhalbfache an Kunstdünger wie vor dem Krieg, wichtige landwirtschaftliche Maschinen, wie die Traktoren, sind, in Getreide gerechnet, auf weniger als die Hälfte des Friedenspreises verbilligt.

Die praktischen Landwirte denken gar nicht daran, sich durch die Klagegeden der agrarischen Führung über angeblich ungünstige Preisverhältnisse und durch das immer wieder von den agrarischen Interessentenvertretern an die Wand gemalte Schreckgespenst der Exportverweigerung ins Bockshorn jagen zu lassen. Sie sind viel zu gute Rechner, um nicht zu wissen, daß die Preisverhältnisse günstig sind, und daß sie sich selber nur schädigen würden, wenn sie diese Konjunktur nicht ausnützen und die Intensität nicht steigern würden. Der Verbrauch der Landwirtschaft an künstlichen Düngemitteln hat in dem letzten Jahre eine Steigerung erfahren, die in der Geschichte der Landwirtschaft aller Zeiten und aller Länder beispiellos dasteht. Der Verbrauch von Stickstoff betrug im Düngergeschäft 1924/25 355 000 Tonnen gegen 255 000 Tonnen im Düngergeschäft 1923/24 und 210 000 Tonnen im Düngergeschäft 1913/14. Der Absatz des Kaliumsulfats betrug in den ersten sieben Monaten des Jahres 1925 829 000 Tonnen Reinkalz gegenüber 375 000 Tonnen in den ersten sieben Monaten des Jahres 1924. Der Erfolg dieser erhöhten Aufwendungen kann nicht ausbleiben. Die Ernte, die die Landwirtschaft in diesen Wochen einzubringen im Begriffe ist, wird, was Wintergetreide und Kartoffeln betrifft, selbst von landwirtschaftlicher Seite als eine Rekorderte bezeichnet.

Angeichts aller dieser Umstände müssen sich die Vertreter der Landwirtschaft geradezu in Verlegenheit befinden, woher sie diesmal den Grund zum Klagen nehmen sollen. Zu allem Überflusse muß ihnen auch noch das Unglück passieren, daß gerade in diesen für die Erledigung der Zollvorlage entscheidenden Tagen

am Weizenmarkt eine neue Hausbewegung eingeleitet hat. Da es aber ohne Klagen und ohne eine „bringende Notlage“ der Landwirtschaft nun einmal beim besten Willen nicht geht, so muß irgendein Unfuss gefunden werden, und man ist glücklich, einen solchen angeblich in den Kreditverhältnissen und der neuen Verschuldung der Landwirtschaft gefunden zu haben.

Nun ist es zwar eine etwas peinliche Angelegenheit, die Verlastung der Landwirtschaft mit Schulden und Schuldzinsen ausgerechnet in diesem Augenblick zum Kernstück der behaupteten Notlage nehmen zu müssen. Es ist noch nicht 14 Tage her, seit mit Hilfe des Reichspräsidenten Hindenburg die Aufwertungsregelung Gesetz geworden ist, durch die die Hoffnungen der Sparer auf schwerer Enttäuschung und die heiligsten Wahlversprechungen gebrochen wurden, jene Regelung, nach der die Hypothekenschuldner, in erster Linie die Landwirtschaft, soweit sie ihre Schulden nicht schon während des Krieges auf Grund von Kriegsgewinnen in entwertetem Gelde definitiv zurückgezahlt haben, ihre Gläubiger mit einem Viertel der eigentlichen Schuld abzufinden berechtigt sind.

Der Täuschungsversuch des Landwirtschaftsrats.

In dieser Situation ist nun der Deutsche Landwirtschaftsrat in die Reihe gedrungen. Er hat den agrarischen Interessentenvertretern im Reichstag zur Begründung ihrer Forderungen eine Statistik geliefert, aus der hervorgeht, daß die Landwirtschaft heute mit erheblich höheren Schuldzinsen als vor dem Krieg belastet ist. Es läßt sich vorstellen, daß diese Feststellungen einer halbamtlichen Stelle, wie der Deutsche Landwirtschaftsrat es ist, im agrarischen Lager die allergrößte Freude hervorgerufen haben. Die Freude sollte jedoch von kurzer Dauer sein. In den Verhandlungen des Agrarquieteausschusses, dem diese Statistik vorgelegt wurde, ist festgestellt worden, daß die Statistik völlig unbrauchbar und irreführend ist, und man hat es abgelehnt, sich noch weiter mit ihr zu beschäftigen. Selbst der Verfasser der Statistik, Dr. Fensch, sah sich veranlaßt, angesichts des allgemeinen Sturmes der Entrüstung zuzugeben, daß allgemeine Schlüsse daraus nicht zu ziehen sind. Seine Behauptung, daß er eine Verallgemeinerung von vornherein grundsätzlich abgelehnt habe, ist, wie aus den Protokollen hervorgeht, allerdings unzutreffend. Er hatte, bevor der allgemeine Widerstand gegen diese Zahlenpielerei sich im Ausschuss erhob, vielmehr behauptet, das Gesamtergebnis beweise, daß die Landwirtschaft heute tatsächlich sehr viel mehr für den Zinsendienst aufzubringen hat als vor dem Krieg. Daß der Deutsche Landwirtschaftsrat gar nicht daran denkt, aus seiner peinlichen Niederlage vor dem Agrarquieteausschuss die einzig möglichen Konsequenzen zu ziehen, geht auch daraus hervor, daß er sich in späteren Veröffentlichungen in einem Falle sogar ohne jeden Vorbehalt auf die irreführende und unbrauchbare Statistik berufen hat.

Angeichts dieses Verhaltens der Landwirtschaft erscheint es notwendig, noch einmal kurz auf jene Zahlenaufstellung einzugehen. Sie stützt sich nach den eigenen Angaben der Verfasser auf Erhebungen in etwa 1500 Betrieben. Da diese sich über ganz Deutschland verteilen und es insgesamt über 2 Millionen selbständige Betriebe über 2 Hektar gibt, so ist für diese Statistik jeweils unter mehr als 1000 Betrieben ein einziger herausgegriffen worden. Sehen wir uns die Schuldverhältnisse dieser Betriebe näher an, so können wir feststellen, daß man solche Betriebe erfaßt hat, bei denen die hypothekarische Belastung vor dem Krieg unter dem allgemeinen Durchschnitt stand. Demgegenüber übertrifft bei diesen herausgegriffenen Betrieben die Belastung durch neue Schulden (wertbeständige Hypotheken, Wechsel- und sonstige Personalschulden) den Reichsdurchschnitt um weit mehr als das Doppelte. Die in der Statistik aufgeführten Betriebe weisen je Hektar eine durchschnittliche neue Schuldbelastung von 171 Mark auf, während die gesamte Neuverschuldung der deutschen Landwirtschaft nach den höchsten eigenen Angaben 2-2½ Milliarden bei 30 Millionen Hektar, also nur 70 bis 80 Mark je Hektar, beträgt. Es handelt sich also um eine Zusammenstellung von Betrieben, bei denen die Verschuldungsentwicklung in einer ganz einseitigen Weise vom Durchschnitt abwich. Die Vorkriegverschuldung bleibt hinter dem Durchschnitt zurück, die Nachkriegverschuldung übertrifft den Durchschnitt um mehr als das Doppelte. Auf welche Weise eine so einseitige Zusammenstellung zustandekommen konnte, bleibt zunächst aufzuklären.

Wir richten daher an den Deutschen Landwirtschaftsrat die öffentliche Aufforderung, uns zu erklären, ob in seine Statistik, die auf Grund von Fragebogen zustande gekommen ist, auch sämtliche beantworteten Fragebogen aufgenommen sind oder ob ein Teil dieser Fragebogen sich als „unbrauchbar“ erwiesen hat. Wenn aber, was wir zunächst unterstellen wollen, eine absichtlich einseitige Auswahl der Betriebe nicht stattgefunden hat, so bleibt diese Statistik darum nicht weniger wertlos. Man muß dann annehmen, daß die Beamten der Landwirtschaftskammer, die bei der Erhebung mitgewirkt haben, vornehmlich mit solchen Betrieben in Berührung gekommen sind, die seit der Stabilisierung besonders viel Schulden haben aufnehmen müssen oder denen von den für die Landwirtschaft bereitgestellten Krediten ein besonders großer Teil zugestossen ist. Der Deutsche Landwirtschaftsrat, der auf diesen Erhebungen eine Statistik von allgemeiner Beweisraft aufbauen wollte, hat dann eben bei der Gewinnung seiner Unterlagen ein besonderes Pech gehabt, und die Bearbeiter dieser Statistik können, sofern sie überhaupt den Anspruch erheben, daß ihre weiteren Arbeiten von irgend jemand ernst genommen werden, nichts anderes tun, als diese fehlergeschlagene Arbeit möglichst geräuschlos in der Verenkung verschwinden zu lassen. Wenn sie es aber wagen würden, daß mit diesen Zahlen, deren Unwert zweifelsfrei erwiesen ist, noch weiter gearbeitet wird und daß gar in den Amtsbüchern der Landwirtschaftskammer, deren oberste Spitzenorganisation der Deutsche Landwirtschaftsrat ist, derartige Aufzeichnungen, dann würden sie sich an einer groben und absichtlichen Fälschung der öffentlichen Meinung mit-schuldig machen.

Daß die Landwirtschaft alle Anstrengungen macht, die Einfuhr von Lebensmitteln nicht allzu hoch in ihrem wahren Charakter als offenen Raub und politische Gewalttat erscheinen zu lassen, sondern ihr einen Schein von sozialer Berechtigung zu geben, ist verständlich. Da bei der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage keinerlei Rechtfertigung für die Zölle erblickt werden kann, ist sie gezwungen, zu Verdrehungen der Wirklichkeit ihre Zuflucht zu nehmen. Diese eine Lüge aber, die sich auf die hier kritisierte Statistik des Deutschen Landwirtschaftsrates stützt, die Behauptung, daß die Landwirtschaft insgesamt jetzt mehr an Zinsen zu zahlen habe als vor dem Krieg, ist zu faust-dick und unerschämmt, als daß sie noch weiter glauben finden dürfte. Es kann daher den agrarischen Vertretern nur geraten werden, sich für den Endkampf im Zollkampf bei Zeiten nach einem besseren Argument umzusehen.

Produktionssteigerung ohne Agrarzölle.

Die agrarische Presse brachte vor einigen Wochen Zahlenmaterial, allerdings ohne weitere Unterlagen, woraus sich ergeben sollte, daß viele landwirtschaftliche Betriebe in kurzer Zeit dem Bankrott entgingen. Es waren Buchführungsergebnisse des Wirtschaftsjahres 1924/25. Ueber den Wert oder Unwert der Buchführungsmethoden ist während der Zolldebatte reichlich Material zusammengetragen worden. Aus diesen Buchführungsergebnissen war natürlich kein klares Bild zu gewinnen.

Jedoch gibt es in Deutschland landwirtschaftliche Betriebe, die ihre Betriebsführung in aller Offenheit darlegen und so einen Einblick in die landwirtschaftlichen Betriebe gestatten. Uns liegt ein gedruckter Bericht vor über die Betriebsverhältnisse der Güter des sächsischen Wirtschaftsministeriums. Das Studium dieses Berichts wäre jedem Landwirt dringend ans Herz zu legen. Aber auch die Öffentlichkeit, die das ewige Klagegeden von der Not der Landwirtschaft anhören muß, hat ein Interesse daran, zu erfahren, wie es mit gut bewirtschafteten Betrieben bestellt ist.

Es handelt sich um die Bewirtschaftung von 11 ehemaligen Remontegütern und einem Kammergut mit einer Gesamtfläche von 3452 Hektar. Die Bewirtschaftung der Güter erfolgt nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten mit dem Ziel höchstmöglicher Rentabilität und Rentabilität. Wenn man bedenkt, daß Remontegüter nach ganz anderen Gesichtspunkten bewirtschaftet wurden, so bedeutet die Durchführung dieses Grundgesetzes keine Kleinigkeit, und doch kann heute schon gesagt werden, daß die Umstellung geradezu vorbildlich gelungen ist. Für das laufende Jahr ist die Abgabe an den Staat auf 136 000 M. bemessen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Umstellung der Güter in der Hauptsache aus laufenden Mitteln bestritten werden mußte. Es entspricht nicht den Tatsachen, wenn immer behauptet wird, diese Güter seien reichlich mit Staatsgeldern ausgestattet. Es sind insgesamt zur Umstellung, nach Umrechnung der Papiermarksummen im Jahre 1920 250 000 Goldmark zur Verfügung gestellt worden.

In den Jahren des angeblichen Niederganges der Landwirtschaft von 1920/24 sind bedeutende Neubauten vorgenommen worden. Umbauten mußten erfolgen. Nachdem Landwirt ist auch sehr dienlich, zu erfahren, daß Arbeiterwohnungen errichtet wurden. Eine große Zahl neuer Maschinen wurde angeschafft. Um nur einige Zahlen zu nennen: 1920 hatten die Güter keinen Motorflug, am 1. Juni 1925 deren 9. Häckselmaschinen wurden von 6 auf 20, Düngestreuer von 15 auf 46, Hofmaschinen von 6 auf 30 vermehrt. Die Ueberflusse des Maschinenparks, die hier nicht vollständig wiedergegeben werden kann, zeigt, daß die Güter höchst intensiv bewirtschaftet werden. Die Durchschnittsernteergebnisse sind auch dementsprechend von Jahr zu Jahr gestiegen und stehen heute weit über dem Reichsdurchschnitt. Das Durchschnittsergebnis von

1924 war für Weizen 29, 83 Doppelzentner, Roggen 25,30, Wintergerste 29,07, Sommergerste 29,31, Hafer 30,25, Kartoffeln 233,54 und Futterrüben 715,61 Doppelzentner pro Hektar. Diese Ergebnisse sind nicht etwa auf bevorzugten Böden erzielt worden, nur zwei Güter haben etwas besseren lehmigen Boden, während bei den übrigen Gütern leichter Boden bis zum leichtesten Sandboden vorherrscht. Dieser Boden ist aber mit allen Mitteln der neuzeitlichen Agrarwissenschaft behandelt worden. Es haben Bodenuntersuchungen stattgefunden, um die Düngerbedürftigkeit festzustellen. Agrar-geologische Karten sind angefertigt worden. Immer wieder wurden Versuche angestellt, um die zweckentsprechendsten Bewässerungen herauszufinden. — Mit derselben Gründlichkeit wird die Viehzucht behandelt. Nur ein Beispiel über die Steigerung des Milchtrages. 1922 war die Gesamtdurchschnittsleistung einer Kuh 2736,1 Kilogramm Milch, 1924 3205,4 Kilogramm. Die entsprechende Buttermenge hierfür ist 101,16 Kilogramm resp. 119,27 Kilogramm.

Interessant ist nun noch, daß bei zunehmender Intensivierung die Zahl der Arbeiter abgenommen hat, und zwar von 665 auf 568, während die der Beamten und des Aufsichtspersonals nur wenig gestiegen ist. Wichtig ist auch zu erfahren, daß auf diesen Gütern keine Wanderarbeiter beschäftigt werden, sondern alle Arbeiten von den ansässigen Arbeitern bewältigt werden, die allerdings im Winter mit weniger produktiven Arbeiten beschäftigt werden müssen. Die Zahl der Gesamtarbeitstage pro Hektar wird wohl dadurch etwas erhöht, aber vom nationalen Standpunkt betrachtet, bedeutet die Beschäftigung einheimischer Arbeiter einen Gewinn für die heimische Volkswirtschaft.

Ein weiteres Eingehen auf den Bericht der sächsischen Staatsgüter würde zu weit führen. Aus diesen kurzen Ueberblick kann man aber schon schließen, daß die Zahlen der agrarischen Presse entweder willkürlich aufgestellt sind, oder die Bewirtschaftung dieser Güter den gesteigerten Anforderungen der freien Wirtschaft nicht gewachsen sind. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag Anträge gestellt, die die höchstmögliche Leistung in der Landwirtschaft erzielen wollen. Aber für die bürgerliche Mehrheit des Reichstages gilt heute nur der Grundsatz: durch Zölle sich einen billigen Gewinn zu verschaffen. Der breiten Masse des Volkes wird eine solche Produktionspolitik sehr teuer zu stehen kommen.

Henry Drunzel.

Der Reichsbankausweis Ende Juli.

Wieder starke Veränderungen.

Der Wochenausweis der Reichsbank zum 31. Juli, der als Monatsabschluss ausweist ein besonderes Gewicht hat, zeigt starke Veränderungen gegenüber der Vormoche. In ihrem Ausmaß werden sie, außer in dem letzten Ausweis des Monats Juni, von wenigen Wochenausweisen der letzten Zeit erreicht. Da die beiden letzten Monate kritische Monate für die Wirtschaft waren, kommt den beiden Ausweisen zum Monatsabschluss besondere Bedeutung zu.

Ein Zufall will, daß die von der Reichsbank mehr betriebigten Kreditansprüche in der Schlusswoche von Juli bis Juni gegenüber der Vormoche genau die gleiche Höhe hatten: 325 Mill. Wechsel und Schecks und 39 Mill. Lombardkredite. Der Bestand an Wechseln und Schecks hat sich gegenüber dem 30. Juni dagegen um 98 Mill. auf 1789 Mill. erhöht. Damit ist der höchste Stand im Jahre 1925 erreicht. Ebenso sind die Lombardkredite gegenüber dem 30. Juni höher; und zwar um 14 Mill. (Bestand 60 Mill.). Das ist der höchste Monatsstand seit Ende April. Daraus ergibt sich, daß die Krienercheinungen der letzten Monate die Ansprüche an die Reichsbank erheblich gesteigert und die Mittel der Reichsbank erheblich in Anspruch genommen haben.

An Banknoten und Rentenbankscheinen kamen in der letzten Juliwoche 576,3 Mill. neu in den Verkehr (Ende Juni 577 Mill.). Der Banknotenumlauf stieg um 329,5 Mill. auf 2530 Mill. (Ende Juni 2474 Mill.).

An Rentenbankscheinen erfolgte eine Ausgabe von 246,9 Mill. Der Umlauf an Rentenbankscheinen erhöhte sich damit auf 1703 Mill. Der Bestand der Reichsbank an Rentenbankscheinen verminderte sich um 250 auf 134,5 Mill.; 3,1 Mill. wurden der Vernichtung übergeben.

Der Goldbestand wurde weiter um 1,1 Mill. auf 1104 Mill. erhöht, der Bestand an Bährungsbelegen um 0,4 auf 368 Millionen. Unter Einrechnung von rund 490 Mill. Scheidemünzen und 185 Mill. Privatbanknoten ist der gesamte Geldumlauf in Deutschland 4908 Mill. M. Das ist der höchste seit der Stabilisierung der Währung überhaupt erreichte Stand.

Die Rotendeckung durch Gold ging gegenüber der Vormoche von 50,1 auf 43,6 Proz. die Deckung durch Gold und Devisen von 66,8 auf 58,2 Proz. zurück. Die entsprechenden Zahlen Ende Juni waren 42,9 bzw. 57,2 Proz. Gegen Ende Juni ist also noch eine leichte Verbesserung der Deckungsverhältnisse für den Umlauf an Noten festzustellen.

Die Zunahme der Dampfschiffe in der Handelsflotte. Die nachstehende Statistik zeigt, in wie großem Umfang die Handelsflotte von der Kohlenheizung auf Dampfschiffe umgestellt wurde und wie groß die Zunahme der Motorschiffe mit Dieselmotoren ist. Die Verteilung ergibt sich aus folgenden Hundertteilen: Es waren im Betrieb in Hundertteilen in den Juni Monaten:

	1914	1923	1924	1925
Dampfschiffe mit Kohlenheizung	68,8	68,9	66,2	64,8
Dampfschiffe mit Dampferzeugung	2,6	24,2	26,8	27,5
Motorschiffe	0,5	2,6	8,1	4,2
Segelschiffe	0,1	4,8	8,9	3,5

Die Schiffe mit Dampferzeugung haben sich diesen Zahlen zufolge in zehn Jahren verzehnfacht, die Zahl der Motorschiffe hat sich fast verzehnfacht. Seit 1923 war die Zunahme der Schiffe mit Dampferzeugung 13,6 Proz. der Motorschiffe 67 Proz. In der letzteren Gruppe sind 2,5 Millionen Tonnen Schiffsraum vorhanden. Die englische Tonnage für Motorschiffe beträgt 734 000, die norwegische 325 000, die schwedische 200 000, die deutsche 284 000, die amerikanische 216 000. Japan hat merkwürdigerweise keine Motorschiffe. Die hier geschilderte Umwälzung macht sich gegenwärtig bei der Weltkohlentriebe fühlbar. Ein Teil der Absatzschwierigkeiten des Kohlenbergbaus rührt von dieser Seite her.

Giese-Harriman. Der in den Reichstagsdebatten der letzten Zeit vielgenannte Konzern Giese's Erben der bekanntlich sein von ihm selbst auf 350 Millionen eingeschätztes Vermögen bescheiden nur mit 50 Millionen Mark der Steuerbehörde angegeben hat, schloß soeben mit dem amerikanischen Harriman-Konzern ein Abkommen, durch das amerikanisches Kapital vornehmlich für die ostpreussischen Besitzungen von Giese's Erben interessiert wird. Gleichzeitig trennt sich der Giese-Konzern von seinen reichhaltigen Delinzenzen. Das Europäische Delinzenzen u. d. G. wird seine Tätigkeit einstellen; es liefert insbesondere Betriebsstoffe und Teile nach Berlin.

Vor neuen Fortschritten der deutschen Heilmittelproduktion. Anlässlich eines Empfangs amerikanischer Studenten sprach Geheimrat Duisberg über die Leistungen der deutschen pharmazeutischen Industrie für die Zivilisation und erwähnte dabei, daß auf diesem Gebiete durch die Erfindung des „Germanium“ (Coner 205) durch seine Firma, Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer u. Co., in der Schlafkrankheitsbekämpfung bei Menschen und der Typhuskrankheit bei den Haustieren ein großer Fortschritt erzielt sei. Anspornend durch diese Erfolge entwickelt die Firma gerade auf diesem Gebiete eine besondere Regsamkeit. Der Verkauf dieser Untersuchungen in den letzten Wochen berechtigt zu der Hoffnung, daß bezüglich der Bekämpfung von Tropenkrankheiten und -seuchen Erfolge in Aussicht stehen, die uns einen außerordentlichen Schritt vorwärts bringen werden.

Waldidyll.

Von Tefli.

(Aus dem Russischen von B. G.)

In der Ferne auf dem Kirchturm ertönte diesmal ein kupferner Schlag, hielt still und dröhnte dann langsam weiter sechs mal.

Das bedeutete, daß alle vier Viertel von einer Stunde verfloßen sind und daß es gerade sechs wurde.

Im Walde, auf der kleinen, runden Wiese von drei Schritt im Kreisdurchmesser, gehen die Abendvorbereitungen emsig vor sich.

Zwischen den Wurzeln der alten Linde rührt und rauscht etwas. Ein rötlicher, staumiger Wedel gleitet vorbei, er hält auf einem hohen Zweige an und dreht sich um, zwei aufmerksame Knöpfchen erglänzen und wieder gleitet der Wedel aufwärts und verschwindet.

In der Krone einer nahen Fichte beginnt es plötzlich zu läufeln und ein Vogel schreit mit heiserer, besorgter Stimme dreimal ein und dasselbe; er beginnt zum viertenmal, gerät aber in Verwirrung, wird konfus und verstummt.

Es ist nicht meine Schuld, daß er in Verwirrung geraten ist. Ich kam ihn nicht erschreckt haben. Ich liege ganz still und rege mich schon lange nicht, so lange, daß ich selbst den Schmerz von der rauhen, knorrigen Fichtenwurzel, auf der ich mit einer Schulter lehne, nicht mehr empfinde.

Viele haben sich hier an mich bereits gewöhnt. So die kleine Spannerraupe, die sich zierlich wölbt und streckt, und mit ihrem grünen Körperchen die Länge meines Armes abmißt.

Zwei dunkelrote Ameisen sinnen auf den Franzen meines Gürtels, sie warten, vielleicht zeigt ihnen der weiße Instinkt, wie dieser wunderliche Gegenstand zu Ruß und Frommen der Ameisen mit verwertet werden könnte.

Ich rege mich nicht, ich will nicht hören. Ich hebe die Augen und betrachte die rissige Linde, die von der Ferne her einfarbig scheint und doch ganz bunt, ganz voll Sprünge und Schuppen, Hülsen und Föckchen ist, wenn man sie betrachtet, indem man mit einer Wange an ihr lehnt.

In einem der Sprünge wohnt ein grünes Pünktchen, kaum daß es atmet, kaum daß es sich bewegt, man sieht, es denkt nur daran, wie nicht zu sterben, wie fein für die gesamte Welterschöpfung bedeutendes unersetzliches Leben nach Möglichkeit zu verlängern.

Ich beginne für das Pünktchen zu fürchten und lasse die Augen sinken. Unten, an den Wurzeln, wandelt gemessenen Schrittes ein Käfer. Er hat sicherlich ein wichtiges Geschäft vor. Auf seinem Rücken liegt ein Strohhalmchen.

Weiß der Käfer davon oder nicht? Hat er es auf sich geladen und trägt er es bewußt, oder ist es zufällig an seinem Rücken kleben geblieben und er kann nicht verstehen, warum er den ganzen Tag Kreuzschmerzen hat?

Ich fasse einen raschen Entschluß. Ich strecke leise die Hand aus und nehme das Strohhalmchen herab. Der Käfer zieht augenblicklich die Füße ein und stellt sich tot. Um ihn zu beruhigen, stelle ich mich gleichfalls tot.

Wie der Käfer überzeugt ist, daß er mich überlistet hat, wandelt er in seinen Geschäften weiter, ernst und besorgt.

Die Spannerraupe ist inzwischen bei meinem Ellbogen angekommen, denkt nach, wölbt ihr geschmeidiges grünes Körperchen und beginnt wieder zurückzutreten. Offenbar hat sie die Zahl verloren und beschloß nun, von neuem anzufangen.

„Hier... fünf... sieben...“ hesse ich ihr. „Messen wir es noch einmal ab und merken wir uns es, damit wir wissen, wieviel Platz in der Erde vorzubereiten ist. Es muß für alle reichen... zehn... elf...“

Zwischen den Stämmen, dort wo die ersten Zweige beginnen, blinzt etwas herüber, springt etwas Helles und Freudiges herum. Dort hat die Sonne hinterm Walde ihre purpurrote Laterne angezündet und sendet das Licht in einer lebenden, rauchenden Säule hinaus. Es lodert mit trockenem Feuer auf den roststämmigen Fichten und spielt spigenartig durchscheinend in Büschen und Sträuchern.

Plötzlich kommt mit leisem Geräusch ein Tierchen auf die kleine Wiese gelaufen.

Es hat ein spitziges, tierisches Rinn und spitzige tierische Ohren, aber die Augen, lebhaft und traurig, sind weder wachhaft noch tierisch.

Das Tierchen dreht sich und richtet die Ohren auf. Seine gehobene vordere Fote zittert und auf dem Rücken zittert das um den Hals gebundene ungerissene lila Band.

Es wird das Krachen schwerer Schritte hörbar. Hinter dem Tierchen treten leuchtend große Tiere auf und sie kommen auf die kleine Wiese.

Es sind ihrer zwei.

Das vordere in grauem Rod und gewürfelten Hofen könnte wohl einen großen Kater vorstellen, das hintere, im Mantel und Hut mit Knautschfeder und mit einem Körbchen am Arm hat etwas von der Art eines Pudels.

Die Tiere bleiben stehen, schnauben und schnarzen gegen die Fichten, gegen das rauchrote Feuer der Sonne, und das erste von ihnen schnarrt in menschlicher Sprache: „Hier!“

Sie breiten ein Tuch aus und lassen sich darauf nieder.

Das kleine Tierchen mit dem lila Band beginnt um sie herumzulaufen, ihnen zu schmeicheln und zu fuchschwänzeln. Es spricht zu den großen Tieren mit den Augen, mit den Pfoten, mit den Ohren, mit dem Schwanz, sagt, daß es ganz zu ihnen stehe, daß es niemand abspenstig machen könne, nicht das rauchige Feuer, nicht das laßige Grün, nicht was oben säusle, nicht was unten rausche. Es habe für all das kein Verständnis. Das alles sei eine Kleinigkeit und eine Albernheit — „auch diene ich und auch bewundere ich!“

Der Pudel stellt das Körbchen auf den Boden. Drei Ameisen beginnen sofort diese neue Naturerscheinung zu studieren; sie riechen und beraten, wie sie sich dazu verhalten sollen.

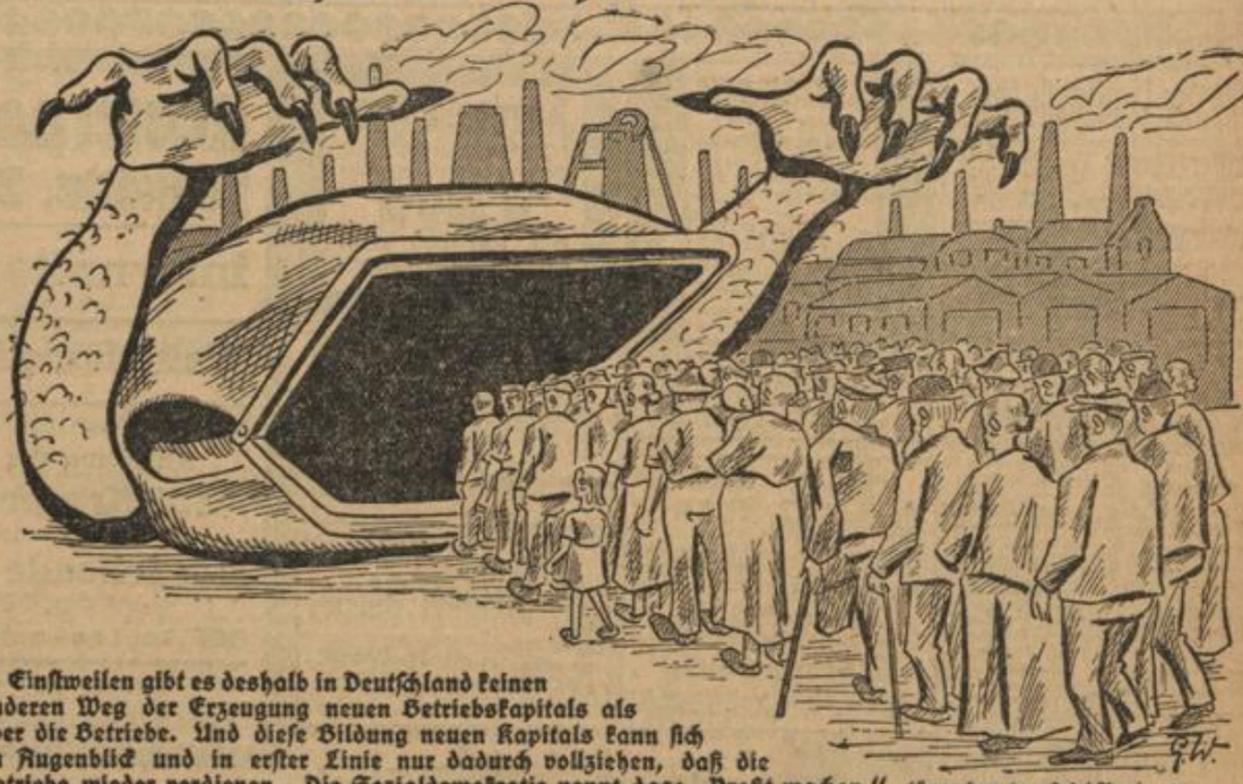
Der Pudel zieht rauschend Papier aus dem Körbchen, entnimmt Butterbrote und Schinken, gibt eines dem Kater und steckt sich das andere in den Mund.

Ihre Augen werden sofort verwundert rund. Das untergehende Feuer der Sonne beleuchtet die nebartigen roten Adern ihrer stumpf glänzenden Augäpfel, und das kleine Tierchen mit dem lila Band zittert mit der ganzen Brust vor unterdrücktem, gierigem Geheul.

„Ruhig!“ schreit der Pudel. „Zunächst essen wir und dann bekommen wir.“

Sie faulen bedächtig, die Augen auf einen Punkt gerichtet. Sie schmaßen laut und ernst, so daß der von seinem Geschäftsgang zurückkehrende Käfer sich auf jeden Fall für eine Minute tot stellt.

Ihr leeres Portemonnaie.



Einstweilen gibt es deshalb in Deutschland keinen anderen Weg der Erzeugung neuen Betriebskapitals als über die Betriebe. Und diese Bildung neuen Kapitals kann sich im Augenblick und in erster Linie nur dadurch vollziehen, daß die Betriebe wieder verdienen. Die Sozialdemokratie nennt das: „Profit machen.“ (Gugenberg im „Social-Waylger“.)

Sie faulen und schweigen und alles rundum verstummt. Alles erstarrt und nur zwei fette Käufer bringen feierlich und herrlich ihre Opferung dar.

Das Bild ist mystisch-peinlich. Ich schütze die Augen. . . . „Nun, jetzt wirst du fressen, denn wir haben schon gegessen.“ Der Pudel holt aus dem Korb eine Tasse und schütet aus der Flasche wässrige Milch hinein.

Das Tierchen mit dem lila Band streckt die Zunge nur Seite heraus und beginnt bellend und dankbar von der Milch zu lecken. Und die großen Tiere fahren mit den Augen über die stillgewordenen spigenartigen Sträucher, die feurigen Stämme, die leibenden Gräser und verbleiben leuchtend und-stumpf.

Dann erzittern die Augen des einen und ein kleiner, schneller Blitz leuchtet für einen Moment zwischen den Wimpern auf. Ein Gedanke?

Ja, ich habe es erraten: ein Gedanke!

Der Kater sagt: „Kater kauft eine Apotheke.“

Nach diesen Worten wird alles still, so still, daß selbst die Ameisen den Atem zurückzuhalten scheinen.

Es lauscht der Wald, es lauscht die Sonne, es lauschen die Gräser, die Tiere, die Baumläufer und die himmlischen Vögel, und die grüne Raupe wölbt sich und erstarrt zu einem Fragezeichen.

Es lauscht alles auf das Unersichtbare, das Unsehbare, das sich da vollzieht — wie der Mensch denkt und redet.

Das Tierchen mit dem lila Band zittert und heult leise, erstickend in Liebe und Entzücken und in Hingebung zerfließend. Halt inne, Natur! . . . Horch auf, Erde! . . .

„Kater kauft eine Apotheke.“

Spleen?

Von Erna Büsing.

Das Wort spleen (engl.) ist sowohl die Bezeichnung für eine Misanthropie, die Misanthie, als wie für eine Art Hypochondrie, eine üble Laune. Ramentlich beim Engländer will man die Verschrobtheit, den spleen einbüßen haben. Graf Marlow Devereux, der von sich sagen konnte: „Mein Leben war reich an Abenteuern und stets in Aufregung“, schreibt von seinem Spleen genau so leichtsin wie von den langen Franzen an seinen Handschuhen oder dem Diamantknopf an seinem Hut. Und der Engländer von heute, eingedenk der großen Wahrheit, die menschliche Schwäche ist etwas Gewisses, die menschliche Tugend ist etwas Ungewisses, glücklich aber bin ich auf jeden Fall, wenn ich meine eigene Verschrobtheit belächle, anerkennt mit einer Großzügigkeit, die den ärgsten Nachfolger entwarfnet, seinen Spleen. Doch, Spleen oder nicht, in den nachfolgenden Zeilen sollen ein paar Schnurren aneinander gereiht werden.

Als die Whigs (engl. Verückten) und die Tories unter Karl II. ihre ränkvolen Parteitänze führten, trugen, so erzählt uns Eudard Lytton Bulwer, die Damen von der Whigpartei die Schönheitspfleiderchen auf der einen, die Anhängerinnen der Tories aber auf der anderen Seite des Gesichts. Und als einmal in der Gesellschaft eine Lady von ihrem Verehrer darauf aufmerksam gemacht wurde, daß ihre Schönheitspfleiderchen sich verrückt hätten, antwortete sie: „Ich habe meine politischen Ansichten geändert, Graf, das ist alles.“ Zur Ergänzung sei hier beigelegt, daß Whigs (liberale Volkspartei) und Tories (aristokratische Hofpartei) von 1680—1867 als sich beherrschende Parteien gegenüberstanden. Von da ab unterscheidet man die Liberalen und die Konservativen.

Eine höchst eigenartige Gespinntheit, den Anstand zu wahren, berichtet der berühmte Schauspieler Colley Cibber (geb. 1674 als Sohn eines nach England ausgewanderten deutschen Bildhauers) in seinen Lebenserinnerungen. Er behauptet nämlich, die Damen hätten vor seiner Zeit es nicht gewagt, anders als maskiert in ein neues Lustspiel zu gehen, um sich so zu überzeugen, ob in dem Stück nicht allzu starke Verstöße gegen den Anstand vorlämen.

Selbst gegenwärtig kann man noch viel Schnurriges finden. So ist noch heutzutage der „Hofenbandorden“ der höchste englische Orden. Er wurde am 19. Januar 1350 von König Eduard III. gestiftet. Seine Geliebte, die Gräfin Salisbury, hatte auf einem Balle das Hühnergeschick, ihr blaues Strumpfband zu verlieren, das sie am linken Beine trug. Der König wollte das Strumpfband ausheben, ergriff aber das Kleid der Gräfin. Da soll er den Ausspruch getan haben: „Honny soit qui mal y pense.“ Und „Schande dem, der schlecht davon denkt“, ist noch heute die Devise des Hofenbandordens, der als blaues Band unter'm linken Knie zu tragen ist. Der Hofenbandorden wird, mit Einschluß des Königs an 26 regierende Fürsten und Engländer aus den vornehmsten Geschlechtern verliehen. Zudem werden 26 arme Ritter, bemährte (Hof-) Diener, ernannt, die jährlich

300 Pfund Sterling bekommen. Durch Annahme dieser Pension sind die armen Ritter, diese Menschen ohne Macht, verpflichtet für die 26 englischen Großen, — die immerhin nicht nur die selbstbewußten Großen irgendeiner Nation, sondern eines Weltreiches sind — zu beten.

Die „Herztöne“ der Maschine. Um die Herztöne beim Menschen genau zu untersuchen, bedient sich bekanntlich der Arzt des Stethoskops. Aber nicht nur beim Menschen, sondern auch bei den Maschinen gibt es seine und feinsten Geräusche, die Störungen anzeigen und die man wohl als „Herztöne“ der Maschine bezeichnen könnte. Ingenieure zu New-Castle-on-Tyne haben nun eine Methode erdacht, um das Stethoskop auch für Maschinen zu verwenden. Bisher ermittelte man Störungsgeräusche bei Maschinen dadurch, daß man eine hölzerne Latte oder einen Stahlstab zwischen die Zähne nahm und das andere Ende auf die Maschinenteile aufsetzte. Nun sind aber manche Teile der Maschinen so unzugänglich, daß das Verfahren verfehlt. In solchen Fällen bedient man sich jetzt des „Stethoskops“. Dieser Apparat zur Feststellung der Herztöne der Maschine besteht aus einer Metallkapsel, die etwa den Durchmesser eines Zwelferstückes hat und einen Zentimeter dick ist. Die eine Fläche der Kapsel besteht aus einem Jelluloid-Diaphragma, an dem ein Hörtrichter angebracht ist, gegenüber münden zwei Gummischläuche von einem Meter Länge. Steckt man die Enden der Schläuche in die Ohren, so nimmt man an den Maschinenteilen, auf die der Hörtrichter aufgesetzt wird, das allergeringste Geräusch wahr. Die Leistungsfähigkeit des kleinen Instruments ist durch Versuche an den verschiedensten Maschinen erwiesen worden.

Nahrungsaufnahme durch Blätter. Seit langem ist es bekannt, daß die Wasserpflanzen mit Hilfe ihrer Blattoberfläche Nahrungsstoffe aus dem Wasser aufnehmen. Neuerdings ist es nun gelungen, auch bei den Blütlern der Landpflanzen diese Fähigkeit nachzuweisen. Werden die Nährstoffe in dünnen Lösungen auf die Blattoberfläche gesprüht oder gepulvert, so werden sie allmählich aufgesaugt und von der Pflanze genau so verwertet, als wenn sie von der Wurzel aufgenommen wären. Daß in diesem Falle die Blätter das Geschäft der Wurzeln übernehmen, zeigt ein Versuch ganz eindeutig. Kultiviert man zwei Kürbispflanzen in stickstoffreiem Boden und befreit man die Blätter der einen Pflanze regelmäßig mit der Lösung eines geeigneten Stickstoffsalzes, so wächst die so behandelte Pflanze kräftig heran, während die andere natürlich vollständig verkümmert. In der freien Natur hat allerdings diese Fähigkeit der Blätter, gelöste Stoffe aufzunehmen, nur geringe Bedeutung — etwa Ausnahme der im Regenwasser gelösten Stoffe. Aber im Pflanzenbau könnte sie doch noch Bedeutung erhalten, so vielleicht bei der Behandlung erkrankter Pflanzen.

Das hellste Gestirn ist nicht unsere Sonne, wie man wohl noch vielfach glaubt, sondern ein Stern in der sog. Magellanischen Wolke, der sich in einer Entfernung von ungefähr 100 000 Lichtjahren von der Erde befindet. Das Licht braucht also 100 000 Jahre, um bis zur Erde zu gelangen, und das Leuchten, welches wir heute wahrnehmen, ist in Wirklichkeit vor dieser langen Zeit entstanden. Dieser weitentfernte, helle Stern führt die Bezeichnung „S Doradus“ und stellt einen veränderlichen Stern dar, dessen Lichtstärke unregelmäßige Schwankungen zeigt. Neben diesem Stern, der das hellste bekannte Gestirn ist, finden sich noch acht andere Sterne in der großen Magellanischen Wolke, die auch durch ihre bedeutende Helligkeit auffallen. „S Doradus“ überragt sie aber alle; denn man hat berechnet, daß seine Gesamtstrahlung so groß ist wie 600 000 Sterne von Sonnenhelligkeit zusammen, und daß er jährlich mehr als 10 Trillionen Tonnen an Substanz durch diese gewaltige Strahlung verliert!

Briefbestellung auf Stelzen. Das seltsam und recht vorwissenschaftlich anmutende Schauspiel eines Briefträgers, der sich auf seinem Bestimmung zum Uberschreiten eines Meeresarmes primitiver Stelzen bedient, kann man in einem vorlären Winkel Dänemarks noch heute beobachten. Das merkwürdige Verfahren findet in den besonderen örtlichen Verhältnissen der Gegend seine Erklärung. In dem Wasserstreifen, der die beiden nördlich von Falster gelegenen Inseln Bogø und Farø trennt, bleibt beispielsweise die Wassertiefe oft unter einem Meter zurück, sodass Fuhrwerke dort mühelos passieren können. Ist das Wasser hoch, so vollzieht sich zwischen Bogø und Farø der Postbestellungs unter den normalen Bedingungen. Der mit der Bestellung betraute Briefträger gelangt zu der letztgenannten Insel, indem er den trennenden Meeresarm auf einem Boot durchquert. Sinkt das Wasser aber, ein Fall der häufig eintritt, so hat sein Boot nicht mehr den genügenden Tiefgang. Um seinen Postbestellungs auszuführen, ist der Briefträger dann genötigt, sich der Stelzen zu bedienen, um auf ihnen den dreihundert Meter breiten Wasserstreifen zu überschreiten. Da Farø nur drei bewohnte Gehöfte zählt, so glaubt die dänische Postverwaltung, sich die Ausgabe für eine Bogenpost sparen zu dürfen.

Mozartsaal

Der große Erfolg!
Sonntag letzter Tag!

ZIGANO

Der Brigant von Monte Diavolo

In der Hauptrolle:
Harry Piel

Täglich 7 und 9¹⁰ Uhr
Sonntags 5, 7, 9¹⁰ Uhr

Theater, Lichtspiele usw.

Schiller-Theat.
Operettenspieltzeit
8 Uhr

Annemarie
Operette von Jean
Gilbert u. Robert
Gilbert mit Dora
Leffler - Nymgau
- Soira - Basselt
- Heidemann - Die-
gelmann - Hiller -
Kuthan - Ledebaur

Internat. Varieté
8 Uhr
3^{te} und 4^{te} Vorstellung
des vollen Programms!

Komödienhaus
7.45 Uhr:
Der letzte Knäuel

Thalia-Theat.
Operettenspieltzeit
8: **Uschi**
Th. in d. Kommand. Str.
B: Vetter a. Dingelde

Residenz-Th.
8 Uhr:
Die Koblenks
Vorzeit. d. Annonce
zahlen nur
halbe Kassenpreise
von 50 Pf. an

Casino-Theater
Lothrinerv. Str. 37,
Tägl. 8 Uhr
Die dreifakt. Posse
Der Kühne Schwimmer
für die gesamte
Abteilungs-Programme

Lessing-Th.
Täglich 8 Uhr:
Die neue Revue
Regenbogen
Bols, Herrnsfeld,
Serak, Sikka, Unter-
kircher, Ury, Suster,
Bitter LosAndaluses

Kleines Th.
Täglich 8 Uhr:
Die schöne
Melusine
Komödie v. Lothar
Ann Mewes, Scherk
Maas, Sander
Schroder-Schrom

U. Trianon-Th.
Über 140 mal
**Die Tugend-
prinzessin**
Musik v. Kurt Zorlig
Kettner, Wenkhaus,
Serenyl, Schrader,
Lenz, Chandon,
du Meil

Metropol-Theat.
8¹⁰ Uhr: Tausend
süße Beinechen

Theater d. Westens
Das große Operettenhaus
• Direktion: C. Richter •
Tägl. 8 Uhr
Wiener Blut
Operette v. Johann Strauß
Kobhan, Kral, Geppert, Sada,
Lichtenstein, Hietel
M. 1. 1.50, 2. 8.50, 5 usw.

Apollo wieder
Varieté
8 Uhr Täglich 8 Uhr
Ein Sensat.-Programm P. Beckers
Ganz kleine Eintrittspreise!!

Lunapark

Heute 3-7 Uhr
Tag der Kinder
Erwachsene 1 Kind frei
Kinder allein 50 Pf.
2 Mitbringer im

Erna Offeney
mit ihrem Ballett

Konzert
Penswerk

Voranzeige für Dienstag u. Mittwoch
Sommer- und Kinderfest der Schupo
Gr.Festprogramm. Riesen-Tombola
Nachmittags: 1. Wettkampf, 1. Motorrad

Reederei Eckner
Tel.: Grünau 280

Sonntag, den 9. August, vorm. 8¹⁰ Uhr
mit Salonschiff „Dora“ v. Branden-
burger Ufer (Jannowitzbrücke) nach
Neue Mühle
und nachmittags 2 Uhr nach
Krampenburg
Vormittags einfache Fahrt 1.50 M.,
nachmittags 1 M. (Kinder die Hälfte)

Komische Oper

8 U. Dir.: James Klein 8 U.
Europas meist gepfeifte
u. somit erfolg. Revue:
400
Das hat die Welt
noch nicht geseh'n
Sonderpreise!

WINTERS GARTEN
Im August Varieté größten Stils! (Gastst.)

Reichshafen-Theater
Abendtäglich 8 Uhr:
Stettiner Sänger
Dönhoff-Brettl:
Saal und Garten
Großes Familien-Varieté
Anf. 8 Uhr, Sonnt. 6 Uhr

Reederei Kieck
Moritzpl. 8197

Ab Oberbaumbrücke täglich außer Sonnabends reizvolle
Perlen-Dampfer-Extrafahrten nach
Neu-Heringsdorf und Woltersdorfer Schleuse
Abfahrt: Sonntags 12 u. 2 Uhr mittags, Wochentags 9 Uhr vorm.
Fahrpreise für Hin- und Rückfahrt:
Sonnt: Neu-Heringsdorf 1.50 M., Woltersdorf, Schleuse 2.- M.
Wochentags: 1.30 M.
Kinder die Hälfte.

Jeden Montag und Freitag
Neue Mühle
9 Uhr vormittags nach
Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt: 2 Mark, Kinder 1 Mark
Tel. 9 Uhr vorm. (ausb. 10 Uhr) Fahrt 2 M., Kinder 1 M.
Sonnt. u. Sonnt. n. 10 Uhr vorm. 2 M., Kinder 1 M.
Ferner: Täglich (außer Sonnabend und Sonntag) reizvolle
Dampferfahrten über Pflaumsel, Potsdam, Caputh,
nach Perch am Schwielowsee. Abfahrt 8¹⁰ vorm. ab
Marschallbrücke (nahe Bf. Friedrichstraße) und 9¹⁰ vorm.
ab Charlottenburg Tegeler Weg (nahe Bf. Jungfernheide).
Fahrpreis hin und zurück 3 M., Kinder die Hälfte. 1/2

Grünheide
Täglich 8 Uhr
Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt: 2 M., Kinder 1 M.
Tel. 9 Uhr vorm. (ausb. 10 Uhr) Fahrt 2 M., Kinder 1 M.
Sonnt. u. Sonnt. n. 10 Uhr vorm. 2 M., Kinder 1 M.
Ferner: Täglich (außer Sonnabend und Sonntag) reizvolle
Dampferfahrten über Pflaumsel, Potsdam, Caputh,
nach Perch am Schwielowsee. Abfahrt 8¹⁰ vorm. ab
Marschallbrücke (nahe Bf. Friedrichstraße) und 9¹⁰ vorm.
ab Charlottenburg Tegeler Weg (nahe Bf. Jungfernheide).
Fahrpreis hin und zurück 3 M., Kinder die Hälfte. 1/2

Reuterpark Eintritt frei! Lindenpark

Neukölln, Mainzerstraße 46 | **Schöneberg**, Hauptstr. 13
Reuterstraße 88 | Vorbergstr.

Internationale Ring- u. Boxkämpfe

(Eigene Kapelle)

Welt-Hippodrom des Berliner Kino-Tattersalls

(Eigene Kapelle)

Täglich abends 7 Uhr:
Auftreten der beliebten
Paul-Kramer-Truppe
genannt
Das lebende Karussell
(1 Herr, 5 Damen)

bei freiem Eintritt

Erster und größter
Vergnügungspark Neuköllns!

Anfang abends 7.30 Uhr

Volks-Kabarett

Wöchentlich Programmwechsel

Anfang abends 7.30 Uhr

Erster und größter
Vergnügungspark Schönebergs!

Berliner Theater
Gastspiel
Marzella Roseler
Metropolitan Op. New York
7.45 Uhr:
Anneliese v. Dessau

Deutsches
Künstler-Theater
8 Uhr
Fauteuil 47
Lustspiel
von Louis Verneuil

Operettenhaus
am Schiffbauerdamm
Heute zum 75. Male
8 Uhr:
Der kleine Kuppler

Elite-Sänger
Kottbuser Str. 6 - Tel. Npl. 140 77.
Täglich 8 Uhr
die konkurrenzlose Revue:
Berlin... da klickste!
12 Bilder.
Sichern Sie sich im Vorverkauf gute Plätze

Trabrennen
Ruhleben
Sonabend, 8. August, nachm. 3 Uhr

Rose-Theater
Der gr. Betrug
Gartenbauhne:
5 Uhr: Bunter Teil
7¹⁰: Der Soldat der Nacht

Haemmerhoiden
Der gr. Betrug
durch Myrobolismus. Bestimmt ideal!
Schmerz, Entzündung und Schwellung.
Nur äußerlich anzuwenden. 2.50 pro in
Drogenh. nicht erhältlich bei Otto Reichel,
Berlin 43 SO., Eisenbahnstraße 4.

Bären-Stiefel

halbfester
Qualitätsstiefel
für
Strasse und Sport
nur bei

H. Bähr, Spittel-
markt 7

STEINS 95-Pf.-Tage

- Schotten doppeltbreit in versch. 95 Pf.
- Mustern 95 Pf.
- Hauskleiderstoffe doppeltbreit 95 Pf.
- Blusenstreifen hell- u. dunkel- 95 Pf.
- grundig Mtr. 95 Pf.
- Kleider-Karos tolle Stellungen 95 Pf.
- Blusenflanelle sp. Streif. 1.ber- 95 Pf.
- vorz. Qualit. Mtr. 95 Pf.
- Veloutine neueste Banddrucke 95 Pf.
- Hemdenflanell in Qualität, div. 95 Pf.
- Streifen Mtr. 95 Pf.
- Züchen, Bettkattune in Kretonne, mit- 95 Pf.
- leinfädig Mtr. 95 Pf.
- Renforcé 80 cm breit, prima fei- 95 Pf.
- zig Mtr. 95 Pf.
- Makotuch kräftige Ware, speziell für 95 Pf.
- Linon Bettwäsche 95 Pf.
- Wäschestickererei Kupon 1. Läng- 95 Pf.
- b. 9,20, Kupon 95 Pf.
- Etamine 150 cm breit 95 Pf.
- Kongreßstoff 95 Pf.
- Tüllgardinen Schallbreite Mtr. 95 Pf.
- Scheibengardinen Elamin m. 95 Pf.
- Elm. Paar 95 Pf.
- Sport- u. Jachtklub-Mützen für Herren und Knaben 95 Pf.
- Gummi-Hosenträger m. Leder- 95 Pf.
- pass. 2 P. 95 Pf.
- Strickbinder 95 Pf.
- Herren-Leder-Sportgürtel 95 Pf.
- Selbstbinder und Regattes 95 Pf.
- moderne Muster 95 Pf.
- Herren-Sportkragen 95 Pf.
- Taschentücher in Badet m. fei- 95 Pf.
- kerbalt. 12 St. 95 Pf.
- Taschentücher in Linon, weiß 95 Pf.
- Arabias extra groß, prima Qualit. 95 Pf.
- Bandanos in türkisch. Mustern 95 Pf.
- Kleiderwesten eleg. Ausfüh. 95 Pf.
- moderne Formen. Opal 95 Pf.
- Kragen mit Spitze 95 Pf.
- Kunstseidene Schals versch. 95 Pf.
- Farben 95 Pf.
- Lackleder-Gürtel mod. Fashion 95 Pf.
- Taffelband 11 cm breit, viele 95 Pf.
- Farben 95 Pf.
- Kunstseid. Band 11 cm br. viele 95 Pf.
- Farben 95 Pf.
- Handschuhe für Damen. Ein- 95 Pf.
- gants 95 Pf.
- Stulp.-Handschuhe eleg. 95 Pf.
- Anführung 95 Pf.
- Glacéhandschuhe schwarze, 95 Pf.
- Knopf. 1 P.

- 1 Halskette 800 Silber 95 Pf.
- 1 Damen-Ring 800 95 Pf.
- 1 Kamm-Garnit. 95 Pf.
- 1 Wandschrank 95 Pf.
- 1 Marktkorb 95 Pf.
- 1 Papierkorb 95 Pf.
- 1 Paneelbrett 95 Pf.
- Damen-Strümpfe engl. ohne Naht 95 Pf.
- schwarz und farbig 95 Pf.
- Dam.-Strümpfe engl. lang, Sei- 95 Pf.
- denfaser, Paar 95 Pf.
- Dam.-Strümpfe engl. Kunst- 95 Pf.
- seide, Paar 95 Pf.
- Herren-Socken Baumwolle, 95 Pf.
- grau, 3 Paar 95 Pf.
- Herr.-Socken Baumwolle, grau 95 Pf.
- u. farbig, 2 Paar 95 Pf.
- Strümpfe für Kinder, engl. lang, 95 Pf.
- Baumw. Gr. 3-4, 2 Paar 95 Pf.
- Strümpfe für Kinder, engl. lang, 95 Pf.
- Baumw. Gr. 5-6, 2 Paar 95 Pf.
- Frauen-Strümpfe denkslang, 95 Pf.
- Baumwolle, 95 Pf.
- schwarz, 2 Paar 95 Pf.
- Dam.-Füßlinge Baumwollschw. 95 Pf.
- u. farbig, 4 Paar 95 Pf.
- Damen-Schlüpfcr Baumwolle, 95 Pf.
- versch. Farb. 95 Pf.
- Damen-Unterhemd. Trägerr 95 Pf.
- m. schmal. 95 Pf.
- Kinder-Trikots wollmisch. 95 Pf.
- Gr. 60, 70, 80 95 Pf.
- Kinder-Schlüpfcr Baumwolle, 95 Pf.
- alle Größen 95 Pf.
- Knab.-u. Mädch.-Sweater 95 Pf.
- Jumper-Untertailien w. schin. 95 Pf.
- guter Dreil. 95 Pf.
- Kinder-Hemden kleine Gr., St. 95 Pf.
- Mädchen-Höschen kleine Gr., 95 Pf.
- Stück 95 Pf.
- Prinzebröckchen kl. Gr. in sehr 95 Pf.
- sch. Ausf. St. 95 Pf.
- Mullwindeln 95 Pf.
- Gürtel-Strumpfhalter prima 95 Pf.
- Qualit. 95 Pf.
- mit vier Haltern 95 Pf.

- Weißer Zier-Schürz. mitreicher 95 Pf.
- Stück. 95 Pf.
- Jumper-Damen-Schürzen 95 Pf.
- bunt und gestreift. 95 Pf.
- Wiener Damen-Schürzen Baumwolle, 95 Pf.
- verschiedene Muster. 95 Pf.
- Weiß-Servier-Schürzen 95 Pf.
- Küchenhandtuch Gerstenkörn 95 Pf.
- rot Kie, 2 St. 95 Pf.
- weiß, in Halb- 95 Pf.
- lein, Dreil. St. 95 Pf.
- Stubenhandtuch weiß Jaeger, 95 Pf.
- guter Krän- 95 Pf.
- selstoff. St. 95 Pf.
- Stubenhandtuch 95 Pf.
- Frottiertuch 95 Pf.
- Poliertücher 6 Stück 95 Pf.
- mit bunter Kante 95 Pf.
- 3 Stück 95 Pf.
- rot kariert 95 Pf.
- Geschirrtücher 3 Stück 95 Pf.
- Handtuchstoff Gerstenkörn 95 Pf.
- Kapton 2^{1/2} Mtr. 95 Pf.
- Tischdecken buntgewebe, St. 95 Pf.
- Korsette mit 1 Paar Haltern, 95 Pf.
- guter Dreil. 95 Pf.
- Büstenhalter Tricot m. Rück- 95 Pf.
- schütz. St. 95 Pf.
- Wachstuch - Küchendecke 95 Pf.
- 60-100 95 Pf.
- Waschtisch-Garnitur 95 Pf.
- ges. 95 Pf.
- Küchenhandtuch 95 Pf.
- Rüschengummi hand. moderne 95 Pf.
- Farben, 2^{1/2} m

- 5 Rieg. Kernseife 95 Pf.
- 5 St. Blumenseife 95 Pf.
- 6 Biergläser 95 Pf.
- 3 Biergläser rot 95 Pf.
- gemalt. 95 Pf.
- 2 Likörgläser sort. 95 Pf.
- 6 Kompotteller 95 Pf.
- Komp.-Schüsseln sortiert 95 Pf.
- mit Linoleum-Sohle, 95 Pf.
- Niedertreter mit Kamelhaar, 95 Pf.
- Kostümröcke 95 Pf.
- Barchent-Blusen-Jumper 95 Pf.
- Kinderkleider 95 Pf.
- Leder-Portemonnaies Leder- 95 Pf.
- futter. 95 Pf.
- in Formal u. Farben sortiert 95 Pf.
- Besuchstaschen mit und ohne 95 Pf.
- Spiegel 95 Pf.
- 3 Roll. Butterbrotpapier 95 Pf.
- 6 Roll. Toil.-Papier Krepp 95 Pf.
- 1 Kassette Leinenpap. 25/25 95 Pf.
- 2 Glasvasen 25 cm hoch 95 Pf.
- Nachtlampe Porzellan 95 Pf.
- 1 Pfd. ff. leicht. Rauchtabak 95 Pf.
- 1 gr. echte Brüyerepfeife 95 Pf.
- Pa. 10-Pf.-Zigarren 95 Pf.
- 2 Pfd. Bonbon 95 Pf.
- 1 Pfd. Pralinen-Mischung 95 Pf.
- 1 Pfd. Kakao. 1 Tfl. Schokolade 95 Pf.
- 5 Tafeln Schokolade 1/2 95 Pf.
- Kinder-Kittel Größe 40-15, ge- 95 Pf.
- streift. 95 Pf.

- Knaben-Schürzen m. gr. Spal- 95 Pf.
- tsche. St. 95 Pf.
- 6 Paar Tassen Porzellan 95 Pf.
- Kaffeekannen Porzellan, sortiert. 95 Pf.
- 4 Eßteller Porzellan, hoch, weiß 95 Pf.
- 6 Kompotteller 95 Pf.
- Kartoffelschüssel Porzellan, m. 95 Pf.
- Deckel 95 Pf.
- Bratenplatte Porzellan, 26 cm 95 Pf.
- 3 Paar Tassen Porzellan, mit 95 Pf.
- Blumendekor. 95 Pf.
- 8 Kompotteller bunt, Steingut 95 Pf.
- 6 Desserteller bunt, Steingut 95 Pf.
- 4 Eßteller bunt, Steingut 95 Pf.
- Milchtopf 2 Liter, Steingut 95 Pf.
- Wassereimer 25 oder 30 cm 95 Pf.
- Nachtgeschirre Emaille, sortiert 95 Pf.
- Schüssel 32 cm, Emaille 95 Pf.
- Kasserolle Emaille, ohne Ring 95 Pf.
- Fleischtopf 18 od. 20 cm, Emaille 95 Pf.
- Schmortopf Emaille, ohne Ring 95 Pf.
- Müllschaufel dekoriert, Emaille 95 Pf.
- Kartoffelpresse verzinnt 95 Pf.
- Leitungsschoner 95 Pf.
- Krümelschaufel mit Dekor 95 Pf.
- Brotmesser groß 95 Pf.
- EBbesteck mit schwarzem Holz- 95 Pf.
- besteck 95 Pf.
- 2 Aufschnittbretter 95 Pf.
- Küchenleine 15 Mtr. 95 Pf.
- 1 Schmutzbürste 95 Pf.
- Fußbank 95 Pf.
- Besteckkasten 95 Pf.
- Bouillionsieb 95 Pf.
- Borstenhandtrager 95 Pf.
- Mischbes. 1 95 Pf.
- Kaffeebrenner 1^{1/2} Pfd. 95 Pf.
- Wäscheköpfe 95 Pf.
- Wäschebörtchen mit Langzett 95 Pf.
- Schuhsenkel 95 Pf.
- Jute-Läufer 95 Pf.

Wilhelm Stein

Chausseestr. 70-71 • BERLIN N • Chausseestr. 70-71

Verkauf nur soweit Vorrat! Verkauf von 9-7 Uhr durchgehend!